

61. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. Februar 2010

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ..	4553	4. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	4554	Anfrage der Abgeordneten Rupp, Frau Nitz, Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2010	4576
Sonstiger Eingang	4555	5. Kriminalität im Zusammenhang mit EC-Karten und Online-Banking	
Abg. Erlanson (DIE LINKE) zur Geschäftsordnung	4556	Anfrage der Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. Februar 2010	4577
Abg. Röwekamp (CDU) zur Geschäftsordnung ..	4556	6. Bremische Nachfolgeregelung zum Heimgesetz	
Abg. Woltemath (FDP) zur Geschäftsordnung ..	4557	Anfrage der Abgeordneten Bartels, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. Februar 2010	4579
Wahl und Vereidigung eines Mitglieds des Senats		7. Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-(SGB-II-)Regelsätzen für Bremen	
Abg. Tschöpe (SPD)	4558	Anfrage der Abgeordneten Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2010	4580
Abg. Röwekamp (CDU)	4560	8. Razzia in Bordellen	
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4563	Anfrage der Abgeordneten Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2010	4581
Abg. Tittmann (parteilos)	4565	Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes	
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	4566	Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010 (Drucksache 17/1158)	
Abg. Woltemath (FDP)	4566	1. Lesung	
Abg. Möhle (parteilos)	4568	D a z u	
Abg. Tschöpe (SPD)	4569	Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 24. Februar 2010	
Abg. Röwekamp (CDU)	4570	(Drucksache 17/1185)	
Fragestunde		Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	4583
1. Auszahlung des Kindergeldes der im Bremer Strafvollzug inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden			
Anfrage der Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP vom 27. Januar 2009	4573		
2. Abschiebungen nach Syrien überprüfen			
Anfrage der Abgeordneten Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2010	4574		
3. Gewalt gegen Polizeibeamte			
Anfrage des Abgeordneten Timke (BIW) vom 8. Februar 2010	4576		

Abg. Frau Böschen (SPD)	4584
Abg. Nestler (CDU)	4585
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4586
Abg. Beilken (DIE LINKE)	4587
Abg. Frau Böschen (SPD)	4588
Abg. Nestler (CDU)	4588
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	4589
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4590
Abg. Beilken (DIE LINKE)	4591
Abg. Nestler (CDU)	4592
Senatorin Jürgens-Pieper	4592
Abstimmung	4593

Aktuelle Stunde

Gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit – Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung

Abg. Frau Garling (SPD)	4593
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	4595
Abg. Bartels (CDU)	4598
Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	4599
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	4600
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	4603
Abg. Frau Garling (SPD)	4604
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4605
Abg. Frau Troedel (DIE LINKE)	4606
Senatorin Rosenkötter	4607

Nationaler Qualifikationsrahmen für Deutschland – Auswirkungen auf Bremen

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009
(Drucksache 17/972)

Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	4609
Abg. Brumma (SPD)	4610
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	4611
Abg. Beilken (DIE LINKE)	4611
Abg. Ravens (CDU)	4612
Senatorin Jürgens-Pieper	4613

Klimaschutz- und Energieprogramm (KEP 2020)/Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms nach § 13 des Bremischen Energiegesetzes

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2009
(Drucksache 17/1112)

Abg. Dennhardt (SPD)	4614
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	4615
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4616
Abg. Rupp (DIE LINKE)	4617
Abg. Imhoff (CDU)	4618
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	4619
Abg. Rupp (DIE LINKE)	4620
Abg. Richter (FDP)	4621
Senator Dr. Loske	4622

Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010
(Drucksache 17/1148) 4623 |

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 31 vom 2. Februar 2010

(Drucksache 17/1152) 4624 |

3. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der bremischen Verwaltung

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1159)

Personalbericht 2009 Band IV:

Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2008

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1160) 4624 |

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Ahrens

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Cakici

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für Kultur
und für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Prof. Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 61. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien. Seien Sie herzlich willkommen!

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Umschüler der DEKRA Akademie GmbH Bremen, zwei Klassen der Edith-Stein-Schule aus Bremerhaven und eine Gruppe der Volkshochschule Blumenthal. Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Armut bekämpfen – Arbeit schaffen – Chancen eröffnen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 18. Februar 2010, Drucksache 17/1171.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 11, Armutsbekämpfung in Bremerhaven und in besonders betroffenen Stadtteilen in Bremen, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

2. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Bericht und Dringlichkeitsantrag des Verfassungs- und Geschäftsausschusses vom 23. Februar 2010, Drucksache 17/1176.

3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, Ausführungsgesetz zu Artikel 145 Absatz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, zur Änderung des Gesetzes zur Entschädigung der Mitglieder von Deputationen und zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes, Bericht und Dringlichkeitsantrag des Verfassungs- und Geschäftsausschusses vom 23. Februar 2010, Drucksache 17/1177.

Ich gehe davon aus, dass Einigkeit besteht, diese beiden Punkte in Verbindung mit der Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung zu Beginn der Sitzung am Donnerstagvormittag aufzurufen.

(C)

4. Transporte radioaktiver Substanzen optimieren, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 23. Februar 2010, Drucksache 17/1178.

Ich lasse auch hier über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit den bereits verbundenen Tagesordnungspunkten 10 und 20 zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

5. Rechtsstaatlichkeit beim Erwerb von Passersatzpapieren garantieren, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 23. Februar 2010, Drucksache 17/1180.

(D)

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 14, Sofortiger Abschiebestopp!, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

6. Die Lebenssituation der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution verbessern, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2010, Drucksache 17/1181.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich wieder über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

(A) Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 4, Die Situation von Opfern von Zwangsprostitution und Menschenhandel verbessern, zu verbinden.

Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

7. Interessen der Verbraucher/Verbraucherinnen in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 23. Februar 2010, Drucksache 17/1183.

Auch hier lasse ich wieder gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrags zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 12, Interessen der Verbraucher/Verbraucherinnen in Gesetzgebungsverfahren stärken, zu verbinden.

Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann können wir so vorgehen.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung:

1. Leiharbeit nicht für Lohndumping und Abbau von Stammbelegschaften missbrauchen – Aktuelle Entwicklungen in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Februar 2010 (Drucksache 17/1147)

2. Kulturwirtschaftsbericht für Bremen
Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010 (Drucksache 17/1165)

3. Bibliotheken an Sonntagen öffnen

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010 (Drucksache 17/1166)

4. Bildungsurlaub als Instrument zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung weiterentwickeln – Weiterbildungsbeteiligung im Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010 (Drucksache 17/1167)

5. Koordinierungsstelle für den Opferschutz

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Februar 2010 (Drucksache 17/1172)

6. Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Februar 2010 (Drucksache 17/1174)

7. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Eingetragene Lebenspartnerschaften mit Ehen gleichstellen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und DIE LINKE vom 23. Februar 2010 (Drucksache 17/1182)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

8. Zukunft des Stadtmarketings im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Februar 2010 (Drucksache 17/1163)

9. Linke Gewalt und Linksextremismus

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Februar 2010 (Drucksache 17/1164)

10. Finanzielle Förderung kultureller Einrichtungen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Februar 2010 (Drucksache 17/1173)

11. Fachkräftemangel in der Altenpflege in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Februar 2010 (Drucksache 17/1175)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der April-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung:

1. Umgang mit verwaarlosten Grundstücken im Land Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2009

(C)

(D)

- | | | | |
|-----|---|--|-----|
| (A) | <p>2. Ursachen für die überdurchschnittlich hohe Zahl an Unternehmensinsolvenzen im Land Bremen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. Dezember 2009
D a z u
Antwort des Senats vom 2. Februar 2010 (Drucksache 17/1151)</p> <p>3. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an Schulen und Kindertagesstätten im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Dezember 2009</p> <p>4. Gefahr für reguläre Beschäftigung durch Arbeitsgelegenheiten
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 4. Januar 2010
D a z u
Antwort des Senats vom 9. Februar 2010 (Drucksache 17/1161)</p> <p>5. Brandschutz in der Freien Hansestadt Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 19. Januar 2010</p> <p>6. Open Access als Chance für die Wissenschaftsgesellschaft
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 19. Januar 2010</p> | <p>12. Lkw-Kontrollen auf Bremer Autobahnen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 26. Januar 2010</p> <p>13. Aus- und Weiterbildung in Teilzeit
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 29. Januar 2010</p> <p>14. Videoüberwachung im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 3. Februar 2010</p> <p>15. Rechtsextremistisch und antisemitisch motivierte Aktivitäten und Straftaten in Bremen und Bremerhaven für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2009
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2010</p> <p>16. Beteiligung Bremens an der Entwicklung der EU-Strategie 2020
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 10. Februar 2010</p> <p>17. Sachbeschädigungen durch illegale Graffiti
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Februar 2010</p> <p>18. Raubstraftaten
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Februar 2010</p> | (C) |
| (B) | <p>7. Europäischer Freiwilligendienst im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 19. Januar 2010
D a z u
Antwort des Senats vom 9. Februar 2010 (Drucksache 17/1162)</p> <p>8. Situation der Roma-Familien im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 20. Januar 2010
D a z u
Antwort des Senats vom 16. Februar 2010 (Drucksache 17/1168)</p> <p>9. Anerkennung ausländischer Abschlüsse im medizinisch-pflegerischen Bereich
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 21. Januar 2010
D a z u
Antwort des Senats vom 23. Februar 2010 (Drucksache 17/1179)</p> <p>10. Ein Jahr Waffenverbotszone in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 22. Januar 2010</p> <p>11. Aufwand für Deputationswesen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 26. Januar 2010</p> | <p>19. Anmeldung des FFH- bzw. Vogelschutzgebietes Luneplate
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2010</p> <p>20. Kosten und Qualität in der Krankenbeförderung
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 22. Februar 2010</p> <p>IV. Sonstiger Eingang:</p> <p>Bericht über die Informationsreise der staatlichen und städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vom 19. bis 21. Oktober 2009 nach Nürnberg und Berlin.</p> <p>Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 9, Militarisierung in der politischen Bildung, in der Forschung, in den Schulen, bei der Arbeitsvermittlung und in Bremens industrieller Produktion, zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 10, Atomtransporte durch das Land Bremen verringern, und 20, Atomtransporte durch Bremen, Bremerhaven und über bremische Häfen stoppen, der Tagesordnungspunkte 22, Bremisches Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft, und 23, Bericht und Antrag des Rechtsausschusses dazu der Tagesordnungspunkte 25, Dritter Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der bremischen Verwaltung, und 26, Personalbericht</p> | (D) |

(A) 2009 Band IV: Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2008, und der Tagesordnungspunkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und der Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes und anderer Gesetze, Drucksachen 17/1176 und 17/1177, befassen. Des Weiteren wurden Vereinbarungen von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten getroffen.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute Vormittag zu Beginn der Sitzung der Punkt außerhalb der Tagesordnung, Wahl und Vereidigung eines Mitglieds des Senats, behandelt wird.

Zu Beginn der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) heute Nachmittag wird der Tagesordnungspunkt 24, Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes, aufgerufen.

Zu Beginn der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am Donnerstagnachmittag werden der Tagesordnungspunkt 6, Lage und Entwicklung des Handwerks im Land Bremen, und danach der Tagesordnungspunkt 4, Die Situation von Opfern von Zwangsprostitution und Menschenhandel verbessern, aufgerufen.

Nachträglich möchte ich Ihnen mitteilen, dass inzwischen interfraktionell vereinbart wurde, den Tagesordnungspunkt 5 für diese Sitzung auszusetzen.

(B) Des Weiteren wurde vereinbart, bei den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 25 und 26 auf eine Debatte zu verzichten und beide Vorlagen an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau zu überweisen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Das ist der Fall. Herr Kollege Erlanson, bitte!

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche heute hier am Anfang der Sitzung zu Ihnen über die Frage der Dringlichkeit des Antrags zur Novellierung des Abgeordnetengesetzes. Ich möchte daran erinnern, dass wir vor Kurzem eine novellierte Geschäftsordnung beschlossen haben. Ich bin der Meinung, nach der bisherigen Geschäftsordnung ist es so, dass Dringlichkeitsanträge eigentlich der Aktualität geschuldet sein sollten, sodass Ereignisse, die auftreten, während der Betrieb für die Bürgerschaft schon am Laufen ist, nicht mehr in die normalen Bahnen des Ablaufs des Geschäftsbetriebs einer Bürgerschaft eingebracht werden können. Wir sind der Meinung, dass diese Aktualität bei der Novellierung des Abgeordnetengesetzes nicht gegeben ist.

Ich habe gestern noch einmal bei dem Direktor der Bürgerschaft nachgefragt, wir haben auch in den

entsprechenden Gremien, also im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss, nachgefragt. Uns ist nicht ersichtlich, welche rechtliche Grundlage es dafür geben soll, dass dieser Antrag dringlich behandelt wird, wenngleich immer wieder gesagt wurde, dass es dazu Vorschriften gebe, weil man damit eine Gleichstellung der zukünftigen Abgeordneten erreichen will. Wir sagen aber für uns, wir sehen diese Dringlichkeit in diesem Fall nicht. Es gibt keinen rechtlichen Grund dafür. Wir sind eher der Meinung, das ist ein politisches Manöver, dass hier durch Dringlichkeit im Grunde genommen Anträge kurz durchgepeitscht werden sollen und unbemerkt von der Öffentlichkeit beschlossen werden.

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Anderthalb Jahre Diskussion, bei der Sie nicht dabei waren, weil Sie immer gefehlt haben!)

Das ist nicht der Punkt! Deshalb bitte ich um Abstimmung über die Dringlichkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich ja nicht wegen der nachfolgenden Debatten in Rage reden,

(Heiterkeit)

aber, sehr geehrter Herr Erlanson, ich finde, das, was Sie eben hier vorgetragen haben, ist nicht nur in der Sache falsch, sondern auch unverschämt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Wenn man das dann noch in Relation zu Ihrem Verhalten im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss stellt, ist das schon an der Grenze der Unglaubwürdigkeit und der Wahrheit. Sehr geehrter Herr Erlanson, wir haben seit dem 10. Dezember 2008 in zahlreichen Sitzungen des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses aufgrund eines Auftrages aus diesem Parlament darüber nachgedacht, wie wir das Abgeordnetenrecht für die nächste Legislaturperiode ausgestalten wollen. Sie haben sich in diese Diskussion nicht mit einer einzigen Idee eingebracht. Das hat uns jetzt nicht überrascht. Sie haben zu allen dort aufgeworfenen Sachverhalten nicht eine einzige Frage gestellt, außer zu Ihrer eigenen Vergütung künftig in der Fraktion!

(Heiterkeit bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Sie haben am Montagabend, als wir in die Endrunde gegangen sind, das weitere Verfahren zu keiner Zeit kritisiert, Sie haben bei der Abstimmung des Fahrplans der Beratungen zu keiner Zeit gesagt, dass es Ihnen zu schnell geht, und nur weil Sie jetzt als einzige Fraktion bei unserem Sprint die 100-Meter-Linie nicht erreicht haben, sondern weit zurückgefallen sind, soll das Parlament morgen nicht die Abschlussrunde drehen dürfen. Ich halte das für infam, was Sie hier vorhaben,

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

im Übrigen auch im Zusammenhang mit der Kampagne, die Sie gegen das Selbstverständnis des Parlaments führen, indem Sie auf Ihrer Homepage und in Pressemitteilungen den Eindruck vermitteln, hier säßen nur Abzocker. Sehr geehrter Herr Erlanson, hier sitzen Menschen, die ihre Arbeit machen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Nun zur Sache! Wir haben es Ihnen schon 15 Mal erklärt, ich habe mit meinem Sohn heute für seine Mathematikarbeit gelernt, und ich muss sagen, das war fruchtbarer. Es ist eben einfach so, dass das Wahlgesetz vorschreibt, dass das Wahlaufstellungsverfahren, die Wahlvorbereitung für die nächste Bürgerschaftswahl, 15 Monate vor dem Wahltermin anfangen kann. Es kann ja sein, dass Sie sich vielleicht für die nächste Bürgerschaft nicht bewerben wollen; ich würde es gut finden.

(B)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Aber, Herr Erlanson, es gibt Parteien, die nehmen auch den innerparteilichen Diskussions- und Kandidatensuchungsprozess ernst und beginnen mit der Aufstellung der Kandidaten. Allen Ernstes, Ihnen kann es ja vielleicht egal sein, wer bei Ihnen Abgeordneter wird, aber bei uns wird es sich auch danach richten, unter welchen Rahmenbedingungen eigentlich künftige Abgeordnete hier im Parlament arbeiten wollen. Deswegen haben sie einen Anspruch darauf, Sicherheit zu haben, wie das künftige Abgeordnetenrecht in der nächsten Legislaturperiode aussehen wird. Deswegen ist die Dringlichkeit dieses Antrages nicht nur vereinbart, sondern auch in der Sache geboten.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich weiß ja nicht, wann Sie als Fraktion der LINKEN damit anfangen, sich mit der Sache zu beschäftigen, aber ich will Sie trösten, Sie haben dazu noch die Gelegenheit. Wir werden morgen nur die erste Le-

sung des Gesetzes und die erste Lesung der Änderung der Landesverfassung beschließen. Wir werden es dann an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zurücküberweisen, und vielleicht haben Sie ja einmal die Möglichkeit, auch an den inhaltlichen Beratungen dort teilzunehmen, und können sich mit Ihren Änderungsvorschlägen, die wir bis heute noch nicht gesehen haben, dann vielleicht auch in die weitere Diskussion einbringen.

(C)

Wir selbst werden auch noch zwischen der ersten und der zweiten Lesung an mehreren Stellen Veränderungen vornehmen müssen, deswegen gibt es ja auch mehrere Lesungen und dazwischen eine fachliche Beratung. Wir werden aber, und das ist der Fahrplan, um die Sicherheit für das Wahlverfahren für die nächste Bürgerschaft sicherzustellen, in der März-Sitzung des Parlaments in zweiter und dritter Lesung diese Rechtssicherheit herstellen. Deswegen mein dringender Appell, weil es auch so durchsichtig ist: Versuchen Sie nicht, auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen und unter Herabwürdigung des Ansehens dieses Parlaments für sich aus dieser fachlichen Diskussion parteipolitisches Kapital zu schlagen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

(D)

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Röwekamp, ich möchte mich schon ganz gern in Rage reden, weil es mich hier wirklich aufregt. Es geht nämlich noch einen Schritt weiter. Es ist nicht nur auf dem Rücken der Kollegen, sondern es ist vor allen Dingen auch – kann man das so formulieren, auf dem Rücken der Wahrheit? – einfach wahrheitswidrig, was da behauptet wird. Wir haben das sehr ausführlich debattiert, und Sie waren als LINKE auch in großen Teilen daran beteiligt.

Ich kann mich an die Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsausschusses am Montagabend erinnern, in der Sie gesagt haben, wir werden bestimmte Dinge mittragen, und wir werden uns bei bestimmten Dingen enthalten. Das finde ich auch in Ordnung. Dann aber hintenherum diese Nummer aufzumachen und zu sagen, das ist eine Nacht-und-Nebel-Aktion, das weiß keiner, und die versuchen, sich da zu bereichern. Nein! Jeder hat das Recht auf eine freie Meinungsäußerung, das gestehe ich jedem zu, Sie können dieses Recht auch wahrnehmen, aber dann nehmen Sie es bitte so wahr, dass es auch dem Ansehen des Parlamentes und vor allen Dingen der Wahrheit dient!

Jetzt diese Abzockersache zu reiten und das so darzustellen, wie es überhaupt nicht stimmt und wie es überhaupt nicht mit der Wahrheit vereinbar ist, finde ich nicht in Ordnung. Wir sind hier vor allem auch

(A) der Wahrheit verpflichtet. Wir werden nachher eventuell einen Senator vereidigen, und der ist auch der Wahrheit verpflichtet, das ist dieses Haus insgesamt. Dies jetzt zu versuchen mit so einer populistisch durchschaubaren Aktion zu diffamieren, finde ich wirklich schändlich.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb appelliere ich wirklich an Sie, dass Sie auf den Boden der gemeinsamen Beratung zurückkehren. Da können Sie doch alle Punkte einbringen! Der Kollege Röwekamp hat das gerade angesprochen, wir beschließen das heute in erster Lesung und verweisen es zurück. Da können alle Punkte noch einmal diskutiert werden, wenn Sie das gern möchten. Dann können Sie die alle noch einmal auf den Tisch legen. Ich bitte aber darum, die Wahrheit nicht so zu verbiegen, dass es so aussieht, als wenn hier die eine Seite des Parlaments sich etwas in die Tasche stecken wollte und die andere Seite des Parlaments, eine Minderheit auf der linken Seite, hier für die Wahrheit kämpft. Nein, der Fall ist anders herum. Sie beugen hier die Wahrheit, und das werden wir nicht zulassen!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ö h l e [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Nun lasse ich über die interfraktionellen Absprachen abstimmen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ö h l e [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Meine Damen und Herren, bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass Ihnen die am 27. Januar 2010 durch die Bürgerschaft beschlossene Geschäftsordnung als Sonderdruck zur Verfügung gestellt worden ist. Ich lege Ihnen die Lektüre der Geschäftsordnung besonders ans Herz, da sie doch einige entscheidende Änderungen enthält. Hinzuweisen ist zum Beispiel auf die Bestimmungen zu den Redezeiten in Paragraph 45. Einzelabgeordneten steht danach eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung. Eine weitere Änderung ist, dass beim Präsidenten nicht mehr um Genehmigung nachgesucht werden muss, wenn der Wunsch besteht zu zitieren. Soweit zu der ab dem 27. Januar 2010 geltende Geschäftsordnung!

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Wahl und Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Für die Wahl eines Mitglieds des Senats hat die Fraktion der SPD Herrn Martin Günthner vorgeschlagen.

(D)

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion schlägt Ihnen heute Martin Günthner zur Wahl als Senator für Wirtschaft und Häfen und als Senator für Justiz und Verfassung vor. Die SPD-Fraktion will keinen Verwalter vorschlagen. Die SPD-Fraktion will keinen Lobbyisten vorschlagen. Wir wollen eine politische Führung des Ressorts.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Experimente der Vergangenheit, die darauf gesetzt haben, auf politische Erfahrung zu verzichten, haben unserem Gemeinwesen nicht gerade gut getan. Ich erinnere hier an das kurze Gastspiel von Senator Gloystein.

Martin Günthner kann Politik. Er ist seit zehn Jahren in der Bürgerschaft. Er ist seit acht Jahren Vorsitzender des Landesausschusses für Häfen. Er ist seit 2007 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Die SPD-Fraktion will eine Repräsentanz beider Landesteile, Bre-

(A) men und Bremerhaven, in der Regierung. Mir als geborenem Bremer ist es in der Tat manchmal unverständlich, warum Bremerhavener so empört auf das reagieren, was wir hier in Bremen normal finden. Ich aber glaube, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unseren beiden Städten unterschiedlich verläuft, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Erfahrungen in beiden Städten auch unterschiedliche sind. Deshalb halten wir es für richtig, dass auch die Sichtweise der Seestadt im Senat vertreten sein muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Der von uns vorgeschlagene Kandidat, Martin Günthner, kennt Bremerhaven. Er ist gebürtiger Bremerhavener, er war Stadtverordneter, er ist dort fest in der Hafenwirtschaft verankert. Die SPD-Fraktion will darüber hinaus die bunte Realität unserer Stadtgesellschaft in Parlament und Regierung abbilden. Jedem Entscheidungsgremium tut es gut, wenn Menschen aus unterschiedlichen Lebenslagen, mit unterschiedlichem Alter und mit unterschiedlichem beruflichen Hintergrund ihre Erfahrungen einfließen lassen können. Martin Günthner kann die Perspektive derjenigen einfließen lassen, die langfristig mit den Ergebnissen des heutigen Handelns konfrontiert werden sollen. Martin Günthner ist 34 Jahre alt, er hat für seine Generation einen nicht untypischen Studienverlauf und eine nicht untypische Berufsausbildung hinter sich. Das kann einen Senat nur bereichern.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir wollen an der Spitze des Ressorts jemanden, der konkrete Probleme im Dialog löst, jemand, der Mittler zwischen den Interessen der Wirtschaft und den Interessen der Politik ist! Wirtschaftspolitik in Bremen ist nicht immer nur der große Wurf, ist nicht immer nur Shanghai, ist nicht immer nur Champions League, sondern ist vor allen Dingen auch das Wahrnehmen von konkreten Problemen dieser Stadt und unserer Nachbarstadt, ist die Wahrnehmung von ganz konkreten Sachverhalten, ist das Mitteln und das Lösen konkreter Problemlagen. Dafür muss man sich als Wirtschaftssenator in Bremen auf die Socken machen und mit ganz vielen Arbeitnehmern und ganz vielen Arbeitgebern sprechen und im Dialog sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Seitdem ich Martin Günthner kenne, habe ich feststellen können, dass er beides hat. Er hat die Fähigkeit, konkrete Ergebnisse zu erzielen, und er verfügt über eine ausgesprochene Dialogbereitschaft. Deshalb glaube ich und glauben wir, dass er diese soeben

beschriebene Funktion eines Wirtschaftssenators optimal ausüben kann.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich vermute, dass wir gleich eine Diskussion darüber bekommen, was denn sozialdemokratische und grüne Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren gewesen sein könnte und gewesen sein sollte. Ich will dem nicht vorgreifen, weil es eine verlängerte Redezeit und deshalb vermutlich mehrere Runden gibt. Nur soviel: Ich möchte noch einmal aus dem zitieren, was die Rot-Grünen im Koalitionsvertrag zu diesem Thema niedergelegt haben. Einer der drei Leitsätze des Koalitionsvertrages lautet: „Es gilt, die wirtschaftlichen Chancen des Standortes zu sichern, um mehr existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.“ Wir sind uns sicher, dass Martin Günthner und sein Team aus der Wirtschaftsbehörde erfolgreich an der Realisierung dieses Programmsatzes arbeiten werden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal etwas zu dem Ressort Justiz und Verfassung sagen! Ein Gesundheitssenator muss nicht Arzt sein, ein Bildungssenator muss nicht Lehrer sein. Aus eigener Erkenntnis weiß ich, Jurist sein hilft in manchen Lebenslagen, in vielen jedoch auch nicht. In meiner beruflichen Praxis habe ich im Übrigen ganz viele Juristen getroffen, die schlicht und ergreifend Unsinn erzählt haben. Diese Fähigkeit ändert sich übrigens nicht unbedingt dadurch, dass man ein Regierungsamt übernimmt.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin mir sicher, dass für den Teil des Amtes Justiz und Verfassung Martin Günthner einen klaren Kompass braucht, gute Berater und die Fähigkeit, auf diese Berater zu hören. Ich bin mir sicher, dass Martin Günthner alle diese drei Dinge besitzt.

Im parlamentarischen Alltag ist es üblich, dass die Opposition den vorgeschlagenen Kandidaten der Mehrheit nicht unterstützt. Das ist parlamentarischer Alltag. Ich kann nur sagen für die Koalition, für die SPD: Wir haben Vertrauen, aber wir haben auch Erwartungen an Martin Günthner, und wir wünschen ihm viel Erfolg beim Kampf um Arbeitsplätze in unserem Bundesland. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

(A) Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich kann die rot-grüne Landesregierung froh sein, dass die laufende Legislaturperiode nur vier und nicht fünf Jahre läuft, wie Sie es selbst für die nächste Periode beantragt hat. Wir werden heute das dritte Mal mit einem Vorschlag für die Wahl eines Senators begrüßt. Der dritte Vorschlag in drei Jahren. Hätten wir eine fünfjährige Legislaturperiode, wäre fast der gesamte Senat ausgetauscht worden. Wir wählen heute einen neuen Wirtschaftssenator, dessen Vorgänger von sich immer behauptet hat – so wird kolportiert –, er habe in der Champions League gespielt.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie war das eigentlich bei Ihnen?)

Was unterscheidet eigentlich Senator Ralf Nagel und die Champions League? Der Unterschied liegt darin, für die Champions League muss man sich, wie wir Bremer leidvoll wissen, jedes Jahr neu qualifizieren. Ralf Nagel hat weder im ersten noch im zweiten, noch im begonnenen dritten Jahr seiner Amtsführung die in ihn hochgesteckten Erwartungen zu irgendeiner Zeit erfüllt. Während nach dem Ausscheiden des letzten Senators, Willi Lemke, der damalige Fraktionsvorsitzende noch von einem freudigen Anlass gesprochen hat, hat der SPD-Fraktionsvorsitzende das heute im Hinblick auf das Ausscheiden von Ralf Nagel aus dem Senat nicht getan.

(B) Überhaupt fällt die Bilanz über die Zeit von Ralf Nagel sehr unterschiedlich aus. Noch im Januar attestierte ihm der Präsident des Senats eine überzeugende politische Bilanz. Siegfried Breuer, der Unterbezirksvorsitzende der SPD in Bremerhaven und offensichtliche Senatorenmacher, meinte, er habe keinen großen Mist gebaut. Nach dem Rücktritt von Ralf Nagel hört sich das alles ein bisschen anders an. Unmittelbar nach Nagels Rücktritt sagte Siegfried Breuer, SPD-Unterbezirksvorsitzender und Senatorenmacher, sein Nachfolger wird einiges an Mist wegräumen müssen, den Ralf Nagel uns hier hinterlassen hat.

Ich frage nun, was hat Ralf Nagel eigentlich gemacht? Mist oder keinen Mist? Wir haben festgestellt, dass Ralf Nagel über sich und seinen neuen Job sagte, er habe ihn nicht gesucht, er sein ihm angetragen worden. Der Bürgermeister, Präsident des Senats, lässt zeitgleich in einer Pressemitteilung verkünden, dass Ralf Nagel eine neue Herausforderung gesucht und gefunden hat. Was ist denn nun richtig? War Ralf Nagel auf Stellensuche, oder war er nicht auf Stellensuche? Man kann über die Person von Ralf Nagel und das Verhalten und die Einstellung der Sozialdemokraten zu diesem Senator sicherlich eine Menge spekulieren. Eines steht aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion aber fest: Die Amtszeit von Ralf Nagel war eine wirtschaftspolitisch verschenkte Zeit für unser Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

(C) Welche Erwartungshaltung muss ein Parlament an den Wirtschaftssenator haben insbesondere in einer Phase, in der wir uns in einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise befinden, in der viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz bereits verloren haben und viele weitere um ihren Arbeitsplatz bangen und, was wir insbesondere aus unseren Häfen wissen, zu ganz anderen Bedingungen arbeiten müssen als noch von vor zwei Jahren?

Man erwartet von einem Wirtschaftssenator und einer Landesregierung in einer solchen Phase ein Konzept für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und ein Konzept für die Sicherung von Wachstum und Arbeitsplätzen in unserem Bundesland. Obwohl es in der Präambel Ihres Koalitionsvertrages unter anderem heißt, es gelte, die wirtschaftlichen Chancen des Standorts zu nutzen, um mehr existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, hat der rot-grüne Senat auf diesem Weg bisher nichts erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Bremen hat von allen westdeutschen Bundesländern die höchste Arbeitslosenquote. Bremen weist im Vergleich mit den anderen Stadtstaaten, Hamburg und Berlin, die geringste Selbstständigenquote auf. In keinem Bundesland sind 2009 die Unternehmensinsolvenzen so stark gestiegen wie in Bremen, und auch der Tourismus als Wirtschaftszweig ist seit Beginn der rot-grünen Regierung auf dem Rückschritt. Die rot-grüne Regierung hat kein wirtschaftspolitisches Konzept, unabhängig davon, wer zurzeit Wirtschaftsminister ist.

(Beifall bei der CDU)

(D) Was muss ein Wirtschaftsminister noch machen, außer sich für die Interessen der Wirtschaft und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzusetzen? Er muss sich natürlich auch bei den sonstigen Themen mit wirtschaftspolitischem Sachverstand einbringen. Auch bei unbestritten wirtschaftsrelevanten Themen, wie zum Beispiel der Weservertiefung, der Umweltzone, dem Tempolimit und dem Nachtflugverbot muss er für die Interessen der in Bremen ansässigen Unternehmen und der dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer streiten und kämpfen. Auch das hat in den vergangenen Jahren nicht stattgefunden.

Es bezweifelt doch niemand, dass der Umweltminister sich um die Umweltbelange kümmern muss, aber Sie können doch nicht von ihm auch noch erwarten, dass er die ökonomischen Sachverhalte und die ökonomischen Erfordernisse für unser Bundesland gleichzeitig mitentscheidet! Der Ausgleich zwischen ökonomischem Sachverstand, ökonomischen Erfordernissen und ökologischen Bedürfnissen darf

- (A) doch nicht nur im Kopf unseres Umweltsenators stattfinden, er muss in der Landesregierung stattfinden!

(Beifall bei der CDU)

Auch nach der Wahl von Martin Günthner zum Senator und der Übertragung der Aufgabe als Senator für Wirtschaft und Häfen wird es so sein: Den größten ökonomischen Sachverstand im Senat wird in Zukunft der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr haben, und die CDU-Bürgerschaftsfraktion ist der Auffassung, dass den größten ökonomischen Sachverstand im Senat der Wirtschaftssenator haben muss, um in diesen Ausgleich der Pole auch eintreten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Was erwarten wir in dieser Phase bremischer Politik ganz konkret von einem Wirtschaftssenator? Er muss die dringend notwendigen Investitionen in die Verkehrs- und Hafeninfrastruktur vorantreiben, und besondere Priorität haben dabei die Finanzierung des Tunnels Cherbourger Straße zur leistungsgerechten Anbindung unseres Hafens, sicherlich auch die Errichtung des Offshore-Hafens in Bremerhaven und der Lückenschluss der Autobahn A 281. Haben Sie in den letzten Tagen gehört, was unser künftiger Wirtschaftssenator darüber denkt? Ich habe nichts gehört! Er hat zu diesem wichtigen verkehrspolitischen Problem unseres Landes keine Meinung.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Der künftige Wirtschaftssenator muss sich um die Belange des Mittelstandes kümmern. Wir wissen, dass der Mittelstand unverändert der Jobmotor unserer Region ist. Wir werden nur dann gestärkt aus der Krise hervorgehen, wenn es Konzepte gibt, wie wir insbesondere die mittelständische Wirtschaft fördern und damit neue und krisensichere Arbeitsplätze erringen können. Welches Konzept hat eigentlich der Senat zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft, und welches Konzept hat eigentlich der künftige Wirtschaftssenator in Bezug auf die Mittelstandsförderung? Auch dazu haben wir von der SPD und Martin Günthner nichts gehört.

(Beifall bei der CDU)

Er muss sich in die bestehenden Konflikte einmischen. Es geht um die Fragen: Wie gehen wir sachgerecht mit der Weiterentwicklung der Umweltzone um, die sich in der nächsten Phase zu einem Jobkiller für die mittelständische Wirtschaft entwickeln wird? Wie gehen wir mit der Entscheidung über das Offshore-Terminal um? All diese Probleme stehen auf der aktuellen Tagesordnung, und die einzigen, die keine Antworten auf diese existenziellen Fragen fin-

den, sind der rot-grüne Senat und die ihn tragenden Bürgerschaftsfraktionen einschließlich Martin Günthner.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wir sind nicht gegen Martin Günthner, weil er erst 34 Jahre ist, und wir sind auch nicht gegen ihn, weil er an der einen oder anderen Stelle einmal einen pfiffigen, manchmal auch einen anstrengenden Zwischenruf macht, ich sage das ganz bewusst, aber die Frage ist: Reicht das Alter von 34 Jahren und ein pfiffiger Zwischenruf eigentlich, um in Bremen Senator zu werden? Ich sage für die CDU-Bürgerschaftsfraktion, das reicht nicht. Ein Wirtschaftssenator muss mehr auf die Waage bringen, wenn er in den Senat einziehen will.

(Beifall bei der CDU)

Senator Mäurer hat vor rund zehn Tagen bei dem Radiosender Energy Bremen zur Azubi-Attacke 2010 etwas Bemerkenswertes gesagt. Er hat festgestellt, und ich zitiere ohne Genehmigung des Präsidenten:

(Heiterkeit)

„Ausbildung ist grundlegend. Wer es nicht schafft, einen vernünftigen Schulabschluss zu machen, wer keine Berufsausbildung hat, ist in dieser Gesellschaft ohne Perspektive.“ Sehr geehrter Herr Senator Mäurer, es stimmt nicht ganz, er kann noch für die Sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion Senator werden!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Da reicht es nämlich aus, wie wir eben gehört haben, eine Parteikarriere zu haben und lange im Parlament zu sitzen. Man braucht keine besondere fachliche Eignung, keine besondere fachliche Ausbildung. Wenn ich das hier kritisiere, das will ich ausdrücklich sagen, ist das nicht arrogant, sondern das ist die Erwartungshaltung, die die Menschen an eine solche Spitzenfunktion auch in der Politik haben: Sachverstand, Durchsetzungsfähigkeit und eine vernünftige eigene berufliche Grundlage, und all das hat Martin Günthner nicht.

(Beifall bei der CDU)

Er wird nicht nur Wirtschaftssenator werden, sondern er wird nach dem Willen der SPD auch die Aufgabe eines Justizsenators übernehmen.

Wir haben recherchiert: In allen anderen 15 Bundesländern und im Bund werden die Aufgaben eines Justizsenators von einem Juristen wahrgenommen, und es war auch in Bremen viele Jahre Tradition, dass die Aufgabe des Senators für Justiz und

- (A) Verfassung von jemand wahrgenommen wird, der eine entsprechende berufliche Ausbildung hat.

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Sie sind da betriebsblind!)

Ich bin da nicht betriebsblind, weil sonst ja 15 andere Länder, egal mit welchen politischen Mehrheiten, auch betriebsblind wären, Herr Dennhardt! Der einzige, der einen Nicht-Fachmann zum Senator machen will, ist die SPD-Bürgerschaftsfraktion in Bremen. Überall sonst in Deutschland wird meine Auffassung geteilt.

(Beifall bei der CDU)

Auch vor dem Justizsenator liegen gewaltige Herausforderungen. Er muss sich um die Steigerung der Aufklärungsquote von Kriminalitätsfällen kümmern, bei der Bremen unverändert im Bundesvergleich die rote Laterne in der Hand hält, und obwohl Bremen von allen Bundesländern die meisten Drogentoten je Einwohner hat, werden in keinem anderen deutschen Oberlandesgerichtsbezirk prozentual so viele Drogendelikte eingestellt wie in Bremen. Der Justizsenator muss dieses dringende Problem, von dem insbesondere unsere jüngere Generation betroffen ist, anpacken. Es darf keinen Freiraum für Drogen in Bremen und Bremerhaven geben!

- (B) (Beifall bei der CDU)

Martin Günthner hat unter anderem eine Homepage betrieben unter der Adresse www.majakowski.com, die allerdings seit dem 12. Februar 2010, dem Tag seiner Nominierung durch den SPD-Landesvorstand, abgeschaltet ist. Warum eigentlich, Herr Günthner, wird denn die Seite, wie es so schön heißt, im Moment überarbeitet? Doch nicht etwa, weil Sie befürchten, dass sich die Zweifel an Ihrer Qualifikation nur durch den Blick auf diese Seite allein schon verstärken könnten?

Die „taz“ schreibt in ihrer Online-Ausgabe vom Folgetag, ich zitiere ohne Erlaubnis des Präsidenten: „Offenbar war am Vormittag im Bremer Rathaus die Personalentscheidung zugunsten von Herrn Günthner gefallen. Dem gelernten Kommunikationsberater war offenbar sofort klar, dass er das alte Image, das er auch in seinem Blog gepflegt hatte, für die neue Rolle ablegen musste.“ Welchen Martin Günthner wählen wir eigentlich heute? Den, der sich für die Inhalte seiner alten Homepage und seines Blogs schämt und sie abschaltet, oder ist der wie ein Phönix aus der Asche auferstanden und soll heute Wirtschaftssenator werden? Jemand, der sich um ein solches Amt bewirbt, muss sich an dem messen lassen, was er bisher getan hat, und dazu gehört nicht, heimlich eine Homepage abzuschalten!

(Beifall bei der CDU)

- (C) Zum Glück bietet das Netz für alle Neugierigen ein Gedächtnis. Im sogenannten Cache, dem Pufferspeicher von Suchmaschinen, finden sich noch eine Vielzahl von Inhalten ihrer Seite. Ich will nicht alles im Einzelnen vortragen. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, sich das einmal anzuschauen, was sich unter dem Logo „politisch – tendenziös – revolutionär“ auf der ehemaligen Homepage von Martin Günthner verbirgt. Ich will Ihnen nur einen Blick auf den Namensgeber dieser Seite gönnen.

Der Dichter Wladimir Majakowski war ein Vertreter des literarischen Futurismus. Er war Enthusiast in der bolschewistischen Oktoberrevolution des Jahres 1917. Stalin erklärte ihn 1935 zum „besten und talentiertesten Dichter der Sowjetunion“, auch wenn er zwar vielen als Revolutionär, nicht aber als linientreu galt. Zu seinen berühmtesten Werken gehörten die „Die Wanze“ und „Schwitzbad“ oder auch ein Gedicht, „Wolke in Hosen“. Sind Sie wirklich der Auffassung, dass jemand, der durch eine solche Namensgebung den Ideen einer solchen Person nachhängt, der richtige Vertreter für die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft in Bremen und Deutschland ist? Die CDU-Fraktion sagt Nein! Wir sind es nicht!

(Beifall bei der CDU)

Ein Senatsposten ist eben keine Azubi-Stelle. Wir brauchen in dieser Phase bremischer Politik jemanden, der etwas von Wirtschaftsstrukturpolitik versteht. Nach dem Hinausdrängen von Ulrich Nußbaum, dem Verzicht von Ralf Nagel, der Absage von Oberbürgermeister Schulz ist Martin Günthner heute vierte Wahl, und auch nicht nur deswegen hat es auf dem SPD-Parteitag von einflussreichen Bremer Sozialdemokraten Bedenken gegen seine Qualifikation gegeben.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Einfluss haben die nicht! – Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Die haben nun wirklich keinen Einfluss mehr! Da sind Sie falsch informiert!)

Ich bin der festen Auffassung, wir brauchen einen Wirtschaftssenator, der sich durchsetzen kann und der Konzepte hat, der das völlig zerrüttete Verhältnis des Senats zur Handels- und Handwerkskammer wieder geraderückt, der sich für Wachstum und Beschäftigung einsetzt. Wenn Martin Günthner über sich selbst und seine Qualifikation sagt, er sei da gut in der Lage, politische Mehrheiten zu organisieren: Das Organisieren von politischen Mehrheiten hat im Senat nichts zu suchen, da hat er sich für die fachlichen Interessen der Wirtschaft und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Bundesland einzusetzen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Martin Günthner hat über sich als weitere Qualifikation ge-

(D)

(A) sagt, er will in den Dialog eintreten, das sei seine große Stärke. Ich sage, in der Wirtschaftsstrukturpolitik ist in den letzten zweieinhalb Jahren in Bremen genug geredet worden. Wir brauchen einen Wirtschafts-senator, der handelt, und deswegen wird die CDU-Bürgerschaftsfraktion Martin Günthner heute nicht zum Senator für Wirtschaft und Hafen und auch nicht zum Senator für Justiz und Verfassung wählen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Abg. T s c h ö p e
[SPD]: Total überraschend!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch die, die sich gerade noch untereinander unterhalten! Es ist schon oft so gewesen, als ich hier in solchen Debatten stand, dass der Kollege Röwekamp eine Rede relativ sachlich angefangen hat, wo man sagt, das ist das gute Recht, das ist sogar die Pflicht der Opposition – das kann ich als Grüner gut sagen, wir waren lang genug selbst in der Opposition und haben die Reden gehalten –, auch bei einer solchen Debatte die andere Seite darzustellen und dagegenuhalten. Ich glaube, es ist wenig überraschend, dass die Opposition hier auch begründet, warum sie einen Vorschlag für ein Mitglied des Senats nicht mitwählt. So weit, so normal, und so weit kann man dem Ganzen folgen.

Dann, und das finde ich zunehmend bedauerlich, kommt etwas, meistens gegen Ende der Rede – in diesem Fall hat man es auch in Presseerklärungen und -äußerungen gelesen –, wo Sie dann betrüblicherweise in persönliche Diffamierungen, arrogantes Herabwürdigen anderer Personen und relativ unsinnige Ausführungen abgleiten wie die jetzt über den russischen Dichter, der mit der heutigen Senatswahl nun so gar nichts zu tun hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Am Ende steht dann eine Bilanz, dass außer von dem sehr hohen Ross, andere Menschen herabzuwürdigen und ihnen ihre Qualifikation abzusprechen, im Grunde genommen für eine seriöse, glaubwürdige Oppositionsrede nichts übriggeblieben ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Und das für eine Partei und Fraktion, die mit dem ehemaligen Wirtschafts-senator Gloystein nicht nur den

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) schlechtesten Wirtschafts-senator der bremischen Geschichte, sondern vielleicht sogar den schlechtesten Senator Bremens überhaupt aufgestellt und gewählt hat!

Das ist schon eine Dreistigkeit, wenn man hier in der Vergangenheit Menschen in den Senat gewählt hat, von denen, würde es Samstagabends bei RTL eine Chartshow von Oliver Geissen geben „Die zehn peinlichsten Politiker Deutschlands“, möglicherweise sogar darüber hinaus, eindeutig dieser Wirtschafts-senator Gloystein der CDU auf Platz eins gewählt werden würde, sich heute hier hinzustellen und eine solche Rede zu halten. Das ist schon wirklich extrem unverschämt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Das ist schon ein starkes Stück! Auch die Leistungsbilanz des Wirtschafts-senators Kastendiek, heute noch wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, habe ich immer – und nicht nur unter dem Blickwinkel der Opposition – als äußerst dürftig erlebt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

(D) Ich glaube, dass wir aber noch einmal – und insofern würde ich gern ein bisschen von dem, was ich mir für diese Rede vorgenommen habe, abweichen – über die Frage der Beurteilung der Wirtschaftspolitik hier im Land Bremen und auch dieser Regierung reden müssen. Es geht mir zunehmend gegen den Strich, und heute haben wir wieder eine Rede gehört, die sich unter völliger Verkennung der tatsächlichen Realitäten in Bremen auf den Weg macht und versucht darzustellen, dass es ein Totalversagen der rot-grünen Regierung in Sachen Wirtschaftspolitik gibt. Sie machen das oft an dem fest – das haben Sie bei Herrn Nagel auch getan –: Wo sind die neuen Dinge, die neuen Entwürfe, und wo ist das, was wir jetzt wieder neu erfinden? Wir sind in einer ganz anderen Phase, in einer ganz anderen Situation hier in Bremen, und die haben Sie offensichtlich nicht verstanden.

Wir haben ganz große Projekte, die über sehr viele Jahre oder gar Jahrzehnte, wie im Fall der Überseestadt, wie im Fall des Aufbaus einer ganzen Industriebranche der Windenergie in Bremerhaven und wie bei der Umgestaltung der Bremer City, die wirtschaftspolitische Ausrichtung dieses Landes bestimmen. In diesen Projekten – da sind wir extrem schnell und gut vornweg – trifft diese Regierung Entscheidungen, die überall gelobt werden. Ich nenne nur das Beispiel der Bremer City und die Umgestaltung derselben zur Vergrößerung der Fläche für den Einzelhandel. Ich nenne nur die dynamische Entwicklung der Überseestadt und den schon sehr weit fortgeschrittenen Aufbau eines ganz neuen Industriezweigs in

- (A) Bremerhaven von der Forschung und Entwicklung über die Ausbildung, Produktion, Service und Logistik im Bereich der Windenergie. Hier sind wir auch im Bereich der Entscheidung über den Offshore-Hafen sehr weit fortgeschritten. In all diesen Dingen kommt es nicht darauf an, daneben jetzt noch einmal kurzatmig neue Großprojekte zu erfinden, daneben zu stellen und morgen etwas anderes zu machen,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Es geht doch gar nicht um Großprojekte!)

sondern innerhalb dieser großen Vorhaben gibt es extrem viele neue und innovative Dinge, die wir ständig auf den Weg bringen. Wir müssen mit langem Atem eine nachhaltige Wirtschaftspolitik machen, die unsere Stärken in diesen Großprojekten so weiterentwickelt, wie dieser Senat es in diesen letzten drei Jahren begonnen hat. Das ist die Wirtschaftspolitik, die Bremen braucht, von der Sie fantasieren, diese Wirtschaftspolitik existiere in dieser Phase der bremischen Entwicklung überhaupt nicht, und die Sie einfordern. Daher geht dieser Vorwurf, dass wir da nichts Neues und keine Leistung vorzuweisen hätten, vollständig an der Leistung dieser Koalition in den letzten drei Jahren vorbei!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- (B) Es ärgert mich zunehmend, dass sowohl die Entscheidungsfindung und -vorbereitung als auch die Ideen, die dort umgesetzt werden, als auch, und das kann man sehr gut zugeben, das Fortschreiben von Dingen, die in der Großen Koalition begonnen worden sind, nicht gesehen wird. Wir tun hier ja nicht so – schon gar nicht die grüne Opposition –, als hätten wir das alles neu erfunden. Das ist in der Wirtschaftspolitik aber auch weder notwendig noch gegeben. Wir schreiben natürlich auch Dinge fort, entwickeln sie weiter.

Gerade am Beispiel des Offshore-Hafens fügen wir Bausteine, die Sie als Große Koalition schon begonnen haben, neue Bausteine, die ganz wichtig sind für die Abrundung unseres wirtschaftspolitischen Portfolios, hinzu, so auch in der Innenstadt, in der Überseestadt, in der Airport City, im Technologiepark und bei vielen anderen Projekten und vor allen Dingen bei der ganz wichtigen Förderung kleiner, kleinster und mittelständischer Unternehmen. Dort passiert unheimlich viel, und die Dynamik können Sie bei einem Gang durch Bremen und Bremerhaven mit eigenen Augen sehen. Die Bevölkerung sieht sie auch! Deswegen geht der Vorwurf, den Sie hier heute noch einmal, nicht nur gegen den designierten Wirtschaftsminister, sondern gegen uns alle erhoben haben, vollständig an der Realität unserer beiden Städte vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir Grüne werden heute Herrn Günthner geschlossen und einstimmig zum Wirtschafts- und Justizsenator wählen. Wir haben – und das ist überhaupt keine Sache, die ich heute in der Tradition grüner Reden bei solchen Anlässen hier verschweigen will – natürlich beim ersten Mal, als wir die Nachricht hörten, kräftig geschluckt, weil jeder weiß – man kann es in der Zeitung, im Blog, in verschiedenen Äußerungen nachlesen –, dass Herr Günthner sein Profil in den letzten Jahren auch dadurch gewonnen hat, dass er sich zu Zeiten der Großen Koalition, aber auch in der rot-grünen Regierungszeit, hin und wieder inhaltlich und mit scharfer Zunge gegen die Grünen profiliert hat. Das ist uns natürlich nicht entgangen. Deswegen haben wir uns auch damit und mit dem designierten Wirtschaftsminister Herrn Günthner auseinandergesetzt. Wir haben sehr lange über diese Dinge gesprochen.

Der grüne Anspruch ist natürlich nicht nur der, dass es hier zu einer wesentlich kollegialeren und kooperativeren Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern kommt. Das betrifft den Senat, in den er eintreten wird, das betrifft die Zusammenarbeit mit den Fraktionen und mit den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen. Das betrifft auch den Stil. Da kann man, glaube ich, als Abgeordneter immer noch eine schärfere Zunge pflegen als dann in der Situation eines Senators. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass Herr Günthner auch den inhaltlichen Hintergrund dieser Auseinandersetzung erkannt hat, dass es nämlich darum geht, dass diese Koalition ein Erfolg ist immer da und überall dort, wo sie ökologische und ökonomische Belange miteinander verbindet und zueinander führt, dass er das selbstverständlich umsetzen und dafür stehen wird.

Jetzt muss ich doch noch einmal einen Schlenker zu Ihnen machen, Herr Röwekamp. Das mit der fehlenden Ausbildung und all diesen Dingen! Vielleicht muss man ab und zu noch einmal kurz innehalten, vor allen Dingen, wenn man glaubt, auf dem ganz hohen Ross zu sitzen. Das hat jetzt nichts mit dem hohen Ross zu tun, das wäre eine falsche Überleitung. An dem Fall der Bischöfin Käbmann, die nicht auf dem hohen Ross saß – damit man mich nicht falsch versteht –, kann man sehen, wie schnell es gehen kann, dass, wenn man glaubt, man wäre in einer Situation, in der man andere, so wie Sie es so oft getan haben, beurteilen und herabwürdigen kann, man selbst über Nacht in einem Glashaus sitzen kann. Ich wünsche Ihnen nicht, weder persönlich noch politisch, dass Sie jemals in eine solche Lage kommen. Es sollte Ihnen nur zu denken geben, mit diesem persönlichen Herabwürdigen anderer hier in diesem Haus aufzuhören, sehr geehrter Herr Röwekamp.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der Fall Justiz ist in der Tat ein schwieriges Thema. Lassen Sie mich eine Bemerkung machen, die

(C)

(D)

(A) den Hintergrund dieser Frage noch einmal beleuchtet! Wir hatten einst in Bremen zwölf Senatoren mit einer klaren Ressortaufteilung. Dann sind wir irgendwann auf elf Senatoren gegangen, das haben wir lange gehalten. Irgendwann kam die Entscheidung, wir machen das alles nur mit sieben Senatorinnen und Senatoren. Das ist ein Sparbeitrag gewesen, und Sie als Opposition fordern das doch selbst immer ein, dass man bei der politischen Führung möglichst schlank operieren sollte.

Dann kommt es natürlich dazu, dass Sie so viele Ressorts und Tätigkeiten zusammenlegen müssen, weil Sie mit sieben Senatorinnen und Senatoren natürlich nicht die ganze Bandbreite – weder der Aufgaben in Bremen und Bremerhaven noch der Abbildung der Ministerstruktur im Bund und in den Ländern, da sie ja auch Teil der Ministerkonferenzen Bund und Länder sind – abbilden können. Also packen wir die Dinge immer mehr zusammen und sparen Staatsräte und Senatoren ein. Das ist eine ganz klare Forderung.

Dann kommt es natürlich dazu, dass verschiedene Senatorinnen und Senatoren unterschiedlichste Fachbereiche zusammen verwalten und führen, wo sie natürlich vielleicht in dem einen mehr Erfahrungen haben, in dem anderen weniger, und in den dritten Bereich müssen sie sich ganz neu einarbeiten. Das ist hier in diesem Fall bei Herrn Günthner auch so. Machen Sie den Vorschlag, wieder auf acht, neun oder zehn Senatsressorts zu gehen, dann können wir einen eigenen Justizsenator wählen.

(B)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein! Ein Jurist soll es machen!)

Dann können wir uns einen Juristen aussuchen, der das vielleicht macht. In diesem Fall, bei dieser Enge, bei dieser Sparveranstaltung – ein Senat mit sieben Ressorts – werden wir immer unterschiedlichste Bereiche zusammenfügen, und Senatorinnen und Senatoren werden immer unterschiedliche Erfahrungen in den verschiedenen Bereichen haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal die Staatsräte würdigen, nicht nur die beiden Staatsräte Herrn Prof. Stauch und Herrn Heseler, die eine hervorragende Arbeit machen! Auch hier gibt es ja öffentlich und von der Opposition immer wieder die Forderung: Einsparen, Einsparen, weg damit! Nein! Wir müssen dafür sorgen, dass wir dieses Land Bremen und Bremerhaven immer noch ordentlich verwalten können. Dazu gehören hervorragende Staatsräte, und im Fall des Justizressorts vertraue ich darauf, dass der hervorragende Staatsrat Prof. Strauch zusammen mit dem neuen Senator Günthner hier eine Justizpolitik macht – wie auch schon Herr Nagel –, die in den letzten Jahren doch davon geprägt war, dass wir einen reibungslosen Verlauf der bre-

mischen Justiz garantieren konnten. Da gab es früher sehr viel mehr Schwierigkeiten, als wir das jetzt hatten, und ich gehe auch davon aus, dass das mit Senator Günthner auch so weitergehen wird.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich also zusammenfassen: Vieles von dem, was Sie sagen, ist inhaltlich völlig ungerechtfertigt. Das, was Sie zur Person sagen, ist persönlich herabwürdigend und hat nichts mit dem zu tun, was Sie selbst an Biografien in Ihrer eigenen Fraktion aufweisen können. Das ist lächerlich, dass Sie anderen vorwerfen, diese oder jene Ausbildungsbiografie zu haben. Schauen Sie sich selbst an! Schauen Sie uns alle an! Wir haben alle bunt gemischte Biografien, sind irgendwann in der Politik gelandet und machen dort entweder einen guten Job oder einen schlechten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir Grünen gehen davon aus, dass Herr Günthner einen guten machen wird, und werden ihn wählen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich als parteiloser Abgeordneter in einer sehr glücklichen Lage bin, was man von Ihnen nicht gerade behaupten kann, wirklich überparteilich und ohne Fraktions- und Parteienszwang nur nach bestem Wissen und Gewissen, wie es auch eigentlich der Fall sein sollte, abstimmen zu können,

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Ohne Sinn und Verstand!)

werde ich Herrn Günthner nicht deshalb zum neuen Wirtschaftssenator mit wählen, damit seine unendlichen, geistreichen Zwischenrufe als Abgeordneter endlich aufhören – die kann er sich nämlich dann als Senator Gott sei Dank nicht mehr erlauben –, sondern ich werde Herrn Günthner deshalb überparteilich zum neuen Hafens- und Wirtschaftssenator mit wählen, weil ich Herrn Günthner sogar als SPD-Mitglied trotz seiner Vergangenheit für jung und dynamisch halte und er seine Ideen mit dementsprechendem Durchsetzungsvermögen als Kenner der Bremerhavener und Bremer Hafenwirtschaftsszene, in seiner

- (A) Eigenschaft als Vorsitzender des Hafenausschusses und jetzt als Senator positiv für das Land Bremen und Bremerhaven umsetzen kann.

Meine Damen und Herren, schlimmer als beim ehemaligen SPD-Senator Nagel kann es doch nun wirklich nicht mehr kommen. Also geben wir Herrn Günthner die Chance, sich zu beweisen. Ich bin auch der Meinung, dass Herr Günthner nicht dumm ist. Er wird sich dementsprechend schon in die anderen Zuständigkeitsbereiche einarbeiten, dessen bin ich mir sicher, genauso, wie er es jetzt schon weiß, dass er als Senator eine riesige Verantwortung für das Bundesland Bremen trägt und dass das Amt als Senator wohl das schwierigste Amt seines Lebens sein wird.

Was die Bewertung seiner Qualifikation durch die CDU – Herrn Röwekamp – angeht, möchte ich gerade Herrn Röwekamp schmerzlich daran erinnern, dass er sich gerade als ehemaliger CDU-Senator trotz angeblicher Qualifikationen nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat wie zum Beispiel auch der ehemalige CDU-Senator und politische Geisterfahrer Gloystein, der trotz angeblicher Qualifikation als CDU-Senator das Bundesland Bremen bundesweit bis auf das Hemd schamlos blamiert hat. Herr Röwekamp, das ist nur ein kleines Beispiel Ihrer glorreichen und auch so hochqualifizierten Senatoren, also würde ich an Ihrer Stelle mit diesbezüglicher Bewertung sehr ruhig und sehr vorsichtig sein.

- (B) Kurzum gesagt würde ich Herrn Günthner, obwohl er SPD-Mitglied ist, überparteilich zum neuen Senator für Wirtschaft, Häfen und Justiz mitwählen, weil ich ihm dieses verantwortungsvolle Amt einfach zutraue und er diese Chance einfach verdient hat. Ich sage auch gleich, dass ich als Einzelabgeordneter seine Arbeit kritisch beobachten und fair beurteilen werde, so wie es meine politische Aufgabe im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute soll ein neuer Wirtschaftssenator gekürt werden. Bei dem Thema Wirtschaftspolitik fällt mir immer ein Satz von Pro. Dr. Karl Schiller ein. Er hatte einmal sinngemäß gesagt, wenn die Schornsteine rauchen, es also der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Arbeitnehmern gut, gibt es auch ausreichend Arbeitsplätze. Ich bin der Meinung, dass dieser wirtschaftspolitische Leitspruch von Prof. Karl Schiller sicherlich in den Jahren des Wirtschaftswunders zugetroffen hat, aber danach nie mehr. Auch die neo-liberale Zuspitzung dieser Formel in den letzten 20 Jahren hat daran nichts geändert. Die Unternehmensgewinne steigen

*) Vom Redner nicht überprüft.

immens, der Lohn aus abhängiger Arbeit und die Anzahl der Arbeitslosen gehen drastisch zurück. Ex-Senator Nagel hat eine solche Wirtschaftspolitik betrieben, in der die Schornsteine rauchten, aber eben nur die.

Sehr geehrte Damen und Herren, für DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft ist es egal, wer diese Art von neoliberaler Wirtschaftspolitik exekutiert, ob Herr Nagel, ob in Zukunft Herr Günthner oder wer auch immer, wir lehnen diese Art von Politik ab. Da Herr Günthner, so haben wir es bisher gehört, diese Politik auch weiter betreiben will, werden wir auch diesen Kandidaten ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich aber dennoch eine kleine Anmerkung zur Person Martin Günthner machen! Bekannt für seine Zwischenrufe hat er, das muss ich hier auch sagen, unseren Abgeordneten aus Bremerhaven des Öfteren unflätig und unter der Gürtellinie beschimpft. Das hat uns nicht gefreut, und das freut uns auch heute nicht, aber aus unserem LINKEN-Verständnis heraus hat natürlich jeder eine zweite Chance. Wenn Herr Günthner noch einmal an die soziale Verantwortung der BLG bei dem Versuch des Lohndumpings im Hafen erinnert, dann, sehr geehrter Herr Günthner, werden wir Sie unterstützen, werden wir Sie sogar sehr unterstützen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Hand für Ihre nicht leichte Aufgabe. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben aufgrund der Gepflogenheiten in diesem Parlament natürlich ein gewisses Problem, jemanden als zukünftigen Senator zu bewerten, ohne dass man vorher eine Vorstellungsrrede hat. Wir kennen das Konzept von Martin Günthner nicht, deshalb können wir es inhaltlich schwer bewerten. Wir kennen einige Aussagen, wir kennen einige Bruchstücke, wir kennen einige Versatzstücke, aber das macht es natürlich besonders schwer, jetzt inhaltlich fundiert darüber zu diskutieren, ob Martin Günthner wirklich in der ganzen Breite als Wirtschaftssenator geeignet ist. Ich habe da meine Zweifel, das macht sich aber gar nicht an seiner Person fest. Ich will deshalb, um es nicht so spannend zu machen und Sie auf die Folter zu spannen, gleich von vornherein sagen, die FDP-Fraktion wird Martin Günthner nicht wählen,

(Abg. Tschöpe [SPD]: Surprise!)

weder als Wirtschaftssenator noch als Justizsenator.

(C)

(D)

(A) Ich finde den Vorschlag, das Justizressort zurück zum Bürgermeister zu legen, sehr gut, nicht weil unbedingt ein Jurist das Justizressort führen muss, aber ich glaube, man überfordert Martin Günthner, wenn man ihm diese beiden für unsere Stadt und unser Land wichtigen Aufgaben gleichzeitig überträgt. Er ist ein absoluter Newcomer in diesen Führungspositionen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schon vor geraumer Zeit vorgeschlagen, das Kulturressort zur Bildung und Wissenschaft zu legen, wo es hingehört, und dann hätte man auch Kapazitäten frei, Justiz zur Senatskanzlei und zum Bürgermeister zu legen, und schon wäre das Problem gelöst, ohne dass man hier in irgendeiner Form den Senat aufblähen müsste.

Zur Person Martin Günthner muss ich sagen, er hat als Bürgerschaftsabgeordneter meinen vollen Respekt. Ich schätze Martin Günthner als Bürgerschaftsabgeordneten, und deshalb wünsche ich mir, dass er weiterhin Bürgerschaftsabgeordneter bleibt.

(Beifall bei der FDP)

(B) Ich schätze seine Zwischenrufe, sagen wir einmal, zu 50 Prozent. Dabei beweist er, dass er auch manchmal ein Schnelldenker ist, aber manchmal ist er eben nicht nur Schnelldenker, sondern auch Schnellredner. Es wäre in dem einen oder anderen Fall sicherlich klug gewesen zu schweigen.

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau M ö b i u s
[SPD]: Das gilt für viele!)

Ich muss dazu sagen, ich habe überhaupt nicht die Zuversicht von Thomas Röwekamp, dass Martin Günthner hier heute zum Senator gewählt wird. Ich denke, das wir gleich noch eine spannende Wahl erleben werden. Ich sehe überhaupt noch nicht, dass er hier eine Mehrheit findet, und deshalb, denke ich, wird es noch ein spannender Vormittag.

Ich will noch einmal zu Majakowski zurück. Ich habe von dieser Internetseite gehört, ich wusste nicht einmal, dass sie Majakowski heißt, ich hätte sie dann vielleicht einmal auch gelesen. Man muss aber natürlich eines sagen, und das hat mich spontan nachdenklich gemacht, die Wohnstraße des SED-Politbüros in Berlin-Pankow hieß Majakowskiring, und das werden die sich nicht freiwillig ausgesucht haben, weil Majakowski so ein hoher liberaler und demokratischer Politiker oder Schriftsteller war, sondern das hat auch Sinn gemacht. Ich denke, wenn jemand seine Homepage so nennt, dann denkt er sich dabei auch etwas. Ich glaube, der Antrag, den Martin Günthner zur BLG mitverfasst hat und der uns zu einer Form staatlicher Plankommission nahezu zurückgeführt hat, ist ja dieser Denkrichtung geschuldet. Das stimmt mich nachdenklich.

(C) Es ist schon gesagt worden, wir brauchen jetzt niemanden, der quasi eine Ausbildung als Senator macht und erst einmal zuhört, was ihm alle Leute sagen. Wir brauchen jemanden, der zupackt, wir brauchen jemanden der handelt. Die FDP hat schon im Bürgererschaftswahlkampf 2007 gesagt, es ist Zeit zum Handeln, geredet worden ist genug. Wir brauchen also nicht einen hoch bezahlten Azubi, der noch einmal durch die Lande fährt und zuhört, sondern wir brauchen ein wirtschaftspolitisches Konzept, und das haben wir nicht.

(Beifall bei der FDP)

Der Senat und an der Spitze Bürgermeister Böhrnsen sind doch mit der Personalpolitik grandios gescheitert. Uns ist hier Herr Nagel als das Nonplusultra der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik für Bremen verkauft worden. Er ist hier als Überflieger hereingekommen, und manche wollten ihm schon ein Kronprinzenpalais bauen. Es ist leider nichts daraus geworden, weil es zu lange gedauert hat, die Planfeststellung durchzuziehen. Jetzt ist er wieder weg!

(Beifall bei der FDP)

(D) Aber was war das denn für ein Verfahren bei Nacht und Nebel? Die SPD hat ja offensichtlich sehr verschiedene Wahrnehmungsebenen. Der Bürgermeister lobt ihn, Nagel sagt, ach, eigentlich brauchen wir keinen Wirtschaftssenator mehr, weil alle Aufgaben erledigt sind, und die SPD in Bremerhaven sagt, der hat aber Mist gebaut. Ja, bitte schön, welche Einschätzung stimmt denn jetzt letztendlich? Ich würde sagen, das Problem ist nicht der einzelne Senator, der hier Mist gebaut hat, die rot-grüne Regierung ist nicht dazu in der Lage, Konzepte auf den Tisch zu legen und diese auch umzusetzen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der
SPD)

Ja, natürlich! Unsere Konzepte liegen ja vor, unsere Konzepte liegen auf dem Tisch. Das einzige, was wir aus der Regierungskoalition dazu bislang gehört haben, ist, nein, das wollen wir nicht, das können wir nicht. Jetzt loben Sie sich für das Innenstadtkonzept! Ich kann mich erinnern, dass wir vor einem Jahr hier darüber diskutiert haben, da haben wir ein Innenstadtkonzept vorgelegt, und Sie loben sich jetzt für ein Innenstadtkonzept, das wir damals aufgeschrieben haben. Also wir müssen ja einmal schauen, wo die Ausgangslage ist und was dabei herauskommt.

(Beifall bei der FDP)

Über die Situation zweite Wahl ist ja auch schon diskutiert worden, lieber Martin Günthner, ich wür-

(A) de mir das nicht antun. Es gibt manchmal Chancen, die muss man nicht ergreifen!

(Beifall bei der FDP)

Diese Chancen sind in Wirklichkeit gar keine Chancen, hier kann man mit diesem Hintergrund und mit diesem Ansatz letztendlich nur scheitern.

Ich glaube auch nicht, dass man hier Bremen und Bremerhaven gegen eine Wirtschaftspolitik ausspielen kann, die sich an Weltmaßstäben orientiert. Ich habe das vorhin in einem Zwischenruf gesagt. Wir brauchen sowohl Malaysia als auch Shanghai, als auch Weddewarden, als auch Woltmershausen. Das gegeneinander auszuspielen und jetzt so zu tun, ich bin der Richtige für euch, weil ich schön dicht bei euch bin, das ist ein Kuschelkurs der SPD. Nein, wir sind ein internationaler Logistik- und Hafenstandort. Wir haben Wettbewerb mit internationalen Standorten, daran müssen wir uns genauso orientieren. Wer diffamiert, dass Politik sich darum kümmert, auch in andere Standorte zu reisen und über den Tellerrand zu blicken, der ist auf alle Fälle nach unserem Dafürhalten nicht die richtige Person für das Amt des Wirtschaftssenators.

(Beifall bei der FDP)

(B) Ein wirtschaftspolitisches Konzept ist nicht einmal in Umrissen zu erkennen, und deshalb, denke ich, ist der Senat hier komplett und grandios gescheitert. Wir lehnen die Wahl von Martin Günthner ab. – Danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich zwei neunte Klassen der Paula-Modersohn-Schule aus Bremerhaven. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (parteilos)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde der CDU-Fraktion raten, in der Frage der Bewertung von Wirtschaftspolitik deutlich mehr Bescheidenheit walten zu lassen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich habe seinerzeit, und ich rede natürlich auch in der Kontinuität, damals mit Herrn Liess zusammen

*) Vom Redner nicht überprüft.

für die Grünen und für die Koalition helfen dürfen, Wirtschaftspolitik mitzugestalten. Was wir vorgefunden haben, war eine komplett gescheiterte Sanierungsarchitektur, die Fundamente waren bröselig bis brüchig, und der ganze Sanierungskurs – ich weiß, dass die SPD das anders sieht – ist aus meiner Sicht jedenfalls in der Großen Koalition zusammengebrochen. Die CDU hat das mitzutragen und mitzuverantworten. Die Schäden, über das Musical-Theater wurde gestern übrigens auch schon geredet, sind deutlich noch sichtbar aus der Zeit stammend.

(Abg. **Strohmann** [CDU]: Space
Park!)

Leugnen Sie Ihre Geschichte nicht, Sie haben sozusagen eine Wirtschaftspolitik zu verantworten, deren Erfolg jedenfalls aus meiner Sicht in vielen Bereichen spärlich ist. Wenn Sie dann noch, Herr Röwekamp – und das ist übrigens der Grund, warum ich mich überhaupt gemeldet habe –, hier sagen, der grüne Senator denkt ökonomisch und der Wirtschaftssenator nicht oder hin und her und versuchen zu spalten: Moderne Ökonomie heutzutage kann gar nicht anders als sowohl sozial als auch ökonomisch zu denken, alles mitzudenken in der Ökonomie. Energieeffizienz, Materialeffizienz, Fehlervermeidung in der Produktion, vernünftige Steuerungssysteme, das alles spielt nicht nur eine ökonomische Rolle, sondern ergibt gleichwohl auch ökologisch Sinn. Glauben Sie wirklich, dass man das heute noch wie vor zehn oder zwanzig Jahren auseinanderdividiert diskutieren muss? Völliger Unsinn! Was für eine antiquierte wirtschaftspolitische Sichtweise verbirgt sich eigentlich hinter solchen Angriffen? Ehrlich gesagt enttäuscht mich das sehr, ich hätte gedacht, wir haben diese alten Zeiten überlebt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Des Weiteren: Vorwürfe in die Richtung, dass Rot-Grün keine wirtschaftspolitischen Konzepte hat, sind doch blanker Unsinn. Es gibt ein Industriestandortkonzept, es gibt ein Mittelstandskonzept, es gibt ein Tourismuskonzept, es gibt ein Einzelhandelskonzept. Wie viele Konzepte wollen Sie eigentlich noch?

(Abg. **Woltemath** [FDP]: Was halten
Sie vom Umsetzen, Handeln?)

Wieviel wollen Sie eigentlich noch? Dann schauen Sie sich einmal die gehandelte Wirtschaftspolitik an! Wir sind in Bremen aus meiner Sicht aus einer schwierigen Situation deutlich vorangekommen, und ich sage Ihnen auch ganz deutlich, dass ich die Häme gegenüber Herrn Nagel im Nachhinein nicht in Ordnung finde. Man mag zu Ralf Nagel stehen, wie man will, es mag auch sein, dass ein Senator, der von sich

(C)

(D)

- (A) aus sagt, er spielt in der Champions League, in Bremen schon ein bisschen verloren hat, bevor er damit sozusagen über den Berg ist, das mag alles sein. Aber wenn Sie real schauen, welche wirtschaftspolitischen Konzeptionen Rot-Grün tatsächlich zustande gebracht hat, dann kann ich nur sagen, das ist ein großer Fortschritt in vielen Bereichen. Nicht nur die Windenergie, von der ich ja nicht behaupte, dass sie eine Erfindung der rot-grünen Regierung sei, ist auch schon in der Großen Koalition von Herrn Eckhoff gefördert worden, aber es läuft in den Bereichen ziemlich gut, und das ist auch richtig, und das ist auch gut so.
- Ich glaube im Übrigen, um das auch einmal zu sagen, wenn man jede Äußerung aus dem Netz zitiert und meint, damit könne man Personen diskreditieren, ich habe im Netz schon so viel Unfug geschrieben wie in meinem Leben sonst nicht. Vieles von dem – auch das müssen Sie wissen – hat einen schmunzelnden, spaßhaften Charakter und ist nicht in der Weise, wie Sie das gemacht haben, ernst zu nehmen. Man kann natürlich alles an den Haaren herbeiziehen, um jemanden für unfähig zu erklären. Ich wünsche Martin Günthner – und das sage ich an dieser Stelle als Einzelabgeordneter,
- (Abg. B a r t e l s [CDU]: Noch!)
- ich werde ihn mitwählen – viel Erfolg!
- (B) Ja, so ist das mit den Einzelabgeordneten, die haben hier Rederecht, Herr Bartels, auch wenn Sie das ärgert. Ich nehme mein Rederecht wahr und versuche, mich hier an der Debatte zu beteiligen. Ich finde, dass Martin Günthner ein durchaus guter Kandidat für das Amt ist. Meine Unterstützung in der Wirtschaftsdeputation hat er jedenfalls, und wir werden uns trefflich darüber auseinandersetzen, wie künftig der Weg weitergeht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
- (Beifall bei der SPD)
- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.
- Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man musste ja kein Prophet sein, um die Situation vorauszuahnen, dass die Opposition auch irgendwie begründen muss, warum sie den Senatorenvorschlag nicht mitwählt. Das ist in unterschiedlicher Güte gelungen.
- Kurz, knapp, von mir nicht zu teilen, aber eindeutig war die Reaktion der LINKEN. Sie sagen, Sie wollen eine andere Wirtschaftspolitik haben, deshalb wollen Sie unseren Kandidaten nicht mitwählen. Ich finde, das ist ehrlich. Ich will die Wirtschaftspolitik nicht, die Sie wollen, aber ich fand, Sie haben sich an dieser Stelle klar positioniert. Ansonsten gilt der Spruch, wenn man vom Rathaus kommt, ist man schlauer, beziehungsweise wenn man aus der Bürgerschaft kommt, ist man schlauer.
- (C)
- Der Ausflug in die russische Literaturgeschichte hat mich bereichert. Ich bin ganz froh, dass Martin Günthner keinen Blog unter dem Namen Stuckrad-Barre betrieben hat, denn dann hätte die CDU begründen müssen, dass sie ihn deshalb nicht wählt, weil er vermutlich kokainsüchtig ist. Ich bin froh, dass er keinen Blog unter dem Namen Hemingway betrieben hat, dann wäre er des Alkoholabusus verdächtig. Ganz froh bin ich allerdings auch, dass er keinen Blog unter dem Namen Charlotte Roche betrieben hat.
- (Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Wenn das, unter welchen Namen man Blogs aufbaut, ernsthaft Gründe sein können, jemanden zum Senator nicht zu wählen, dann sei es so. Was mich allerdings ärgerlicher gemacht hat als dieser Teil ihrer Begründung, Herr Röwekamp, ist die apodiktische Feststellung, Justizsenatoren, Justizminister müssen Juristen sein. Das ist zurzeit in der Momentaufnahme so, ich möchte aber an die Tradition Ihrer Partei erinnern: Der letzte Justizminister des Landes Schleswig-Holstein war Peter Harry Carstensen, der ist Bauer.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- (D)
- Davor hat er jemanden berufen, der auch kein Jurist war, um das gleich klarzumachen, es war nicht nur die Sondersituation.
- (Abg. I m h o f f [CDU]: Bauer ist nicht schlecht!)
- Nein, Bauer finde ich völlig in Ordnung, damit kann man manches werden!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Lassen Sie mich noch Folgendes ansprechen, der Kollege Dr. Güldner hat es ja eben ausführlich gesagt: die Null-Null-Nagel-Nummer, und Rot-Grün macht keine Wirtschaftspolitik! Wir haben den Offshore-Hafen auf den Weg gebracht, wir haben die Wirtschaftsförderung umgebaut, endlich ist sie umgestellt auf Darlehensförderung. Die Zuschussgeschichten sind vorbei, das heißt, wir können überhaupt strategisch länger Wirtschaftsförderung unter den Bedingungen eines Haushaltsnotlagelandes machen. Das ist ein riesengroßer politischer Gewinn, den wir hier erzielt haben.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) Wir haben das Problem Musicaltheater und Rennbahn gelöst, Erblasten der Großen Koalition! Das überhaupt nicht anzuerkennen, sondern zu sagen, Sie haben wirtschaftspolitisch irgendetwas gemacht! Dass diese Fehlentwicklungen endlich gelöst worden sind, ist eine hohe Errungenschaft, die Rot-Grün erzielt hat. Wir haben den Science-Park an der Jacobs University entwickelt, und wir haben das Riesenprojekt Einkaufszentrum Innenstadt auf den Weg gebracht. Wenn das keine Strukturpolitik für diese Region ist, dann weiß ich auch nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Herr Röwekamp, gestatten Sie mir eine Bemerkung! Ich weiß nicht, ob das eine politische Bewertung ist oder eine persönliche von mir, aber mir geht das gehörig auf den Senkel, diese arrogante, beckmesserische Art, mit Menschen umzugehen. So wie Sie hier sagen, der Mensch beginnt mit einem akademischen Titel, und nur dann ist er es wert, für irgendetwas gewählt zu werden, da muss ich Ihnen persönlich sagen, das ist nicht meine Menschensicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Diese Form ist nicht weit davon weg, eine Art intellektuelles Achtklassenwahlrecht wieder einzufordern, wo die Menschen sich gestaffelt nach Bildungsabschnitten politisch artikulieren und organisieren können. Ich sage Ihnen ganz klar, das ist nicht die Denke der SPD, das ist nicht die Denke von Rot-Grün, und ich glaube, dass es außerhalb der CDU auch keine Denke mehr in Deutschland ist. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Güldner, ich bin ja schon ein bisschen überrascht, denn Ihre Anforderung an eine Personaldebatte ist offensichtlich, dass man nicht über Personal redet. Da habe ich als CDU-Mitglied eine andere Auffassung. Wenn es hier einen Vorschlag für die Wahl eines Mitglieds des Senats gibt, sehr geehrter Herr Dr. Güldner, gehört es dazu, dass man sich über die Eignung, die Befähigung und die Leistung des Kandidaten unterhält,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Wie man darüber redet, ist ent-
scheidend!)

und nichts anderes habe ich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion getan.

(Beifall bei der CDU)

Nur weil wir zu einem anderen Ergebnis kommen, ist die Diskussion doch nicht falsch! Wir müssen doch, jeder von uns, der gleich in die Kabine geht, bewerten, ob derjenige, der zur Wahl steht, der Richtige für diese Aufgabe ist. Da sagt die CDU-Fraktion: Nein, er ist es nicht! Er ist es weder für die Aufgabe als Wirtschaftsminister noch für die Aufgabe als Justizminister, für die er wirklich nichts, aber auch gar nichts vorzuweisen hat. Ich glaube, er hat noch nicht einmal in seinem Leben an einer Sitzung des Rechtsausschusses teilgenommen, er hat noch nie Berührungen zur Justiz gehabt. Was will er eigentlich als Justizminister erreichen? Das ist doch die fachliche Frage, die sich in dieser Debatte stellt, Herr Dr. Güldner, und nicht die Frage, ob wir eine Personaldebatte führen oder nicht.

Ich weiß, Sie hätten heute am liebsten ohne Debatte Martin Günthner gewählt, aber für die CDU ist wichtig, dass transparent wird, wer der Bewerber für dieses Amt ist. Für uns ist auch wichtig, dass wir sagen, er erfüllt unsere Kriterien an diese Aufgabe nicht. Ihre vielleicht, unsere nicht, das sage ich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d -
n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir messen
Sie nur daran, wie Sie die Debatte führen!)

Im Übrigen hat niemand gefordert, Herr Dr. Güldner, und das war auch nicht Realität in der Vergangenheit, dass wir einen neuen Senator für Justiz und Verfassung wählen wollen. Das hat es in einer frühen Phase einmal gegeben, als wir 12 oder 13 Senatoren hatten oder 11, als Sie damals noch dabei waren. Wir haben auch in der Schlussphase der Großen Koalition nur sieben Senatoren gehabt, aber es stellt sich doch die Frage: Warum ist eigentlich der Bürgermeister, der schon einmal Senator für Justiz war, nicht Senator für Justiz und Verfassung? Warum ist das eigentlich damals zum Wirtschaftsressort verlagert worden? Das hängt doch auch mit einer Personalentscheidung zusammen.

Damals sollte Ulrich Nußbaum Wirtschaftsminister werden, und deswegen sollte das Ressort für Justiz und Verfassung zu dem Juristen Nußbaum gehen. Dann ist der Jurist Nußbaum nicht mehr Senator geworden, sodass man doch die Frage stellen muss: Warum bleibt denn eigentlich das Ressort nicht da, wo es aus Sicht der CDU-Fraktion hingehört, nämlich beim Präsidenten des Senats?

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Weil Sie nicht
regieren!)

(C)

(D)

(A) Er ist selbst Verwaltungsrichter gewesen, er ist selbst Justizsenator gewesen. Wer, wenn nicht er, könnte die Herausforderung dieses Ressorts am besten meistern? Das ist die Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion: Wir wollen, dass der Präsident des Senats Senator für Justiz und Verfassung wird, weil er es kann und weil wir es ihm zutrauen. Das ist die Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Güldner?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Ja, gern!

Präsident Weber: Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Röwekamp, heißt das im Umkehrschluss, dass in Zukunft nur noch Juristen Bürgermeister in Bremen werden können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Röwekamp!

Abg. **Röwekamp** (CDU): Nein, natürlich nicht, aber wenn man einen Juristen im Senat hat, Herr Dr. Güldner, der schon einmal Senator für Justiz und Verfassung war, stellt sich doch die Frage, warum er es nicht einfach weitermacht. Warum macht er es denn nicht einfach weiter, Herr Dr. Güldner, haben Sie eine Antwort?

(B)

(Abg. **Dr. Güldner** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe Sie gefragt!)

Sie können mir ja einmal eine Antwort geben. Warum macht er es eigentlich nicht? Er hat es doch gemacht, es ist doch die anderthalb Jahre auch gut gelaufen. Warum macht er es nicht weiter? Hat er Angst vor der Verantwortung, ist doch die Frage, die dahinter steckt.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sage, Angst vor Verantwortung ist nichts, was ein Mitglied des Senats auszeichnen sollte, das ist die Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU – Abg. **Dr. Güldner** [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt habe ich eine Antwort: Blödsinn!)

Im Übrigen möchte ich noch einmal sagen: Die Anlehnung an Majakowski war natürlich im Eingang spaßig, aber im Ende ernst gemeint. Die Frage ist: Welche wirtschaftspolitische Vorstellung hat eigentlich der künftige Senator über die Lage in unserem Land?

Da möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass es Martin Günthner gewesen ist, der im November letzten Jahres eine Debatte angestoßen hat, die am Ende der ökonomische Sachverstand der Grünen bremsen musste, nämlich zu sagen: Wir wollen, dass die BLG-Gruppe auch in Zukunft hohe Löhne zahlt, selbst wenn sie dadurch mittelfristig Verluste macht! Was ist das eigentlich für eine wirtschaftspolitische Ahnung und für ein wirtschaftspolitischer Weg, dass man ein Unternehmen durch Verluste in die Bedrängnis bringen will, vielleicht Arbeitsplätze zu riskieren, nur um den Preis nicht marktgerechter Löhne? Deswegen hat die Anlehnung an Majakowski einen tatsächlichen Ursprung.

(C)

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion sagt: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, der Staat darf keine Löhne machen, und der Staat darf auch als Gesellschafter kein Unternehmen in die Grütze und in die Verluste führen und damit Arbeitsplätze von Menschen aufs Spiel setzen, die dringend auf das Einkommen aus ihrer eigenen Hände Arbeit angewiesen sind. Das disqualifiziert einen Wirtschaftssenator, wenn er eine solche Auffassung hat. Wir sind froh, dass die Grünen ihn gestoppt haben, wir haben aber nicht die Zuversicht, dass Ihnen das in den nächsten 15 Monaten jeden Tag gelingt, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass Martin Günthner heute gewählt wird, auch ohne die Stimmen der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß auch, dass es in der SPD keine ungeteilte Zustimmung für ihn gibt. Im Übrigen ist der Umgang mit der innerparteilichen abweichenden Meinung auch eine neue Qualität der SPD, das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Manfred Fluß ist immerhin einmal jemand gewesen, den die SPD-Bürgerschaftsfraktion zum Senator für Finanzen gewählt hat, er ist der Sprecher der Selbstständigen innerhalb der Sozialdemokraten

(Abg. **Frau Busch** [SPD]: Was? Das ist schon lange her!)

auf dem Parteitag gewesen. Ich finde, ein solcher Mensch, der für die SPD im Parlament gesessen hat und für die SPD im Senat gesessen hat und der auf dem Parteitag den Mut hat, seine Bedenken an der Qualifikation von Martin Günthner auszusprechen, gehört nicht innerparteilich so abqualifiziert, wie Sie das gemacht haben. Nehmen Sie auch die Kritik aus

(A) Ihrem eigenen Lager ernst, und versuchen Sie nicht, den Eindruck zu vermitteln, als ob das alles Friede, Freude, Eierkuchen ist, was Martin Günthner heute befähigt, in den Senat der Freien Hansestadt Bremen einzuziehen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage für die CDU-Bürgerschaftsfraktion: Wir werden Martin Günthner nicht wählen, das wird Sie nicht überraschen! Ich sage Ihnen aber zu, dass wir die Wirtschaftspolitik und die Justizpolitik des Landes und der rot-grünen Regierung natürlich weiterhin konstruktiv inhaltlich begleiten werden!

Im Übrigen, Herr Tschöpe, beim Science-Park habe ich noch nicht ganz erkannt, was Sie da jetzt eigentlich geleistet haben. Wenn ich das richtig sehe, ist da noch gar nichts passiert. Wenn das aber Ihr großes Erfolgsprojekt ist, würde ich vorschlagen, stellen Sie das ins Zentrum Ihres bevorstehenden Wahlkampfes!

Aber wir werden Sie inhaltlich weiter stellen. Ich sage an dieser Stelle auch in der Tradition von Herrn Dr. Güldner, eines steht für die CDU-Bürgerschaftsfraktion fest: Martin Günthner hat keine Probezeit. Es gibt keine 100 Tage Schonfrist der Opposition für dieses Mitglied des Senats, das gibt es 15 Monate vor der Beendigung einer Wahlperiode nicht. Wir werden Martin Günthner nach seiner Wahl heute ab morgen kritisch an seinen Taten, an seinen Konzepten und an seinen Inhalten messen! – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Mitglieder des Senats werden nach Artikel 107 Absatz 2 der Landesverfassung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Gemäß Paragraf 58 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Nach Paragraf 58 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Abstimmung in Wahlkabinen.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich bitte folgende Anmerkungen machen: Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der beiden Wahlkabinen, und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Fehlt eine Kennzeichnung oder enthält der Stimmzettel mehrere Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig. Falten Sie den Stimmzettel, und stecken Sie ihn in den mitgegebenen Wahlumschlag und dann in die Wahlurne!

Ich weise noch darauf hin, dass die Schriftführerinnen Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder

in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält. Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Wählerin oder der Wähler erkennbar wird. Sollte sich eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er bei den Schriftführerinnen gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

(C)

Wir kommen nun zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang. Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich beginne nun mit dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage jetzt noch einmal, ob alle Abgeordneten Ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben haben.

(D)

Ich sehe, das ist der Fall, die Schriftführerinnen nicken.

Meine Damen und Herren, dann ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen!

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 11.44 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.50 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von den Schriftführerinnen vorgelegt wurde: ausgegebene Stimmzettel 82, abgegeben Stimmzettel 82, vernichtete Stimmzettel 0.

(A) Auf Martin Günthner entfielen 45 Jastimmen, 37 Neinstimmen, 0 Stimmenthaltungen, ungültig 0.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass damit Herr Martin Günthner gemäß Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung in den Senat gewählt wurde.

Herr Günthner, die Bürgerschaft (Landtag) hat Sie soeben in den Senat gewählt.

Ich frage Sie nun, ob Sie die Wahl annehmen.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Ja, Herr
Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Ich stelle fest, Sie haben die Wahl in den Senat angenommen.

Wir kommen nun zu Ihrer Vereidigung.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“ den Eid zu leisten.

Die Eidesformel lautet:

(B) „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Herr Günthner, ich bitte, jetzt den Eid zu leisten!

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Das schwöre
ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Senator Günthner, mit der Eidesleistung ist Ihr Amtseintritt in den Senat vollzogen.

Ich gratuliere Ihnen von Herzen und wünsche Ihnen alles erdenklich Gute für unser Bundesland.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 11.55 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.15 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

Wir treten nun erneut in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

(C)

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen acht frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Auszahlung des Kindergeldes der im Bremer Strafvollzug inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden**“.

Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Möllenstädt!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Jugendliche und Heranwachsende sind derzeit im Bremer Strafvollzug inhaftiert, deren Eltern Kindergeld beziehen, und mit welchem Gesamtvolumen sind diese Kindergeldzahlungen zu beziffern?

Zweitens: Wie bewertet der Senat den Vorschlag der Berliner Justizsenatorin, durch eine Änderung des Einkommensteuergesetzes die Kindergeldzahlungen direkt an die Jugendvollzugsanstalten auszahlen zu lassen und damit eine bessere personelle und fachliche Ausstattung zu finanzieren?

Drittens: Wie ist die bisherige Praxis in Bremen, und gibt es Überlegungen, sich dem Berliner Vorschlag anzuschließen?

(D)

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Prof. Stauch.

Staatsrat Prof. Stauch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Anzahl der inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden, deren Eltern einen Anspruch auf Kindergeld haben, ist schwankend. Derzeit sind ausschließlich in der Strafhafte des Jugendvollzugs 15 Insassen untergebracht, deren Eltern die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen. Ob sie die Auszahlung des Kindergeldes beantragt haben, ist nicht bekannt. Eine exakte Bezifferung des Gesamtvolumens der Kindergeldzahlung ist dem Senator für Justiz und Verfassung nicht möglich. Die genaue Höhe des Kindergeldanspruchs ist unter anderem auch von der Anzahl der weiteren Kinder abhängig, für die ein Kindergeldanspruch besteht.

Unter Zugrundelegung eines derzeitigen Anspruchs auf Kindergeld in Höhe von 184 Euro für die ersten beiden Kinder würde das Gesamtvolumen der Kindergeldzahlungen für die im Bremer Strafvollzug inhaftierten 15 Jugendlichen und Heranwachsenden 2760 Euro im Monat betragen.

Zu Frage 2: Der Senat ist der Ansicht, dass eine gute personelle und fachliche Ausstattung von Jugendvoll-

- (A) zugsanstalten für den Resozialisierungsauftrag von besonderer Bedeutung ist. Es ist indes nicht Aufgabe des Kindergeldes, hierfür zu sorgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweck der Kindergeldgewährung ist es, die Kinder und die Familien zu fördern.

Zu Frage 3: Die bisherige Fassung des Paragraphen 74 Absatz 1 Satz 4 Einkommensteuergesetz bietet keine Möglichkeit einer Überleitung des Kindergeldes an eine Justizvollzugsanstalt, da es zwischen der Justizvollzugsanstalt und dem inhaftierten Kind an einem sogenannten unterhaltsrechtlichen Grundverhältnis fehlt. Der Staat ist dem inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden nicht unterhaltsverpflichtet, sondern hat ihm gegenüber eine eigene gesetzliche Verpflichtung zur Gewährung des Lebensbedarfs. Deshalb gab es in der bisherigen Praxis in Bremen auch keine Bemühungen, eine Auszahlung an die Justizvollzugsanstalt zu bewirken. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Möllenstädt, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Staatsrat, würden Sie mir in der Auffassung zustimmen, dass das Kindergeld ja dazu dienen soll, Familien bei entsprechenden Aufgaben der Erziehung und zur Abmilderung der entsprechenden Kostenbelastung zu unterstützen, und dass diese Aufwendungen ja in dem hier beschriebenen Fall dieser Personengruppe gar nicht bei den Familien anzusiedeln sind, sondern hier von Bremen getragen werden müssen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Prof. Stauch: Es ist nach den Erfahrungen im Bremer Vollzug auch häufig so, dass die Eltern im Fall der Inhaftierung tatsächlich Unterhaltsleistungen für die Jugendlichen erbringen. So besteht durch Besuche und Briefe ein regelmäßiger Kontakt mit der Familie, die Familie hält für die Zeit nach der Inhaftierung auch häufig ein Zimmer vor. Sie versorgt die Kinder mit Kleidung oder übernimmt die Zahlung von Versicherungsbeiträgen. Auch das ist ein Grund, weshalb tatsächlich Aufwendungen auftreten, und dem dient auch das Kindergeld.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Ich schließe aus Ihrer Antwort, dass, sollte die Berliner Justizsenatorin und der Berliner Senat an dem Ansinnen, was ja angekündigt ist, festhalten, dieses im Bundesrat zu einer Abstimmung zu bringen, Bremen diesem Vorschlag nicht folgen würde.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

(C)

Staatsrat Prof. Stauch: Das halten wir nicht für sinnvoll, und es würden auch nur wirklich sehr geringe Beträge erbracht werden können. Für Bremen ist das keine besondere Perspektive.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Frehe!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, habe ich Sie richtig verstanden, und sind Sie mit mir der Auffassung, dass die Zielsetzung junger Menschen im Strafvollzug und die des Kindergeldes völlig verschieden sind und daher eine solche Überleitung schon deswegen nicht infrage kommt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Prof. Stauch: Dem stimme ich voll zu.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne unseren ehemaligen Abgeordneten Herrn Grotheer ganz herzlich grüßen.

(Beifall)

- (B) Die zweite Anfrage hat das Thema „**Abschiebungen nach Syrien überprüfen**“.

(D)

Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Sind dem Senat Berichte bekannt, nach denen aus Deutschland nach Syrien abgeschobene Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Damaskus wegen des in Deutschland gestellten Asylantrags verhaftet wurden?

Zweitens: Sieht der Senat die Möglichkeit, auf Bundesebene einen generellen Abschiebestopp nach Syrien zu erwirken?

Drittens: Wie ist die derzeitige Praxis in den Ausländerbehörden im Land Bremen bezüglich möglicher Abschiebungen nach Syrien?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(A) Zu Frage 1: Im ersten Halbjahr 2009 wurden 43 Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit von Deutschland nach Syrien zurückgeführt. Die Bundesländer sind im Dezember 2009 vom Bundesministerium des Innern darüber unterrichtet worden, dass in drei Fällen von Deutschland nach Syrien zurückgeführte abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber nach ihrer Rückführung inhaftiert wurden.

Zu Frage 2 und 3: Wegen der unklaren Lage bei der Rückkehr wurden die Ausländerbehörden im Land Bremen am 18. Dezember 2009 angewiesen, im Falle einer beabsichtigten Abschiebung nach Syrien die Ausländerakten dem Senator für Inneres und Sport zur Prüfung vorzulegen. Außerdem wurden sie aufgefordert, Sorge dafür zu tragen, dass es den Betroffenen möglich ist, zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse im Asyl- beziehungsweise Asylfolgeverfahren geltend zu machen.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde nach Mitteilung des Bundesministeriums des Innern gebeten, keine Asylentscheidungen zu treffen, die eine sofortige Abschiebung zur Folge haben können.

(B) Über sogenannte Folgeanträge wird bis auf Weiteres nicht entschieden. Die Anordnung eines generellen Abschiebestopps wird zurzeit nicht als erforderlich angesehen. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, Sie haben eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben eben ausgeführt, dass die in Bremen behandelten Fälle zukünftig bis auf Weiteres beim Senator für Inneres und Sport zur Prüfung vorgelegt werden müssen. Wie kann ich mir das vorstellen? Was machen Sie dann damit?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Dies bedeutet, dass faktisch keine Abschiebung stattfindet.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Eine weitere Frage vom Abgeordneten Herrn Hinners! – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Sie sagten eben, es gibt faktisch keine Abschiebung in das Land Syrien. Vorher haben Sie als Antwort auf die Frage 1 gesagt, von 43 Abgeschobenen seien drei inhaftiert worden, so habe ich Sie verstanden. Haben Sie Erkenntnisse darüber, weswegen diese drei inhaftiert worden sind?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Nein, das sind ja keine Abschiebungen aus Bremen, sondern das ist das Ergebnis der gesamten Bundesrepublik. Insofern müssen wir den Bundesminister des Innern dazu befragen.

(C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Halten Sie es für möglich, Herr Senator, dass diese drei Inhaftierungen wegen Straftaten erfolgt sein könnten, die in Syrien begangen worden sind?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Darüber haben wir keinerlei Hinweise.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Gleichwohl nutzen Sie diese Hinweise dazu, einen generellen Abschiebestopp ohne Einzelfallprüfungen durchzuführen?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich habe genau das Gegenteil gesagt: Wir lassen uns jede Akte vorlegen! Bei den Fällen, die wir zurzeit in der Bearbeitung haben, gilt, dass es keine Voraussetzung dafür gibt abzuschicken. Dabei wird es auch bleiben. Das schließt nicht aus, dass in Ausnahmefällen, wenn es sich um Straftäter handelt, eine andere Entscheidung möglich ist. Aber für die normalen Fälle gilt das, was ich gesagt habe.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Fecker! – Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass laut Medienberichten das Regime in Damaskus den Verhafteten vorwirft, sie hätten durch ihren Asylantrag die Beschädigung des Ansehens Syriens im Ausland erwirkt, und ist Ihnen darüber hinaus bekannt, dass selbst Mitglieder der CSU im Innenausschuss des Bundestages die Lage in Syrien als problematisch bezeichnen?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, und insofern verweise ich nur auf die Stellungnahme der Bundesregierung.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(A) Die dritte Anfrage trägt den Titel **„Gewalt gegen Polizeibeamte“**.

Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Timke.

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat:

Erstens: Wie viele Übergriffe auf Polizeibeamte wurden 2009 im Land Bremen registriert?

Zweitens: Wie viele Polizeibeamte wurden durch diese Übergriffe verletzt?

Drittens: Wie viele dieser Übergriffe waren Widerstandshandlungen nach Paragraph 113 StGB?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Land Bremen wurden im Jahr 2009 682 Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte im Rahmen der polizeilichen Eingangstatistik registriert. Hierbei handelte es sich weit überwiegend um Widerstandshandlungen, daneben kam es etwa zu Körperverletzungen oder Beleidigungen.

(B)

Zu Frage 2: Die Anzahl der verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten in Bremen lässt sich der polizeilichen Eingangstatistik nicht entnehmen. Die aktuell laufende Untersuchung des KFN zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ wird ausführlichere und detaillierte Informationen zu Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte liefern. Es ist vorgesehen, ab 2011 in der polizeilichen Kriminalstatistik Körperverletzungsdelikte gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gesondert zu erfassen.

Zu Frage 3: Im Jahr 2009 wurden im Rahmen der polizeilichen Eingangstatistik 456 Straftaten gemäß Paragraph 113 Strafgesetzbuch zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten erfasst. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Timke, Sie haben eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, Sie haben eben gesagt, dass Sie nicht sagen können, wie viele Polizeibeamte verletzt wurden. Das wird doch registriert, und zwar zumindest im Wachbuch, wenn ich mich recht erinnere. Sobald eine Verletzung erfolgt, ein Arzt aufgesucht und gegebenenfalls auch der Dienst abgebrochen werden muss, wird das doch registriert. Warum können Sie trotz dieser Registrierung nicht

mitteilen, wie viele Polizeibeamte bei Übergriffen verletzt wurden?

(C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Es gibt eine ganz einfache Erklärung dafür: Wir haben in Bremen im Jahr allein ungefähr 1000 Dienstunfälle. Man kann natürlich diese Fälle einzeln aussortieren und zählen, dazu reicht aber die Zeit nicht. Wir werden zukünftig, denke ich, eine sehr valide Datensituation haben, um vielleicht auch diese Zahlen etwas zu bewerten und zu relativieren, da natürlich die Zahl von 682 Übergriffen gewaltig klingt. Wir wissen aber aus Erfahrung, dass zirka 15 Prozent dieser Übergriffe im Bereich der Körperverletzung anzusiedeln sind. Das sind unsere Erfahrungswerte sowohl für Bremen als auch für Bremerhaven. Das heißt konkret, da die Lage in Bremerhaven etwas überschaubarer ist, in dem erwähnten Zeitraum hatten wir in Bremerhaven zwölf verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, können Sie etwas zu den Fällen von 2008 sagen, ob es sich hierbei um eine Steigerung der Übergriffe handelt oder um eine Verringerung?

(D)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Wir haben insgesamt eine Zunahme bei den Widerstandshandlungen. Da aber diese Erfassung so unexakt ist und so wenig Rückschlüsse zulässt, haben wir das nun angestoßen, dass wir in einer großen Untersuchung die Fälle aufarbeiten, um dann auch adäquat darauf reagieren zu können.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Senator, es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Die vierte Anfrage trägt die Überschrift **„Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt“**.

Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Nitz, Rupp, Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Nitz!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Gestatten Sie eine Eingangsbemerkung! Wir finden es bedenklich, dass die Antworten auf unsere Fragen bereits gestern in einer großen Tageszeitung veröffentlicht wurden, stellen sie aber gern noch einmal im Parlament! Wir fragen den Senat:

Erstens: Kam es im Zuge der Ankaufabsicht einer Datei mit Daten von Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterziehern mit Konten in der Schweiz zu

- (A) Selbstanzeigen, und wenn ja, wie viele mutmaßliche Steuerstraftäter aus dem Bundesland Bremen?

Zweitens: Wie hoch sind in diesen Fällen die Steuernachforderungen und die zu vermutenden Geldstrafen?

Drittens: Wie gedenkt der Senat, zukünftig wirksamer der Steuerhinterziehung sowohl in geringer Höhe als auch in Millionenhöhe vorzubeugen?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bevor ich jetzt Frau Bürgermeisterin Linnert das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung die Fragestunden dafür da sind, Fragen zu stellen, und Bemerkungen hier eigentlich nicht gestattet sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

- (B) Zu Frage 1: Bei den Finanzämtern des Landes Bremen sind bisher 22 Selbstanzeigen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in der Schweiz eingegangen, Stand 15. Februar 2010.

Zu Frage 2: In den vorliegenden Fällen kann mit Mehrsteuern von rund 1,2 Millionen Euro gerechnet werden. Die genaue Höhe kann wegen der unterschiedlichen persönlichen Verhältnisse der jeweiligen Steuerpflichtigen erst nach Prüfung durch die Finanzbehörde beziffert werden.

Mit Geldstrafen aufgrund der Selbstanzeigen ist nicht zu rechnen. Die Abgabenordnung sieht für wirksame Selbstanzeigen eine strafbefreiende Wirkung vor.

Zu Frage 3: Die Steuerfahndungs- und Strafsachenstelle beim Finanzamt Bremen-Nord – bis 31. Dezember 2009 beim Finanzamt Bremen-Ost – ist durch Umorganisation aus den drei bisherigen Stellen Steuerfahndungsstelle beim Finanzamt Bremerhaven, der Steuerfahndungsstelle beim Finanzamt Bremen-Ost sowie der Bußgeld- und Strafsachenstelle beim Finanzamt Bremen-Ost hervorgegangen und damit zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestmöglich aufgestellt.

Die Aufgaben der Stelle beinhalten im Steuerfahndungsbereich die Ermittlung des Sachverhalts bei Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten, die Ermittlung von Besteuerungsgrundlagen sowie die Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle. Im Bereich der Steuerfahndung erfolgt über die Zusammenarbeit mit den Festsetzungsfinanzämtern hi-

naus eine enge Kooperation mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, FKS, der Kripo, Wirtschaftsstraftaten, Geldwäsche sowie anderen Steuerfahndungs- und Strafsachenstellen. In Großverfahren erfolgt eine enge Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft. Im Bußgeld- und Strafsachenbereich hat die Stelle grundsätzlich die Rechte und Pflichten, wie sie auch der Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren zustehen.

Seit dem 1. Februar 2009 gibt es in der Steuerfahndungs- und Strafsachenstelle eine Servicestelle Steueraufsicht, ServiSta, wie sie bereits in den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern existiert. Zielsetzung ist unter anderem, die Zusammenarbeit der Nordländer in diesem Bereich zu koordinieren und einen zeitnahen Informationsaustausch zu gewährleisten. Ab dem 1. Januar 2010 wurde ferner eine Zentralstelle zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung eingerichtet, die gezielt die besonders schadensintensiven Hinterziehungsfälle aus dem Bereich der Umsatzsteuer bearbeitet. – Soweit die Antwort des Senats!

Ergänzend möchte ich sagen, dass mit Stand von heute, 24. Februar 2010, die Anzahl der Selbstanzeigen auf 42 angestiegen ist und wir mit einem Betrag in einer Größenordnung von zwei Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen zu rechnen haben.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau N i t z [DIE LINKE]: Nein, vielen Dank für die Antwort und für die aktuellen Zahlen von heute!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf **Kriminalität im Zusammenhang mit EC-Karten und Online-Banking**.

Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte Herr Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hat sich in den letzten drei Jahren die Kriminalität im Zusammenhang mit EC-Karten und Online-Banking entwickelt?

Zweitens: Wie viele Fälle des sogenannten Phishing sind in Bremen zur Anzeige gebracht worden?

Drittens: Wie reagieren die Strafverfolgungsbehörden organisatorisch auf die Zunahme von Straftaten, bei denen das Internet eine Rolle spielt?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Anfrage wird beantwortet von Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(C)

(D)

(A) Zu Frage 1: Ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik der Jahre 2007 bis 2009 besitzen unter den erfassten Delikten dieses Kriminalitätsbereichs derzeit die Delikte Betrug, Computerbetrug, Geld- und Wertzeichenfälschung, Fälschung von Zahlungskarten mit Garantiefunktion sowie das Ausspähen und Abfangen von Daten einschließlich der Vorbereitungshandlungen besondere Relevanz.

Eine spürbare Zunahme der Deliktsfälle ist im Bereich des Computerbetruges erkennbar. Die Delikte des Ausspähens und des Abfangens von Daten einschließlich der Vorbereitungshandlungen sind leicht angestiegen.

Zu Frage 2: Unrechtmäßige Handlungen, durch die Zugangsdaten für das Online-Banking erlangt werden, werden gemeinhin unter der Begrifflichkeit „Phishing“ zusammengefasst. Weder in der Polizeilichen Kriminalstatistik noch in den Justizstatistiken werden diese Fälle gesondert erfasst.

Zu Frage 3: In der Polizei Bremen und Bremerhaven wird diese Form der Kriminalität durch zwei spezielle Fachkommissariate der Kriminalpolizei bekämpft. Derzeit befassen sich bei der Polizei sechs Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit der Bekämpfung der Internetkriminalität. Zur weiteren Unterstützung wurde kürzlich die Stelle eines zusätzlichen Informatikers oder einer zusätzlichen Informatikerin extern ausgeschrieben.

(B) In der Staatsanwaltschaft Bremen wurden zu Beginn des Geschäftsjahres 2007 zwei Sonderdezernate für Verfahren eingerichtet, für deren Bearbeitung besondere Kenntnisse im Bereich des Internets oder der Datenverarbeitung erforderlich sind. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, Sie haben schon darauf hingewiesen, aber wie sieht denn aktuell die Fachkenntnis tatsächlich aus? Sie haben, glaube ich, eben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, es sei eine Stelle ausgeschrieben. Sind denn sowohl bei der Polizei als auch bei der Staatsanwaltschaft schon entsprechende Fachleute vorhanden, die dieses Phishing beispielsweise oder aber auch die Verfahren, die angewendet werden, analysieren und auch entsprechend strafrechtlich bewerten können?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, wir haben Fachleute, aber wir können natürlich noch besser werden, und ich habe heute Morgen gerade mit dem Personalrat verabredet, dass die Ausgesuchten auch jetzt eingestellt werden können. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Unterstützung dieser Arbeit.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Ich möchte in dem Zusammenhang noch auf die Prävention eingehen! Herr Senator, wie stellt sich der Senat eine Prävention, also eine vorbeugende Information an die Betroffenen – hier insbesondere auch an Jugendliche oder junge Heranwachsende –, vor?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich glaube, man muss sehen, dass die Entwicklungen in den verschiedenen Sektoren dieser Kriminalität sehr unterschiedlich sind. Es gibt Bereiche, die rückläufig sind; insbesondere der Bereich Scheckbetrug spielt keine große Rolle mehr. Dann kann man feststellen, dass im Bereich der EC-Karten mit PIN auch ein deutlicher Rückgang festzustellen ist. Das spricht dafür, dass man doch offensichtlich nun darauf achtet, die beiden Sachen getrennt voneinander aufzubewahren, und diese Sorgfalt führt in der Tat dazu, dass diese Verfahren insgesamt rückläufig sind.

Auf der anderen Seite haben wir zum Beispiel einen großen Anstieg bei den Fällen, wo mit der EC-Karte manipuliert wird, weil die Möglichkeiten, diese Daten auszulesen, offensichtlich technisch weiterentwickelt worden sind. Insofern ist es nicht damit getan, daran zu appellieren, auf die Scheckkarte aufzupassen. Wenn Ihre Karte ausgelesen ist, wenn Sie mit ihr die Tür eines Bankgeschäftes öffnen, weil darüber ein Gerät steht oder ein Lesegerät am Eingangsbereich angebracht ist, sind das natürlich Sachen, auf die man im Grunde genommen die Bevölkerung hinweisen kann, aber da muss auch mehr von den Banken geschehen, um dies zu verhindern.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Zunächst begrüße ich es sehr, dass Sie die Prävention vorantreiben wollen, aber eine letzte Frage habe ich noch! Wie lange dürfen denn Daten aus dem Internet strafrechtlich überprüft werden?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich würde sagen, so lange es geht! Ich habe da keine Grenze vor Augen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Ja, da muss ich natürlich nachhaken, weil es ja, Herr Senator, die sogenannte Vorratsdatenspeicherung gibt, und ich höre um mich herum hier schon das Gestöhne. Das ist ein Stichwort,

(A) das einige offensichtlich nicht so gern hören, aber jetzt interessiert mich natürlich an der Stelle die Meinung des Senats. Reicht die derzeitige Vorratsdatenspeicherung aus, um entsprechende Nachforschungen auch über einen bestimmten Zeitraum hinaus vornehmen zu können?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ein eindeutiges Ja!

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Also aus Ihrer Sicht ein Ja! Na ja, da gibt es andere Meinungen!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, Sie müssen mich fragen, wenn Sie noch etwas fragen möchten!

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Frau Präsidentin, darf ich noch etwas fragen?

Sie dürfen noch eine Frage stellen, ja!

Abg. H i n n e r s [CDU]: Ich habe aber keine mehr! Danke schön! – Heiterkeit bei der CDU)

(B)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Bremische Nachfolgeregelung zum Heimgesetz**“.

Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bartels, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter Bartels!

Abg. **Bartels** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann beabsichtigt der Senat, den zuständigen parlamentarischen Gremien sowie der Bremischen Bürgerschaft die bremische Nachfolgeregelung zum Heimgesetz vorzulegen?

Zweitens: Welchen Grund gibt es für die zeitliche Verzögerung der Einbringung der bremischen Nachfolgeregelung zum Heimgesetz?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat beabsichtigt, der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Auslän-

derintegration den Entwurf für ein Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz, BremWBG, am 11. März 2010 vorzulegen. Die Befassung im Senat kann am 23. März 2010 und in der Bremischen Bürgerschaft voraussichtlich im April in erster und im Mai in zweiter Lesung erfolgen.

Zu Frage 2: Im September 2009 hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales den anderen zu beteiligenden Ressorts und Interessenverbänden den Entwurf für ein Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz vorgelegt mit dem Ziel, bis zum Jahresende einen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft herbeizuführen. Der hohe Abstimmungsbedarf und die gründliche Prüfung der Vielzahl von Hinweisen und Änderungsvorschlägen der Ressorts und Verbände standen einem schnellen Abschluss des Verfahrens entgegen.

Vor der Behandlung in den zuständigen Gremien soll noch eine Anhörung abgehalten werden, um die Fachöffentlichkeit möglichst breit zu beteiligen. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Bartels, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Frau Senatorin, erst einmal herzlichen Dank für die Antwort! Wir freuen uns, dass es im März dann eingebracht werden kann. Aber warum hat es so lange gedauert? Ich kann mich erinnern, dass wir im August 2008 zunächst einen Entwurf bekommen haben. Vertreter Ihres Ressorts haben ihn meiner Fraktion vorgestellt, und dann haben wir lange nichts gehört. Im Dezember 2009, sagen Sie jetzt, ist es den Verbänden und den Ressorts zugegangen. Warum hat es so lange gedauert, ein Jahr?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zunächst einmal möchte ich sagen, das wissen Sie ja auch selbst, dass es mir wichtig ist, dass aktuelle Erfordernisse von der Heimaufsicht zu bewältigen und zu bearbeiten sind, denn sie haben natürlich Vorrang. Bei einer begrenzten Personalkapazität sind einfach diese aktuellen Dinge vorwegzuschalten, und Sie können sich ganz sicherlich daran erinnern, dass wir davon im letzten Jahr doch einiges gehabt haben.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Frau Senatorin, ist der Abstimmungsbedarf mit Niedersachsen erfolgt, oder haben wir hier eine Insellösung, oder wie sieht der Entwurf aus? Es macht ja keinen Sinn, einen Alleingang hier in Bremen zu machen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Senatorin!

(C)

(D)

(A) **Senatorin Rosenkötter:** Wir hatten uns vorgestellt, dass wir hier im Gleichschritt mit Niedersachsen gehen können. Wir haben dann lange auf der Verwaltungs- und Arbeitsebene diese Unterlagen von Niedersachsen so auch nicht austauschen können, wir hätten das gern getan. Ich darf Ihnen sagen, soweit ich weiß, hat Niedersachsen auch noch kein Gesetz verabschiedet.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Frehe? – Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind Sie mit mir der Meinung, dass hier Qualität vor Schnelligkeit geht?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Das ist der Grundsatz, den wir nicht nur hier anwenden, ja!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind Sie mit mir auch der Auffassung, dass es sich hier um ein wichtiges Gesetzeswerk handelt, das die Rechte von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern, aber auch von Menschen in anderen Wohnformen sicherstellen soll, und dass man gerade, wenn man hier neue Wege beschreitet, das intensiv beraten muss?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja, da bin ich mit Ihnen einer Meinung, dass das auch einer intensiven Beratung bedarf. Wir haben deswegen einen zeitlich ziemlich langen Vorlauf an dieser Stelle gehabt. Wir haben uns allergrößte Mühe gegeben, das, was auch an Änderungsvorschlägen aus dem politischen Raum, aber auch von den Verbänden gekommen ist, einzuarbeiten oder zumindest zu diskutieren, und am Ende des Tages auch versucht, zu einer Einigung zu kommen. Das wird sicherlich nicht in jedem Fall möglich sein, aber ich gehe davon aus, dass dieses Gesetz, das ja gegenüber dem bisherigen die Erweiterung der Personengruppe vorsieht, hier auch natürlich diese Diskussion braucht. Ich sehe aber, dass wir jetzt an einem Punkt angelangt sind, dass wir hier hoffentlich sehr zügig zu einer Abarbeitung kommen werden.

Ich würde mir sehr wünschen, dass dieser von uns genannte Zeitplan, der sehr ehrgeizig ist, und wir haben es ja auch so formuliert, dies beabsichtigt, und dass wir ihn auch im Interesse der Menschen einhalten

können, die durch dieses Gesetz auch eine Art von Unterstützung und Schutz erhalten. (C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wenn sich aus der Anhörung, die Sie hier schon angekündigt haben, neue Aspekte ergeben sollten, wären Sie dann auch bereit, diesen Zeitplan etwas zu strecken? Es kann ja sein, dass noch wichtige Argumente kommen, die dann doch ein etwas längeres Verfahren erforderlich machen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich möchte einmal Folgendes sagen: Natürlich, wenn es Argumente sind, die in der bisherigen Diskussion überhaupt keine Rolle gespielt haben, muss man sich ihnen auf alle Fälle zuwenden, und dann muss man schauen, welche Zeit man dafür braucht. Trotzdem werbe ich auch bei den Beteiligten im Parlament und in den Deputationen dafür, dass wir dieses Verfahren – natürlich immer mit dem Grundsatz Qualität vor Schnelligkeit – aber jetzt doch zu einem Ende führen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(D) Die siebte Anfrage bezieht sich auf die **Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-(SGB-II-)Regelsätzen für Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Troedel, Erlanson und die Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Abgeordnete Troedel!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den SGB-II-Regelsätzen vom 9. Februar 2010?

Zweitens: Welche Konsequenzen und Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich nach Ansicht des Senats daraus für Bremen?

Drittens: Hat das Sozialressort den Katalog über die atypischen Regelleistungen bereits erstellt, und wie ist der Stand?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht mit dem Urteil klargestellt hat, dass

(A) das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zusichert, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. Er begrüßt ferner, dass das Urteil Klarstellungen und Vorgaben für den Gesetzgeber zur künftigen Bedarfsmessung enthält.

Zu Frage 2: Konkrete Vorgaben und Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich zunächst für den Bundesgesetzgeber. Dieser ist verpflichtet, die Anforderungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in den gesetzlichen Regelungen des SGB II und des SGB XII beziehungsweise in der Regelsatzverordnung umzusetzen. Bremen wird sich dabei im Bundesratsverfahren einbringen, soweit möglich auch bereits im Vorfeld. Bremen wird sich auch weiterhin im Rahmen der Konferenz der Obersten Landessozialbehörden dafür einsetzen, dass die Bundesländer Anforderungen an das methodische Vorgehen bei der Regelsatzbemessung vorlegen, die auch die detaillierten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts dazu berücksichtigen.

(B) Zu Frage 3: Im Rahmen des SGB II hat das Sozialressort bezogen auf die atypischen Regelungen keine Weisungsbefugnis. Es ist Aufgabe des Bundes, gegebenenfalls einen entsprechenden Katalog zu erstellen. Mit Datum vom 17. Februar 2010 hat die Bundesagentur für Arbeit eine Geschäftsanweisung dazu herausgegeben. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Wird vom Senat in diesem Zusammenhang eine Bundesratsinitiative erwogen, die beispielsweise die Anhebung der Regelsätze, eine bedarfsdeckende Kindergrundsicherung und die Aufnahme von Kinderrechten inklusive der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz zum Ziel hat?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrte Abgeordnete, ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass sich gerade Bremen für diese Dinge, die Sie hier benannt haben, wenn Sie über die Kinderrechte sprechen, sehr deutlich im Bundesrat dazu positioniert und auch eigene Anträge eingebracht hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Da hätte es ganz sicherlich nicht hier einer weiteren Aufforderung bedurft. (C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Meine Nachfrage bezog sich auf die Bundesratsinitiative. Unabgesprochen, dass Sie sich in der Person oder in der Sache eingesetzt haben, war meine Frage, ob Sie eine Bundesratsinitiative erwägen?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es hat zu diesen Themen Bundesratsinitiativen gegeben, ich darf das noch einmal in Erinnerung rufen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir haben, gerade was die Regelsätze für Kinder angeht, hier auch im Konzert mit anderen Bundesländern, insbesondere mit Rheinland-Pfalz, mehrfach im Bundesrat – ich habe dazu im Bundesrat selbst gesprochen – Anträge gestellt und auch erreichen können, dass es ein Schulstartpaket gibt. Darüber hinaus – wir werden das an anderer Stelle sicherlich noch debattieren – geht es hier auch darum, wie die zukünftige Bemessung und Grundlage für die Festsetzung von Regelsätzen festgestellt wird. Dazu habe ich ganz konkret auch an die Bundesarbeits- und Sozialministerin geschrieben, um eine Expertenkommission einzurichten, die dann auch die Erfahrungen, die Kenntnisse und das Wissen unter anderem von Sozialpartnern und von Wohlfahrtsverbänden in diese Festsetzung einbezieht. Ich glaube, wir sind hier in Bremen auch sehr rasch in die konstruktive Weiterbearbeitung und Abarbeitung dieses Bundesverfassungsgerichtsurteils gegangen. (D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Razzia in Bordellen**“.

Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Abgeordnete Troedel!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Ressorts waren in Bremen an der Razzia beteiligt?

(A) Zweitens: Ist in diesen beteiligten Ressorts bekannt, dass es in Bremen Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution gibt?

Drittens: Wie ist sichergestellt worden, dass die betroffenen Frauen über die Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten durch diese Beratungsstellen informiert worden sind?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: An den unmittelbaren polizeilichen Maßnahmen waren in Bremen die Polizei Bremen und Bremerhaven, die Ausländerbehörde sowie die Finanzkontrolle für Schwarzarbeit beteiligt. Beamte des BKA begleiteten die Kontrollen. Im Zuge der erlangten Ermittlungserkenntnisse wurde das Jugendamt hinzugezogen. Soweit Anhaltspunkte für Straftaten vorlagen, leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren ein.

Zu Frage 2: Den beteiligten Ressorts ist bekannt, dass es in Bremen Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution gibt. In Bremen gibt es bereits seit 2002 unter der Leitung des Vereins für Innere Mission in Bremen in Kooperation mit der Bremischen Evangelischen Kirche einen runden Tisch „Menschenhandel“. In ihm sind neben den betroffenen Ressorts und Behörden auch die Beratungsstellen Bremer Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution, Gisbu Bremerhaven sowie Nitribit vertreten.

Zu 3: Die Bremer Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution ist durch die Polizei über die polizeilichen Maßnahmen vor Beginn der Kontrollen in Kenntnis gesetzt worden. Sie hat nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen unmittelbar Kontakt zu den Betroffenen aufgenommen. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Bestand zu irgendeinem Zeitpunkt Fluchtgefahr?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich glaube, die Frage muss man anders stellen.

(Abg. Frau **Troedel** [DIE LINKE]: Von den inhaftierten Frauen! Ich glaube nicht, dass ich das in diesem Zusammenhang noch detaillierter vortragen muss! Entschuldigung!)

Vielleicht einmal zu den Ergebnissen dieser Maßnahme: Es sind 25 Frauen kontrolliert worden. Dabei hat sich herausgestellt, dass sich 14 Frauen illegal in Bremen aufgehalten haben. Zwei dieser Frauen haben angegeben, dass sie unter 15 Jahre alt sind. Deswegen wurde das Jugendamt eingeschaltet, und diese beiden Frauen sind dann der Inneren Mission übergeben worden. Sie sind inzwischen untergetaucht. Es verbleiben dann noch zwölf Frauen. Von diesen zwölf Frauen haben drei die Bundesrepublik freiwillig verlassen, vier Frauen wurden abgeschoben, drei nach Italien und eine nach Spanien. Zurzeit sind noch vier Frauen in Abschiebehaft. Das hängt damit zusammen, dass die gerichtlichen Entscheidungen über die Abschiebung noch ausstehen. Wenn diese Entscheidungen ergangen sind, wird dieses Verfahren abgeschlossen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Troedel, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Hätten die betroffenen Frauen in geschützten Unterkünften statt in Untersuchungshaft untergebracht werden können?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, das hat man natürlich auch mit den Beratungsstellen und allen, die dabei gewesen sind, versucht. Diese Regelung setzt aber voraus, dass man kooperiert, dass man zu erkennen gibt, dass man möglicherweise Opfer des Menschenhandels ist. Wenn jemand aber sagt, ich bin hier nur zum Vergnügen, ich bin hier freiwillig eingereist, ich gehe meiner Beschäftigungen nach, was ja nicht strafbar ist, haben wir auch keine Möglichkeiten, von diesen Regelungen Gebrauch zu machen. Wir haben dies versucht, aber leider ohne Erfolg.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist auch die letzte Anfrage in der Fragestunde abgearbeitet und der Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren, bevor ich gleich die Landtagssitzung unterbreche, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass interfraktionell vereinbart wurde, den Punkt außerhalb der Tagesordnung, „Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage“ für diese Sitzung auszusetzen.

Ich unterbreche jetzt die Landtagssitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.57 Uhr)



(C)

(B)

(D)

(A) Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1158)

1. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 24. Februar 2010
(Drucksache 17/1185)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Othmer.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Gemäß Paragraph 34 Absatz 1 der Geschäftsordnung findet in der ersten Lesung zunächst eine allgemeine Besprechung statt, ihr folgt in der Regel die Einzelberatung. Ich schlage Ihnen jedoch vor, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 17/1185, mit in die allgemeine Aussprache einbeziehen.

(B) Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

Die allgemeine Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin rufe ich auf die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten hier in der Bürgerschaft im September 2009 den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD beschlossen, Bildungsurlaub als Instrument zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung weiterzuentwickeln. Damit hatten wir den Senat gebeten, eine Gesetzesänderung zum Bremischen Bildungsurlaubsgesetz vorzulegen. Darin sollte insbesondere neu geregelt werden, dass Bildungsurlaub künftig ab einer Dauer von einem Tag bei Beibehaltung des Anspruchs auf zwei Wochen in zwei Jahren zu gewähren ist und private Anbieter zugelassen werden.

Der Senat hat nun der Bürgerschaft das Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes vorgelegt, und ich möchte Ihnen sagen, dass ich sehr froh darüber bin, dass wir nun diese Änderung hier beschließen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Für uns Grüne ist diese Gesetzesänderung immer ein besonderes Anliegen gewesen, und zwar weil uns die Chancen auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen der Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig sind.

Wissen unterliegt einem immer größeren, immer schnelleren Wandel, deshalb ist Lernen im Lebenslauf auch eine große gesellschaftliche Herausforderung. Wir wollen mit dieser Gesetzesnovelle die Hemmschwelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herabsetzen, Bildungsurlaub zu nehmen. Viele meiner Gespräche haben ergeben, dass viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sich nicht trauen, fünf Tage Bildungsurlaub am Stück zu nehmen, bei einem Tag oder zwei Tagen sieht die Welt häufig schon ganz anders aus. Wir machen hier nichts anderes, als Menschen Brücken zum Bildungsurlaub zu bauen, und das ist gut so.

Wir werden darüber sicherlich auch eine Erweiterung von Veranstaltungsformaten bekommen. Mit der Zulassung privater Anbieter wollen wir die Wahlmöglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitern, denn es muss den Menschen selbst überlassen bleiben zu entscheiden, welches Angebot am besten zu ihnen passt. Es ist ihre Sache zu beurteilen, ob sie den für sie passenden Englischkurs eher bei der Volkshochschule oder bei Berlitz finden. Klar ist, dass die Qualität gesichert sein muss. Nach wie vor müssen die Bildungsveranstaltungen anerkannt werden, und eine Anerkennung kann es natürlich nur geben, wenn die Qualität gesichert ist.

(D) Gleichzeitig ist es längst überfällig, dass man private Anbieter zulässt. Erstens machen es die meisten anderen Bundesländer auch, und zweitens gibt es große Zweifel, dass die jetzige Situation verfassungskonform ist, weil private Anbieter auch ein berechtigtes Marktinteresse haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laut Eurostat, der offiziellen EU-Statistik, gibt es in Deutschland eine Weiterbildungsbeteiligung von 5,8 Prozent. Im Vergleich dazu haben Länder wie Finnland und Großbritannien eine Weiterbildungsbeteiligung von 20 beziehungsweise 22 Prozent. Die EU-Lissabon-Strategie fordert, es müssen 12 Prozent sein. Daran kann man sehen, dass wir einen erheblichen Nachholbedarf haben.

Die jetzige Novellierung des Bildungsurlaubsgesetzes ist sicher nicht der große Wurf, aber ein wichtiger Baustein für mehr Chancen auf Bildungsbeteiligung unter dem Aspekt lebensbegleitendes Lernen. Nach der Berufs- und der Hochschulausbildung haben wir im Moment kein besseres Instrument dafür. Diese Potenziale sollten wir nutzen und ausbauen im Sinne der Bildungschancen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Daher bitte ich um Zustimmung zu dem Gesetz.

Den FDP-Antrag werden wir ablehnen. Ich finde es auch schon vom Verfahren her äußerst merkwürdig, dass eine halbe Stunde vor der Mittagspause ein

(A) Antrag auf den Tisch gelegt wird zu einem Antrag, der nach der Mittagspause debattiert wird, da war lange genug Zeit. Ich möchte zu dem Antrag allerdings auch erst etwas sagen, wenn die FDP selbst etwas dazu gesagt hat. Insofern werden wir dazu, warum die FDP doch den Bildungsurlaub einschränken und den Menschen keine zusätzlichen Chancen geben will, sondern sie eher einschränken will, sicherlich auch noch eine kurze Debatte haben. Sie aber bitte ich um Zustimmung zu dem Gesetz! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Böschen.

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben an dieser Stelle schon sehr häufig über die Bedeutung des lebenslangen Lernens debattiert. Wir alle, denke ich, wissen, wie wichtig es ist, dass nicht nur einzelne Gruppen, sondern möglichst alle Gruppen in diesen Prozess eingebunden werden und die Möglichkeit haben, ihre Situation innerhalb der Gesellschaft, was ihre berufliche Situation, aber vielleicht auch ihre soziale und gesellschaftliche Situation angeht, zu verbessern.

(B) Wir wissen, dass der Bildungsurlaub in diesem Bereich jetzt nicht das große Instrument ist, um Weiterbildungsbeteiligung zu organisieren, aber es ist ein wichtiges Instrument und eines, das anerkannt ist. Wir wissen, dass über den Bildungsurlaub tatsächlich auch Menschen einen Zugang zu Weiterbildung bekommen, die sonst gar nicht erreicht worden wären.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem ist die Beteiligung am Bildungsurlaub aus unserer Sicht lange noch nicht groß genug, und wir versuchen, mit diesem Gesetz auch wieder ein Stück weit mehr Beteiligung zu erreichen.

Die Änderungen, die von uns in dem Bildungsurlaubsgesetz vorgenommen werden, gehen dahin, die Dauer des Bildungsurlaubs zu flexibilisieren. Wir sind der Meinung, das ist gut für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denn wir alle wissen, dass Menschen, die gleichzeitig in die Verantwortung für Kinder, für Pflegebedürftige eingebunden sind, sehr häufig Probleme haben, sich über so einen langen Zeitraum in eine Maßnahme einzubinden. Die Flexibilisierung ist aber auch gut für kleinere Unternehmen, für die es vielleicht eine größere Problematik darstellt, jetzt ihre Beschäftigten in einen Bildungsurlaub gehen zu lassen. Daher sind wir der Meinung, dass dies richtig ist, um die Beteiligung am Bildungsurlaub insgesamt zu steigern.

Frau Schön hat darauf hingewiesen, zukünftig werden auch private Anbieter die Möglichkeit haben,

Angebote zu machen. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass auch das natürlich einer Qualität unterliegt, wie wir sie aus der Vergangenheit gewohnt sind, und ich gehe davon aus, dass das Angebot damit eben tatsächlich etwas breiter ausfällt.

(C)

Wir haben in der Diskussion um die Veränderungen des Bildungsurlaubsgesetzes viele Gespräche geführt. Wir haben bereits in der Deputation für Bildung die Stellungnahmen sowohl der Kammern als auch anderer Verbände zur Kenntnis bekommen, und wir haben gesehen, dass unsere Vorschläge sehr positiv aufgenommen wurden, dass als Ergänzung von der Handelskammer dargestellt wurde, eine sogenannte Clearing-Stelle einzusetzen.

Wenn ich in die Vergangenheit schaue, stelle ich fest, dass es in Bremen eigentlich kaum einen Dissens beim Bildungsurlaub gegeben hat. Ich sage einmal, die Frage, ob eine Veranstaltung jetzt tatsächlich als Bildungsurlaub zu werten ist oder nicht, hat hier in der Debatte in der Bürgerschaft zwar durchaus eine Rolle gespielt, aber aus meiner Wahrnehmung ist es in der täglichen Praxis sehr harmonisch zugegangen. Von daher wäre aus meiner Sicht eine Clearingstelle nicht nötig. Ich denke allerdings, dass es auch nicht schadet, wenn wir sie einrichten und wenn wir deutlich vor Augen haben – und das sage ich hier ganz klar –, dass es nicht darum gehen kann, die Angebote einzuschränken.

Was eine anerkannte Bildungsurlaubsveranstaltung ist, haben wir hier diskutiert, wir wissen, dass wir unterschiedlicher Meinung sind. Aus Sicht der rot-grünen Koalition, sage ich ganz deutlich, kann es nicht nur um berufliche Qualifizierung gehen. Es muss dafür gesorgt werden, dass möglichst breite Gruppen den Zugang zum Lernen bekommen, und das kann nicht immer im ersten Schritt die berufliche Qualifizierung sein. Es muss Möglichkeiten geben, einen Bildungsurlaub auch in ganz anderen Bereichen zu nehmen, ob es Gesundheitsvorsorge ist, ob es Vorbereitung auf Freiwilligentätigkeit oder Ehrenamt ist, ob es etwas mit Kommunikation oder Konfliktfähigkeit zu tun hat. Das sind Felder, die nicht sofort in eine berufliche Weiterentwicklung führen, die aber, um seinen Stand in der Gesellschaft auszufüllen, durchaus wichtig sind. Da, das sage ich ganz deutlich, ist unsere Erwartung, dass davon auch nicht abgewichen wird.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Bei dem Antrag der FDP habe ich mich nicht so gewundert, letztlich ist es eine Wiederholung dessen, was wir hier schon einmal als Antrag vorgelegt bekommen haben. Daher ganz deutlich: Die Selbstbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus unserer Sicht beim Bildungsurlaub vorhanden ist, aus Ihrer Sicht aber erst organisiert werden müsste, lehnen wir ab. Wir lehnen ebenfalls ab, dass der Bildungsurlaub jährlich auf drei Tage reduziert

(A) wird. Wir haben ein großes Interesse daran, nicht den Zugang zum Bildungsurlaub zu verengen, zu reduzieren, das sage ich noch einmal, sondern möglichst mehr Menschen dafür gewinnen zu können, dass sie am Bildungsurlaub teilnehmen. – Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wie schon gesagt, diese Debatte haben wir eigentlich schon am 30. September 2009 geführt, und wir können heute für uns, für die CDU-Fraktion, feststellen, dass sich bis zur heutigen ersten Lesung vom Grundsatz nicht viel geändert hat.

Zuerst einmal, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein Vorwort zu dieser Vorlage! In einer Sitzung am 14. Januar 2010 hat die Bildungsdeputation die Vorlage zur Änderung des Bildungsurlaubsgesetzes gemäß Protokoll unter Punkt acht zur Kenntnis genommen. Heute bei der ersten Lesung des Gesetzes erfahren wir eine seltsam eigenmächtige Abänderung des Beschlusses und können in der Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010 beim Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes lesen: „Die Deputation für Bildung hat dem Gesetzentwurf auf ihrer Sitzung am 14. Januar 2010 zugestimmt.“ Da fragt man sich schon, werden Deputationsbeschlüsse vom Senat überhaupt wahrgenommen, und interessieren ihn diese Beschlüsse? Ich denke aber, bis zur zweiten Lesung lässt sich das ändern. Ein Gesetz sollte mit Sicherheit nicht mit einer solchen Falschaussage in Umlauf gebracht werden.

(B) Wie bereits gesagt, für uns hat sich nicht viel geändert. Was sollte sich auch ändern? Zwar hat man insgesamt 22 Institutionen und Verbände um Stellungnahmen und Vorschläge gebeten. Neun Stellungnahmen mit Vorschlägen sind eingegangen, nur kein einziger Vorschlag, auch nicht von den großen Verbänden, ist im Gesetz berücksichtigt worden. Das zeigt wieder einmal haargenau auf, was Sie von der Meinung anderer halten. Verzichten Sie doch einfach auf ein solches Verfahren, setzen Sie Ihre Vorschläge um, und dann brauchen wir hier nicht groß darüber zu diskutieren!

(Beifall bei der CDU)

Wie sieht es zum Beispiel mit der Kontrolle aus? Einmal anerkannte Bildungsträger bestimmen hier in Bremen in der Regel eigenmächtig, welche Veranstaltung ihres Erachtens nach die Voraussetzung erfüllt. Wo findet denn eine Kontrolle statt? Ich kann es Ihnen sagen, sie findet gar nicht statt! Der Negativkatalog als Rechtsverordnung zur Anerkennung

von Bildungsurlauben bindet doch gerade einmal die Verwaltung, auf die Bildungsträger wirkt er allenfalls mittelbar. Dadurch kann man feststellen, dass der rechtliche Rahmen in Bremen gründlich missglückt ist. In allen anderen Bildungsurlaubsgesetzen in den Ländern sind die Grenzen zur Anerkennung von Bildungsveranstaltungen direkt im Gesetz geregelt. Hannover, sprich Niedersachsen, hat dies sogar zur Grundlage zur Zustimmung des dort geltenden Bildungsurlaubsgesetzes gemacht.

Für uns handelt es sich auch weiterhin bei den angebotenen Bildungsurlauben in der Praxis oft um Veranstaltungen mit überwiegend Sport- und Freizeitcharakter, die mit Weiterbildung nicht viel zu tun haben, an denen jeder, wenn er denn möchte, in seiner Freizeit als Hobby auf eigene Kosten teilnehmen kann. Aufgegriffen werden sollte deshalb – und dies ist hier von Frau Bösch angesprochen worden – ein Ihnen unterbreiteter Vorschlag eines großen Trägers, eine Clearingstelle mit Behördenvertretern, Gewerkschaftern, Arbeitnehmerkammer, Unternehmensverbänden und der Handelskammer einzurichten, die bei Bedarf einberufen werden kann und dann eine beratende Funktion im Hinblick auf sachfremde Veranstaltungsangebote ausüben soll.

Die Aufzeichnung dieses Problems, diese Wünsche haben zwar bei Ihnen Gehör gefunden, eine Arbeitsgruppe sollte bis Ende Januar 2010 darüber befinden, in das neue Gesetz ist jedoch aus dieser Arbeitsgruppe nichts eingeflossen, und über ein Ergebnis der Arbeitsgruppe ist uns auch nichts bekannt geworden. Aber vielleicht verfährt der Senat hier ja auch genauso, wie er das mit Beschlüssen aus der Deputation macht!

Wie bereits in der letzten Debatte eingebracht, wird von uns die Ausweitung auf private Anbieter begrüßt. Das ist eine Maßnahme, die wir schon lange gefordert haben. Diese Maßnahme ist längst überfällig. Es bleibt jedoch die Frage, warum private Anbieter gegenüber den staatlichen Anbietern keine Förderung für einzelne Maßnahmen erhalten sollen. Wir empfinden dies auch weiterhin als ungerechte Verteilung von zur Verfügung stehenden Mitteln.

Bildungsurlaub, meine Damen und Herren, dient der politischen, beruflichen und der allgemeinen Weiterbildung. Wir fragen uns da einfach, warum wird der Bereich der beruflichen Bildung – diese hat übrigens bei uns Vorrang, weil sie einzig und allein dazu dient, Arbeitsplätze zu sichern und unter Umständen auch neue Arbeitsplätze erreichen zu können – anders, schlechter behandelt wird als der Bereich der politischen und der allgemeinen Bildung, denn die berufliche Bildung erreicht kaum Zuschüsse. Sie werden kaum eine einzige Bildungsveranstaltung im beruflichen Bereich finden, die Zuschüsse erhält.

Bildungsurlaub an einem Tag! Meine Damen und Herren, da vertreten wir eine andere Meinung. Man kann sich ja davon überzeugen lassen, dass das in

(C)

(D)

(A) Einzelfällen sogar sinnvoll sein mag. Mit Sicherheit gibt es die eine oder andere Maßnahme, die gut an einem Tag durchgeführt werden kann und die auch sinnvoll für die Betroffenen ist, die daran teilnehmen. Wir bleiben aber bei unserer Aussage, zehn einzelne Tage verteilt auf zwei Jahre, das kann es nicht sein.

(Glocke)

Das reißt Mitarbeiter aus ihren Betrieben. Das ergibt für uns keinen Sinn. Leider klingelt es im Hintergrund. Ich werde mich gleich noch einmal melden. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch uns als FDP liegt sehr daran, dass es lebenslanges Lernen gibt und dass die Bildungsbeteiligung erhöht wird. Das ist gerade auch unser Ziel. Wir haben da unterschiedliche Ansätze, vielleicht weil wir das unterschiedlich wahrnehmen und unterschiedliche Menschen uns ansprechen, Frau Böschen. Frau Schön wird ja nachher darauf eingehen. Frau Böschen hat recht, in der Tat ist das, was wir hier vortragen, an vielen anderen Stellen von uns vorgetragen worden. Wir denken aber, auch im Gesetzgebungsverfahren ist es angebracht, das dann auch noch einmal deutlich zu machen und sich die Mühe zu machen, es aufzuschreiben. Wir hätten es gern früher gemacht.

Der Antrag lag Montagabend vor. Dann ist uns aufgefallen, dass die Koalition zwar Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hineingeschrieben hat, aber dass es bei Ihnen nur den Arbeitgeber gab. Daraufhin haben wir uns die Mühe gemacht, das noch einmal ganz durchzuschauen, weil es auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gibt. Es war dann notwendig, das noch einmal zu machen, und das hat dann ein bisschen gedauert. Das war an mehreren Stellen, die wir genau heraussuchen mussten. Insofern war das schon durchaus notwendig.

Es geht darum, dass am Ende die Akzeptanz für jemanden da sein muss, der im Betrieb sagt: Ich gehe jetzt und lasse mich freistellen, um mich weiterzubilden. Diese Akzeptanz ist dann größer, wenn der Chef weiß, das nützt direkt oder indirekt, und die Chefin eben auch sagen kann, das nützt direkt oder indirekt, damit hier der Betrieb vorankommt und damit die Kollegen auch wissen und sagen, er oder sie drückt sich jetzt nicht, sondern bringt den Betrieb voran.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen haben wir gesagt, wir wollen eine Bildungsfreistellung und die Themenbreite einschrän-

ken, denn in der Tat findet ja oft eine Diskussion nach dem Motto statt, man liest das ja in der Tageszeitung: Die Volkshochschule veröffentlicht den Bildungsurlaubskalender, jetzt buchen sie einmal schön! Ich verstehe ja, dass die Anbieter ihre Kunden suchen und auch die Teilnehmer suchen und darum werben müssen. So etwas hat bloß immer zwei Adressaten, das eine sind die Menschen, die kommen und teilnehmen, und die anderen, das sind diejenigen, die es tragen müssen, die es bezahlen müssen, nämlich die Unternehmen und die Betriebe. Die müssen eben auch davon überzeugt sein, dass es nützt. Es ist bei manchem Angebot in der Tat nicht so, insofern ist solch eine Klärungsstelle, die solche Streitfragen klärt, in der Tat das Mindeste, was da gemacht werden muss, wenn man nicht dem Ansinnen der FDP folgt, hier die Breite der Angebote einzuschränken.

Wir haben uns auch bewusst entschieden, einen Änderungsantrag zum Koalitionsantrag zu machen, weil durchaus auch gute Sachen darin sind, zum Beispiel die Erweiterung auf private Anbieter, wo man dann in der Tat, Herr Bödeker hat es gesagt –

(Abg. Frau **W i n t h e r** (CDU): Herr Nestler!)

ja, ich sehe ihn gerade an, Entschuldigung! –,

(Abg. **S t r o h m a n n** [CDU]: Aber Herr Woltemath!)

Herr Nestler hat es gesagt, deutlich darauf hingewiesen hat, dass es eben darum geht, auch eine Gleichstellung zu erreichen und eine gleiche Finanzierung. Insofern ist das eine Geschichte, die in die richtige Richtung geht und die wir bewusst unterstützen, deswegen auch der Änderungsantrag. Genauso die Frage der Flexibilisierung, dass man eben nicht mehr alles in einem Stück nehmen muss, auch das wird von uns unterstützt.

Dann, wie gesagt, haben wir aber eben die Frage: Ist es denn der richtige Weg zu sagen, auch für die Akzeptanz und damit für das Sich-Trauen, Bildungsfreistellung zu nehmen, fünf Tage, und selbst muss man nichts dazu tun? Nein, wir denken, auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nützt es, sich für Bildung freistellen zu lassen, und deswegen ist es auch angebracht, da eigene Leistungen mit einzubringen. Es geht nicht darum, dass man dann unbedingt drei Urlaubstage einbringen muss. Man kann auch, wenn man einen Kursus am Abend macht, den entsprechend gegenrechnen beziehungsweise zurechnen. Es geht nur darum, auch deutlich zu machen, wir tun auch aus eigener Freizeit etwas Zeit dazu, weil es uns und dem Betrieb nützt. Wenn man das dann ausrechnet, wollen wir nicht fünf Tage, sondern drei Tage, die vom Betrieb gestellt werden, und drei Tage, die man selbst einbringt, also sechs Tage, an denen dann entsprechende Bildungsmaß-

(C)

(D)

(A) nahmen gemacht werden können. Wir denken, damit tun wir dem lebenslangen Lernen einen größeren Gefallen.

Ich möchte auch nicht über den Bildungsbegriff an dieser Stelle diskutieren, weil wir da sicherlich einen ähnlichen und sehr weit gefassten Bildungsbegriff haben, sondern es gilt immer, die Frage zu klären, wer die Lasten dafür trägt und wer sich dafür finanziell engagiert. Da ist die Frage, was müssen Betriebe tun, doch eine, die wir beantwortet wissen wollen und im Sinne unseres Änderungsantrages beantwortet sehen wollen, nämlich dass das dann ein eingeschränkter Bereich sein muss. In der Tat findet es nur dann die Akzeptanz, und nur dann wird es eine höhere Bildungsbeteiligung geben, wenn sich auch mehr Menschen trauen, dieses Recht entsprechend in Anspruch zu nehmen. Es ist kein Recht des öffentlichen Dienstes, sondern ein Recht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und darauf wollen wir hinaus, und das wollen wir hiermit befördern.

Das ist unser Anliegen. Davon abhängig, wie Sie sich zu unserem Änderungsantrag verhalten, ist dann natürlich auch, wie wir zu Ihrem Gesetzentwurf abstimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind drei Punkte, um die es hauptsächlich geht. Wir haben in der Tat schon einmal darüber gesprochen. Es geht um die Zeit, die für Bildungsurlaub zur Verfügung steht. Es geht um die Frage, ob private Anbieter in den Markt dürfen, und es geht auch um die Inhalte. Zurzeit haben wir die Möglichkeit, dass wir fünfmal einen Tag, zweimal zwei Tage plus einen Tag und so weiter flexibel nehmen können. Wenn Sie es auf einen Tag ausweiten, sind wir mit einigen Anbietern und Einzelgewerkschaften zusammen der Meinung, hier droht eine Verflachung der Bildung, denn man kann an einem Tag prima Kenntnisse auffrischen, aber man kann nicht gründlich etwas lernen, weil Lernen hat mit Arbeit zu tun, das ist ein Prozess, und der hat auch mit Zeit zu tun.

Wenn Sie das jetzt so beschließen, wünsche ich Ihnen, dass Ihr Wunsch, dadurch die Bildungsbeteiligung zu erhöhen, in Erfüllung geht. Das kann niemand voraussehen. Wenn Sie dann der Verflachung entgegenwirken wollen, dann könnten Sie zum Beispiel versuchen, das E-Learning mehr einzubringen und vielleicht eine Verabredung, dann dies auch im direkten Face-to-Face-Lernen noch einmal fortzusetzen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

zen. Das wäre dann meine Empfehlung. Wir sehen das sehr skeptisch. (C)

Viel skeptischer sehen wir das bei den privaten Anbietern. Wir sind gemeinsam, um das gleich zu sagen, mit dem DGB der Meinung, hier droht eben auch eine Verflachung und übrigens auch schlechtere Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten. Wir kennen das aus vielen Bereichen.

Wir haben als Drittes die Frage der Inhalte. Ich bin immer wieder enttäuscht, wenn ich auch von sozialdemokratischer Seite die Begründung auch von kulturellen, politischen, gesundheitlichen Inhalten höre, das sei gut für den Arbeitsprozess. Ich habe es hier schon öfter gesagt, Bildung ist nicht nur für die Arbeit da, auch wenn es vielleicht in aller Welt diese Tendenz gibt,

(Abg. Dr. B u h l e r t [FDP]: Ja, aber diese Bildung wird von bestimmten Leuten bezahlt!)

aber, Herr Dr. Buhlert, Sie haben gesagt, der Bildungsbegriff ist weiter. Das hat mich gefreut. Ich habe letztes Mal daran sehr appelliert.

(Abg. Dr. B u h l e r t [FDP]: Es kommt darauf an, wer das bezahlt!)

Ich wollte Sie schon deswegen hier kritisieren. Sie sagen, dieser Bildungsbegriff ist weiter, jetzt geht es an das Bezahlen. Nun, mein Gott, es ist wie beim dualen Ausbildungssystem, es kostet den einzelnen Betrieb etwas, aber für die Gesellschaft insgesamt es ist gut. Diesen Sprung vom Einzelbetrieb zur gesamtgesellschaftlichen Sicht können Sie nicht vollziehen, aber das ist unsere politische Sichtweise. Wenn Sie es ökonomisch durchrechnen, von jedem Betrieb nimmt einer teil, ist die Konkurrenz ausgeglichen. (D)

Dann kommen Sie mir noch mit dem Weltmarkt, dass wir am Weltmarkt nicht konkurrieren können wegen einer gebildeten Bevölkerung. Ich würde doch sehr bitten, hier das etwas weiter zu sehen und auch die kulturelle, die gesundheitliche und die politische Bildung, die brauchen wir ja auch schließlich dringend, wie wir alle immer sagen, zu fördern und nicht als Ableitung der Politik der betrieblichen Bildung hier zu betreiben oder überhaupt nicht mehr wie seitens der FDP, sondern zu fördern mit Werbemaßnahmen.

Ich habe das beim letzten Mal vorgeschlagen, auch übrigens gerade für diejenigen Mitmenschen, die eben gerade aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen sind, weil es pro zehn Leute nur acht oder neun Arbeitsplätze gibt. Deswegen gibt es einige, die einfach keine Arbeit haben. Das ist systematisch bei uns so, und denen bieten Sie das bitte auch ausdrücklich an. Denken Sie nicht immer nur an die „armen“ Arbeitgeber in diesem Zusammenhang! Hängen Sie

- (A) das bei den Bundesagenturen für Arbeit – oder wie auch immer die Institution in Zukunft heißen mag – als Werbung aus! Auch da ist Bildung wichtig.

Ich komme zum Schluss. Die FDP, das kann ich kurz machen, hat auch noch auf die Reduzierung der Zeit abgezielt. Das möchte ich jetzt gerade einmal nicht kommentieren. Positiv, muss ich sagen, ist die Umwandlung aus meiner persönlichen Sicht in den Begriff Bildungsfreistellungsgesetz. Es betrifft dann zwar wirklich diejenigen, die von der Arbeit freigestellt werden, das finde ich eine Umbenennung, die ich persönlich, aber nur ich persönlich, begrüßen würde, weil sie hilft, Missverständnisse, dass das Urlaub sei und Erholungsurlaub ähnlich sei, auszuräumen. Das ist aber bei uns nicht abgestimmt, da brauchen wir auch keine getrennte Abstimmung. Wir sehen es als Fraktion als Marginale an und haben da keinen extra Standpunkt dazu.

Wir lehnen den Änderungsantrag der FDP selbstverständlich und leider auch den von Ihnen gestellten Antrag aus den Gründen ab, die ich genannt habe, in erster Linie wegen der Privatisierung. Trotzdem hoffen wir, dass der Bereich weiterhin gut überleben kann und sogar noch wachsen kann. Wir bleiben in dem Sinne in dieser Diskussion. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Böschen.

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal einige Punkte aufgreifen. Herr Nestler, Sie haben deutlich gemacht, dass wir die Stellungnahmen im Anhörungsverfahren nicht berücksichtigt hätten. Ich möchte doch noch einmal darauf hinweisen, dass Stellungnahmen eingegangen sind von der Arbeitnehmerkammer: keine Änderungsvorschläge, von der Zahnärztekammer: keine Änderungsvorschläge, vom Förderausschuss: keine Änderungsvorschläge, vom Landesausschuss für Weiterbildung: keine Änderungsvorschläge, und vom Verband der Beschäftigungs- und Weiterbildungsträger: keine Änderungsvorschläge.

Es sind in der Tat Änderungsvorschläge vom Deutschen Beamtenbund, von der Handelskammer Bremen, von den Unternehmerverbänden und der Agentur für Arbeit eingegangen. Auch dort zu behaupten, wir hätten gar nichts aufgenommen, finde ich, sollte man so nicht stehen lassen. Ich habe auch in meinem ersten Redebeitrag dargestellt, die Handelskammer hat den Vorschlag der Clearingstelle eingebracht. Hier ist deutlich gemacht worden, dass sie aus unserer Sicht nicht ins Gesetz gehört, dass man aber beabsichtigt, diesem Vorschlag nachzukommen.

Dann haben Sie ein Szenario eröffnet, zehn einzelne Tage als Bildungsurlaubsangebote seien im

Prinzip überhaupt nicht vernünftig. Wer von Ihnen, frage ich einmal ganz ehrlich, geht denn wirklich davon aus, das zukünftig Bildungsurlaub zehnmal einen Tag stattfinden wird? Das ist doch, denke ich, überhaupt nicht im Sinne des Gesetzes, nicht in unserem Sinne und auch nicht an der Realität.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich wird es Angebote über mehrere Tage geben, aber es wird eben auch die Möglichkeit für ein Angebot an einem Tag geben. Herr Beilken, ich bin nicht Ihrer Meinung, dass das nun einer Verflachung Vorschub leistet. Warum soll ein eintägiges Angebot meinerwegen zu einem politischen Thema oder eine Rückenschule nun irgendwie zur Verflachung beitragen? Tut mir leid, ich bin Lehrerin, das kann ich nicht nachvollziehen, dass ich nicht auch in der Lage sein sollte, ein Angebot über einen Tag aufzulegen, was durchaus qualitativen Ansprüchen entspricht!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP)

Ich habe auch nicht verstanden, warum das E-Learning nun der Verflachung entgegenwirken soll. Das müssten Sie mir noch einmal erklären.

Dass Bildungsurlaub und Bildung insgesamt nicht nur auf den Verwertungsprozess und auf Arbeit ausgerichtet sind, das meine ich eigentlich auch in meinem ersten Beitrag deutlich gemacht zu haben. Wir haben überhaupt kein Interesse daran, den Bildungsurlaub ausschließlich für die berufliche Qualifizierung zu verwenden, sondern selbstverständlich müssen Angebote sowohl für die politische als auch für die allgemeine Weiterbildung vorkommen. Ich dachte, ich hätte ausführlich dargestellt, dass wir, auch wenn es eine Clearingstelle geben wird, erwarten, dass genau solche Angebote auch zukünftig möglich sind.

(D)

Ich sage es noch einmal: Wir wollen nicht ausschließlich die Gruppe, die sowieso schon in einem Prozess der permanenten Weiterbildung ist, über den Bildungsurlaub weiterqualifizieren; wir wollen möglichst mehr Menschen den Zugang zu Bildungsurlaub und damit zu Weiterbildung eröffnen. Dazu gehören selbstverständlich auch Angebote, die zunächst einmal nichts mit der beruflichen Qualifizierung zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mir jetzt größte Mühe geben, dass der Präsident nicht wieder

(A) zur Glocke greifen muss, sondern ich in der vorgeschriebenen Zeit bleibe und das hier auch beenden kann.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Dann hätte ich mir den Satz schon mal geschenkt!)

Ich beginne noch einmal mit dem Bildungsurlaub an einem Tag, weil ich dort unterbrochen worden bin. Wir vertreten dort eine andere Meinung, aber wir haben uns natürlich überzeugen lassen, auch durch viele Gespräche, dass so etwas in Einzelfällen ohne Weiteres sinnvoll sein kann und auch durchgeführt werden sollte. Wir bleiben jedoch bei unserer Aussage: Zehn einzelne Tage verteilt auf zwei Jahre, das kann es nicht sein, das reißt Mitarbeiter aus ihren Betrieben, das ergibt für uns keinen Sinn.

Die Frage, die sich dabei ergibt – Frau Bschen, Sie haben es ja angesprochen, wir haben es vorher nur nie gewusst –, ist natürlich, ob Bildungsurlaub von einem Tag Dauer nicht in der Anzahl begrenzt werden sollte. Man kann dies festschreiben, ohne den Anspruch auf zehn Gesamttage in zwei Jahren zu beschneiden. Hierzu gab es vorher aber schlicht und einfach keine Aussage. Ich weiß auch nicht, wie es mit den europäischen Richtlinien aussieht, die jetzt gerade beschlossen werden. Ich weiß nicht, ob sie berücksichtigt wurden oder ob da auf uns noch Änderungen zukommen.

(B) Bei Ihrer Aussage zur Clearingstelle ist es genau das Gleiche, wir haben nie etwas davon gehört. Wir wissen, dass das eingereicht ist, wir wissen, dass es eine Arbeitsgruppe gegeben hat, wir wissen, dass es eine Arbeitsgruppe gegeben hat, die im Januar Ergebnisse vorlegen sollte, man hat uns nur nicht unterrichtet. Wenn man uns nicht unterrichtet, haben wir eben kein Ergebnis und können darüber auch nicht befinden, das ist einfach so. Wenn es dort tatsächlich noch Änderungsbedarf gibt, den Sie angesprochen haben, können wir die zweite Lesung abwarten. Wir werden es dann ja wiederfinden, andernfalls müssten wir darüber noch einmal sprechen, wenn es sich dann überhaupt noch lohnt. Ihren Antrag lehnen wir heute in der ersten Lesung ab!

Zum FDP-Antrag möchte ich ganz ehrlich sagen: Ich habe es selten erlebt, dass ich fünf Minuten, bevor die Debatte beginnt, einen Änderungsvorschlag auf dem Tisch hatte. Damit musste ich mich erst einmal befassen, habe aber sehr schnell gemerkt, dass dabei doch einige Dinge von unseren Vorstellungen gewaltig abweichen. Die FDP hat kein Interesse, Bildungsurlaub an einem Tag einzuführen, das sehen wir etwas anders, zwar differenziert, aber etwas anders. Die FDP erwähnt keine Clearingstelle und auch keinen Katalog, der von unserer Seite aus ins Gesetz eingearbeitet werden muss, damit man diese Lehrgänge, diese Bildungsurlaube besser überprüfen kann.

Wir wollen den FDP-Antrag nicht ablehnen, aber wir werden uns hier heute enthalten.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde zunächst gern noch einige Dinge zu dem FDP-Antrag sagen: Herr Dr. Buhkert, Sie hatten gesagt, es muss erkenntlich werden, was die Betriebe von diesem Bildungsurlaub haben. Aber genau darum geht es im Bildungsurlaubsgesetz nicht, denn für betriebliche Fortbildung ist der Arbeitgeber per se zuständig, wenn das im engen betrieblichen Umfeld notwendig ist. Genau dafür ist der Bildungsurlaub nicht gedacht, sondern er ist gedacht für die allgemeine Weiterbildung, für die politische Weiterbildung und für die berufliche Weiterbildung im umfassenden Sinn. Das ist ein Unterschied, und das ist auch richtig so!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie wollen die allgemeine Weiterbildung aus Ihrem Gesetz nehmen. Zur allgemeinen Weiterbildung gehört aber auch die Sprachenbildung, und da kann ich überhaupt nicht verstehen, warum in einem zusammenwachsenden Europa Sprachenbildung nicht für jeden Arbeitnehmer und für jede Arbeitnehmerin wichtig sein soll. Ich verstehe Ihr Argument überhaupt nicht, auch davon hat der Arbeitgeber am Ende selbstverständlich etwas, wenn seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch – welche Sprache auch immer – können. Von daher verstehe ich nicht, warum Sie allgemeine und politische Weiterbildung herausgenommen haben wollen. Für eine politische Partei ist mir das völlig unverständlich.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir müssen doch gerade ein Interesse daran haben, dass Menschen sich qualifiziert mit Politik auseinandersetzen können, darauf sind wir doch in einer Demokratie angewiesen. Da können wir doch nicht sagen, dass wir das nicht wollen!

Dann zu dem Punkt, der Arbeitgeber soll nur noch drei Tage im Jahr bezahlen, das andere sollen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen selbst bezahlen: Wir sagen ganz klar nein dazu, weil es eine gesellschaftliche Aufgabe ist und weil es auch eine Aufgabe der Arbeitgeber ist, sich daran zu beteiligen, weil sie am Ende ja auch den Benefit davon ha-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ben. Sie haben doch einen Benefit davon, wenn ihre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Gesundheitsförderung machen, das beugt doch dem vor, dass sie krank werden. Wenn sie Sprachen lernen, ist das im Interesse des Betriebes.

An dem Punkt möchte ich noch eines erwähnen, Herr Dr. Buhlert: Wenn man sich anschaut, wie denn betriebliche Weiterbildung in Deutschland organisiert ist, stellt man fest, dass wir auch da im internationalen Vergleich einen erheblichen Nachholbedarf haben, gerade wenn man auf die skandinavischen Länder blickt. Da gibt es nämlich richtige Strukturen, wie betriebliche Weiterbildung funktioniert, während Sie in Deutschland genau ablesen können, dass da, wo Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen schon eine hohe formale Bildung haben, die Weiterbildung im Betrieb halbwegs funktioniert. Da, wo die formale Bildung eher gering ist, funktioniert sie auch im Betrieb nicht. Es ist deshalb richtig, dass wir ein solches Bildungsurlaubsgesetz haben und es so weiterentwickeln, wie wir das im Sinne dieser Menschen jetzt vorhaben, damit auch sie am Zusammenhalt der Gesellschaft partizipieren können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt eingehen: Ein Tag, das hat doch nichts mit Bildung zu tun, sagt Herr Beilken,

(Abg. B e i l k e n [DIE LINKE]: Das habe ich nicht gesagt!)

und auch Herr Nestler ging ja in eine ähnliche Richtung. Dazu kann ich nur sagen, wenn wir uns hier jetzt alle einmal anschauen, an welchen auch zweistündigen Seminaren wir teilgenommen haben, haben wir dabei meistens etwas gelernt, meistens sind wir schlauer herausgekommen. Wenn wir einen Tag ein Seminar gemacht haben, in der Regel sind wir schlauer herausgekommen, da soll man auch nicht die Menschen unterschätzen und ihre Intelligenz, in welcher Zeit sie etwas lernen können, und so tun, als ob man an einem Tag nichts lernen kann, das halte ich einfach für Mumpitz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Frau Böschen hat auch schon darauf hingewiesen, es geht nicht darum, dass wir zehn einzelne Tage haben, sondern es geht um die Flexibilisierung, es geht um die Möglichkeit, dass man das machen kann, und nicht, dass zukünftig alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einen Tag Bildungsurlaub nehmen sollen. Es kann auch im Sinne eines Bildungsurlaubs durchaus sinnvoll sein, dass ein Englischkurs nicht

fünf Tage hintereinander läuft, sondern dass er vielleicht über fünf Wochen an einem Tag in der Woche läuft. Was soll daran im Bildungssinne schlecht sein, frage ich Sie, Herr Beilken! Ich halte das für eine gute Lösung.

(C)

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt eingehen, weil Herr Nestler gefragt hat, was denn mit den Zuschüssen und angeblich touristischen Angeboten oder Sportangeboten ist. Das ist nicht Gegenstand des Gesetzes! Wir reden hier über ein Gesetz und nicht über die Verordnung, wir reden hier über Rahmenbedingungen. Daher ist es gut, dass wir das hier auf den Weg bringen. Es ist klar, die Verordnung wird am Ende angepasst werden, und wenn es die Clearingstelle gibt, wird man sich darüber unterhalten, welche Bildungsangebote gut sind. Wir sind auch der Auffassung, wir gehen eher von einem weiten als von einem engen Bildungsbegriff aus. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Schön, ich habe mich hier noch einmal gemeldet, weil ich wieder die Chance ergreifen wollte klarzustellen, was wir meinen, weil Ihre Interpretation dessen, was wir meinen, nicht mit dem übereinstimmt, was wir meinen, aber das tun Sie öfter.

(D)

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Frage ist, woran das liegt!)

Sie stellen in den Raum, behaupten und unterstellen, weil Sie ein Vorurteil gegenüber der FDP haben, dieses pflegen, und Sie führen dabei alle Indizien an, die vermeintlich dafür sprechen, dass Ihr Bild stimmt.

(Beifall bei der FDP)

Der Bildungsbegriff bei uns ist ähnlich weit. Die Frage ist aber doch nur, wer jeweils den Nutzen davon hat. Wir verwechseln betriebliche und berufliche Bildung nicht, wir sagen nur, wir wollen es auf die berufliche Bildung beschränken, weil die berufliche Bildung etwas ist, was dem Betrieb, dem Arbeitgeber und der Arbeitgeberin, einleuchtet, dass sie das unterstützen. Sie haben davon einen Nutzen, und der Arbeitnehmer hat davon einen Nutzen. Bei betrieblicher Bildung sind wir uns ziemlich einig, dass das der Betrieb zu tragen hat und das auch tut, weil er ein Eigeninteresse daran hat. Dass einige Betriebe das weniger tun, als sie vielleicht müssten, werden diese sicherlich auf lange Zeit erleben, weil das dann Auswirkungen auf ihre Leistungsfähigkeit hat.

(A) Bei der beruflichen Weiterbildung geht es aber eben darum, dass der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin auch einen Nutzen davon haben, und wir sagen, dass dieser Nutzen zur Folge haben sollte, dass sie sich selbst auch mit Zeit einbringen, wie einige das übrigens so oder so schon tun. Man darf auch nicht vergessen, dass einige Menschen unabhängig davon, ob sie Bildungsurlaub nehmen oder nicht, Sprachkurse und so weiter besuchen.

Sprachkurse ist übrigens das Stichwort: Wir haben mit keinem Wort ausgesprochen, dass Sprachkurse in den Kontext dessen, was nutzt, nicht mit einzubeziehen sind. Wir wissen, dass wir ein Logistikstandort sind, und wir wissen, dass es hier viele internationale Kontakte gibt, dass es ganz viele Unternehmen gibt, die international leben, und dass es auch hier große Bedarfe gibt. Wir haben es deswegen mit keinem Wort ausgeschlossen.

Herr Beilken, zum Schluss noch zu Ihnen: Sie lehnen es ab, weil auch private Angebote dort gemacht werden sollen. Private machen keine schlechten Angebote, sie sollen eine entsprechende Qualität nachweisen, und dann sollen sie den anderen gleichgestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

(B) Das ist doch der richtige Weg: Gleichbehandlung! Alles andere ist weder wettbewerbs- noch europarechtskonform, da sind Sie meiner Meinung nach auf dem falschen Weg. Es ist insofern ein Problem, das Sie damit haben, aber ich glaube, das werden Sie vielleicht noch begreifen, wenn Sie sich tiefer in die Rechtsmaterie hineinbegeben.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Kann er ja einen Bildungsurlaub machen!)

Guter Hinweis: Vielleicht kann er ja einmal einen Bildungsurlaub oder eine Fortbildung zu der Frage machen. Es ist in der Tat eine Sache, die anders gehandhabt werden muss.

Die letzte Sache: Auch da haben Sie recht, dass die Menschen, die derzeit keine Arbeit haben, Arbeit suchen, arbeitslos sind, Fort- und Weiterbildung machen und dazu auch Möglichkeiten haben sollen. Darüber reden wir aber momentan eher nicht. Sie sollen natürlich auch Kurse und so weiter besuchen können, aber es sind auch andere in der Pflicht. Es ist eine Aufgabe des Bundes, da ist der Bund in der Pflicht, entsprechende Qualifizierungen anzubieten und dafür auch die Mittel bereitzustellen. Da will ich ihn auch nicht herauslassen, denn das ist eine große Aufgabe, der er nachkommen muss, damit die Chancen auch mehr und gerechter verteilt werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken. (C)

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Insgesamt glaube ich, dass wir trotz aller Schärfe eine produktive Debatte haben, in der wir ein Stück weit aufeinander eingehen.

Herr Dr. Buhlert, ich kann Ihnen sagen, ein Beispiel für oberflächliche Bildung ist, wenn man nur europäische Gesetzesregulierungen zur Kenntnis nimmt und sich ganz schlau fühlt, wenn man die dann auch einhält. Wenn man aber politische Bildung betreibt, ist man in der Lage, diese Gesetze und Regulierungen zu hinterfragen, und weiß, wie sie entstehen, welche Funktion sie haben, und man versucht auch, manche dann entsprechend als eine neoliberale Konstruktion zu erkennen, wie zum Beispiel bei der Dienstleistungsrichtlinie. Wir haben es zusammen mit der Handwerkerschaft in diesem Land geschafft, diese Richtlinie zu kippen, dass alles liberalisiert werden sollte. Da ist man nicht gesetzeshörig, da ist man ein kritischer Bürger!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Haben wir die Dienstleistungsrichtlinie gekippt?)

Das ist politische Bildung, Frau Busch, wenn man diese Dinge durchblickt! Dafür nimmt man sich ein bisschen Zeit. Nur Gesetze auswendig zu lernen, anzuwenden, das ist oberflächliche Bildung, das geht in einem Tag. Es gehen auch manche andere Dinge in einem Tag, aber das kritische Hinterfragen, Sie kennen es nicht, weil Sie Lehrerin sind, denn Sie haben die Schülerinnen und Schüler über einen längeren Zeitraum, wie wir alle wissen. Aber Sie wissen nicht, was in der Erwachsenenbildung passiert, wenn eine Gruppe zusammenkommt. Die muss sich erst einmal finden, bis da ein richtig intensiver Lernprozess zustande kommt, ich habe das über viele Jahre in der Praxis beobachtet. Ich weiß, es geht auch manches an einem Tag, das habe ich hier von Anfang an gesagt, ich befürchte aber, dass für diese intensiven Lernprozesse ein Tag nicht ausreicht, wenn es um Vorurteile geht oder um den Umgang mit psychosozialen Stress oder Mobbing. Da muss man erst einmal eine Begriffsklärung und einen Erfahrungsaustausch betreiben, und dann ist der Tag schon herum. Das wissen Sie möglicherweise nicht. (D)

Wenn es um grundsätzliche Fragen geht, Streit der Kulturen oder Vorurteile, habe ich die Erfahrung, dass das seine Zeit dauert, und ich bin froh, dass dieses Gesetz das nicht unmöglich macht. So wollen wir ja auch nicht reden. Es bleibt weiterhin die Chance zu einer solchen Bildung. Ich habe auch gesagt, wie man das mit E-Learning und erneutem Treffen oder erneuter Fortsetzung schon jetzt machen kann. Wenn Sie

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) das auch weiterhin so integrieren, da ist eine Chance, mit dieser Möglichkeit weiterzuarbeiten.

Das intensive Lernen fehlt hier in diesem Haus, das muss ich leider zurückgeben. Wenn man zum Beispiel ökonomische Bildung nimmt, das ist nicht so einfach, wenn man lernt, in der Krise hilft sparen nicht, dann muss man sich das schon einmal ein bisschen gründlicher anschauen. Selbst ein Minister Schäuble hat Schwierigkeiten, der Bevölkerung zu erklären, dass er in der Krise Geld ausgeben muss, weil man jahrelang den Mythos gepflegt hat, sparen ist immer gut, weil der Unterschied zwischen eigenen Erfahrungen, betrieblichen Erfahrungen und der volkswirtschaftlichen Ebene gelernt werden muss, das ist ein intensiver Lernprozess. Das ist nur ein Beispiel. Dafür hoffe ich, dass wir auch weiterhin Möglichkeiten finden werden und das auch sogar noch steigern werden im Bereich der Weiterbildung. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Bevor ich Herrn Nestler das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich eine Gruppe Neumitglieder der Partei DIE LINKE. Herzlich willkommen im Hause!

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schön, ich weiß nicht, ob Sie mir richtig zugehört haben. Auch wir sind mittlerweile nicht mehr gegen Tagesveranstaltungen. Ich habe das sehr deutlich gesagt, ich habe aber gesagt, man möge diese Tagesveranstaltung für die einzelne Person begrenzen. Das heißt nicht zehn Stück in zwei Jahren, sondern vielleicht zwei oder drei Veranstaltungen in zwei Jahren. Ansonsten muss Bildungsurlaub zusammenhängend genommen werden, so wie das Gesetz ihn vorschreibt. Da sind wir eigentlich auf einer Linie, wenn es nicht wirklich um zehn Tage in zwei Jahren geht.

Zur allgemeinen Bildung! Ich habe kein Wort gegen allgemeine Bildung hier gesagt, ich habe kein Wort dagegen gesprochen, auch nicht gegen politische Bildung. Aber natürlich gibt es im Bereich der allgemeinen Bildung Bildungsurlaubsveranstaltungen, von denen wir sagen, sie gehören dort nicht hin. Ohne dass ich große Namen nennen muss, gebe ich einfach einmal ein Beispiel. Digitale Fotografie wird über ein bestimmtes Programm in der EDV eingestellt. Das dauert fünf Tage, das sind 30 Stunden, es kostet 193 Euro, und ich weiß nicht, ob das überhaupt noch etwas mit Bildungsurlaub zu tun hat. Das ist Privathobby, da hat einer fotografiert und will das auf seinen Computer bringen. Dafür muss er schon selbst Sorge tragen. Das muss ich nicht unbedingt über

Bildungsurlaub veranstalten, und ich frage mich auch, ob solche Lehrgänge bei den Preisen überhaupt noch von vielen genutzt werden. Das ist das, was ich meine! Aber Allgemeinbildung ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass das über Bildungsurlaub gemacht wird, und jede andere Aussage ist da falsch.

(C)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Senatorin Jürgens-Pieper auf.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich der doch recht ausführlichen Debatte nur einige Gedanken hinzufügen! Zunächst einmal setzen wir mit dem Bildungsurlaubsgesetz gleich zwei wichtige Zeichen. Erstens: Das Bildungsurlaubsgesetz ermöglicht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fünf Tage Weiterbildung im Jahr bei vollem Lohnausgleich. Damit bekommen alle – und das ist, glaube ich, wichtig hervorzuheben – unabhängig vom Einkommen die Chance, sich weiterzubilden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich glaube, es ist ein ganz wichtiges Signal, dass die Weiterbildung nicht abhängig ist vom Einkommen.

Zweitens: Weiterbildung umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, ermöglicht so auch allen eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Das ist hier eben auch schon ausführlich diskutiert worden. Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal, dass wir gesagt haben, selbstverständlich ist es wichtig, sich auch im beruflichen Bereich weiterzubilden, aber wir wollen mehr an dieser Stelle. Vielfältige fachliche und persönliche Anforderungen erfordern in dieser entstehenden Wissensgesellschaft auch mehr als ausschließlich die berufliche Qualifikation.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich deutlich machen, dass es letztlich auf die Qualität des Angebots ankommt, wie gut Weiterbildung angenommen wird! Daran wird sich entscheiden, ob private Anbieter das genauso gut machen. Wenn diese Angebote gut angenommen sind, dann haben wir einen wichtigen Schritt an dieser Stelle getan.

Die Beteiligung an Bildungsurlauben, wobei ich auch das Wort Bildungsfreistellung nicht so gelungen finde, der Urlaub suggeriert aber vielleicht auch nicht gerade das Richtige, das dort stattfindet, insofern habe ich schon Sympathie dafür, über die Begrifflichkeit nachzudenken, es kommt bloß wesentlich zu spät. Ich verstehe nicht, warum man das erst in der Kürze der Zeit macht.

(Zuruf des Abg. Dr. Möllens t ä d t
[FDP])

(A) Wenn man wirklich ernsthaft noch einmal über die Begrifflichkeit nachdenken will, ist das sicherlich auch noch einer weiteren Novelle überlassen.

Die Beteiligung an Bildungsurlauben – das war der Gedanke – hängt letztlich auch von der Qualität der Angebote ab. Wir werden sehen, ob wir die Quote verbessern, wünschenswert ist das allemal, und wir haben uns letztlich da auch eine hohe Hürde selbst gesetzt. Insofern müssen wir das Ganze auch evaluieren und beobachten. Wie wirkt sich das, was wir hier an Veränderungen vornehmen, aus?

Mein letzter Gedanke: Wir haben ja keine Clearingstelle im Gesetz, es ist aber eine Clearingstelle außerhalb des Gesetzes verabredet. Das heißt, in dieser Debatte, die eigentlich schon ein Dauerbrenner ist, was denn nun an Angeboten da ist, die vielleicht nicht so gewünscht sind oder sich qualitativ nicht in dem Rahmen bewegen, den wir uns wünschen, wird sich herausstellen, wie oft diese Clearingstelle eingreifen muss. Daran werden wir dann sehen, und das werden wir auch berichten, ob es wirklich so ist, dass hier die falschen Angebote am Markt sind und die Träger nicht das Richtige anbieten. Manches wird, glaube ich, auch deutlich übertrieben, um manchmal auch zu diskreditieren.

Da haben wir jetzt eine richtige Verabredung getroffen, dass wir dem auch entgegentreten können, wenn wir etwas genauer wissen, was zu beanstanden ist und was Handelskammer, Arbeitnehmerkammer und wir gemeinsam akzeptieren und was nicht akzeptabel ist. Das ist ein guter Weg, da auch noch einmal genau hinzuschauen, wie das Angebot wirklich justiert ist. – Vielen Dank, und ich hoffe, Sie können dem Ganzen zustimmen!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 17/1185, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/1185 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP, Abg. T i m k e [BIW] und
Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

(C)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes, Drucksache 17/1158, in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes, Drucksache 17/1158, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, Abg.
T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n
[parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Aktuelle Stunde

(D)

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Tschöpe und Fraktion der SPD und dem Abgeordneten Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema beantragt worden:

Gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit – Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grund-sicherung.

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erteile ich das Wort der Abgeordneten Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Vorschriften im SGB II über die Regelsätze für Erwachsene und Kinder verfassungswidrig sind. Sie werden dem Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nach Artikel 1, Menschenwürde, und Artikel 20, Sozialstaatsgebot, durch den Staat nicht gerecht.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Bis zum 31. Dezember 2010 muss eine gesetzliche Neuregelung erfolgen, die spätestens ab dem 1. Januar 2011 gültig sein muss. Unter anderem muss es folgende Regelungen enthalten: eine transparente, nachvollziehbare und sachgerechte Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs. Die Bedarfsermittlung muss realitätsnah und nachvollziehbar begründet werden. Es muss eine Härtefallregelung geben, wenn ein besonderer Bedarf vorhanden ist, um das Existenzminimum zu sichern. Insbesondere muss die Regelleistung für Kinder auf einer nachvollziehbaren Ermittlung des tatsächlichen spezifischen Bedarfs für eine kindgerechte Persönlichkeitsentfaltung beruhen.

Meine Damen und Herren, das ist eine große und längst überfällige Entscheidung, und die SPD begrüßt ausdrücklich, dass das Bundesverfassungsgericht mit diesem Urteil Klarheit für die Bemessung der Regelsätze für die Grundsicherung und die Sozialhilfe geschaffen hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dieses Urteil bestätigt auch die bisher bremischen Positionen, die in Bundesratsinitiativen schon dazu beigetragen haben, dass für sechs- bis dreizehnjährige Kinder ein neuer Regelsatz eingeführt wurde und ein Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr erreicht wurde.

(B) Die Senatorin für Soziales hat sich in der letzten Woche in einem Brief an die Bundesministerin von der Leyen dafür eingesetzt, dass eine unabhängige Expertenkommission gegründet wird, die einen tragfähigen Vorschlag entwickeln soll.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dieser Kommission sollen ausgewiesene Wissenschaftler, die Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände, Kirchen sowie Betroffenenverbände angehören. Die SPD in Bremen begrüßt und unterstützt diesen Vorschlag ausdrücklich, weil es vernünftig ist, alle Akteure einzubeziehen.

Darüber hinaus hat sich eine bundesweite Diskussion ergeben, die einem die Nackenhaare zu Berge stehen lässt, ausgerechnet angeheizt von einem, der Vizekanzler ist und ein seriöser Außenminister sein will. Von Sozialpolitik hat er keine Ahnung!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Er heizt diese Debatte in einer Weise an, die die Gesellschaft spaltet, und diffamiert alle Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C) Darüber hinaus nimmt er in Kauf, dass sein Verhältnis in der Koalition schon nach wenigen Monaten zerrüttet ist. Die Kanzlerin distanziert sich über die Medien deutlich von den Verbalattacken des Mannes, der seine eigenen Ansprüche an Seriosität wahrscheinlich nie erreichen wird, und das alles auf Kosten der Menschen, die unsere Unterstützung brauchen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Geringverdiener werden gegen Bezieher von Arbeitslosengeld ausgespielt. Gute Vorschläge für einen lösungsorientierten Ansatz: Fehlanzeige! Seine Parole heißt: Schnee schippen! In der Ausgabe des „Spiegel“ von dieser Woche steht, dass er eine vernünftige Debatte eher verhindert als fördert. Ich zitiere ohne Erlaubnis des Präsidenten: „Um Licht auf sich zu lenken, hat er ein ganzes Haus namens Sozialstaat angezündet.“ Das Problem der FDP ist doch, dass ihre Kernaussagen widersprüchlich und verlogen sind. Sie sagt, Arbeit muss sich lohnen, und ist gleichzeitig gegen Existenz sichernde Mindestlöhne. Außerdem spricht sie sich für eine individuell geförderte Ganztagsbetreuung in der Kindertagesstätte und Ganztagsbeschulung aus und will gleichzeitig Steuern senken.

Meine Damen und Herren, die Menschen lassen sich nicht so einfach für dumm verkaufen, sie merken genau, welches falsche Spiel hier gespielt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Herr Dr. Möllenstädt amüsiert sich schon wieder. Ich sage Ihnen einmal etwas, Herr Dr. Möllenstädt: Auch ich bin Steuerzahlerin, genauso wie Sie ja, denke ich, auch Steuern zahlen, oder Herr Röwekamp oder Frau Troedel. Ich zahle auch gern Steuern, ich würde auch gern mehr Steuern zahlen, wenn wir es schaffen würden, schnellstmöglich eine flächendeckende, bedarfsgerechte Ganztagskinderbetreuung und Ganztagsbeschulung entwickeln zu können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aber ich möchte nicht, dass meine Steuern dafür verwendet werden, dass Unternehmen ihre Verantwortung an den Staat abgeben und ihre Gewinne auf meine Kosten dadurch maximieren, dass sie keine auskömmlichen Löhne zahlen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Mit dieser Haltung bin ich, glaube ich, in der Gesamtgesellschaft nicht allein. Existenzsichernde Arbeit hat etwas mit der Würde des Menschen zu tun. Nicht wegen eines Niedriglohnes zum Amt gehen zu

- (A) müssen, sondern vom Lohn leben zu können, das hat auch etwas damit zu tun, dass individuelle Leistung, wo auch immer erbracht, durch ein Lohn oder Gehalt anerkannt wird. Nicht zuletzt sind auch die kollegialen sozialen Kontakte extrem wichtig.

Heiner Geißler hat an diesem Wochenende in der Samstagsausgabe einer großen Tageszeitung in Bremen ein paar interessante Äußerungen dazu gemacht: „Die Arbeitslosen können überhaupt nichts für den geringen Lohnabstand. Sie sind arbeitslos, weil zum Beispiel die eigene Firma pleite gemacht hat. Wenn sie nun dauernd hören müssen, dass sie – weil sie keine Arbeit finden – zu viel Geld bekommen, dann zerstört man die Würde des Menschen. Das ist das Üble an dieser Debatte.“ Meine Damen und Herren, recht hat er!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Er sagt weiter sinngemäß, wenn derjenige, der arbeitet, mehr verdienen soll als derjenige, der nicht arbeitet, kann es nicht sein, dass die Regelsätze abgesenkt werden. Die Antwort kann doch also nicht sein, dass das Existenzminimum unter das Existenzminimum gedrückt wird, das ist doch absurd!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Von Arbeit muss man ohne staatliche Zuschüsse existenzsichernd leben können. Dazu müssen die Löhne über dem Hartz-IV-Satz liegen. Die logische Konsequenz sind nun einmal gesetzliche Mindestlöhne, daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Wir brauchen kluge Lösungen, auch über die vom Bundesverfassungsgericht geforderte hinaus. Zunächst muss in diesem Jahr ein Weg gefunden werden; an dieser Stelle hat sich die Senatorin schon konstruktiv eingebracht. Es gilt auch, darüber hinaus weiterzudenken. Die Idee einer Kindergrundsicherung, wie die Senatorin sie eingebracht hat, ist dabei durchaus nachdenkenswert. Es würde das System auf den Kopf stellen und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Kommen wir kurz zur Bremer FDP! Sie surfen natürlich mit großer Freude auf der Westerwelle. Ja, ich sehe es Ihnen an, Herr Dr. Möllenstädt! Ich will Ihnen aber auch noch einmal etwas sagen, Herr Dr. Möllenstädt: Wenn ich Sie dort so sitzen sehe, wie Sie köstlich amüsiert sind, dann ist mein persönlicher Eindruck, dass Ihnen die Tragweite dieser Debatte nicht wirklich bewusst ist.

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]: Auch dieser lächerlichen Darbietung, die Sie da von sich geben?)

Das wollte ich Ihnen einmal sagen!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie bringen hier den scheinheiligen Antrag „Armut bekämpfen, Arbeit schaffen, Chancen eröffnen“ ein, wir werden ihn ja in der März-Sitzung noch behandeln. Ich möchte nur auf einen Satz eingehen, der Ihre innere Haltung deutlich macht. Sie sprechen darin vom unbeschwertem Leben auf Kosten der Allgemeinheit. Das ist eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Das, meine Herren von der FDP – Damen haben Sie ja nicht –, glaube ich Ihnen auf das Wort. Sie wissen genau, wie es ist, ein unbeschwertes Leben zu führen, aber ich bin sicher, dass Sie keine Ahnung von der Lebenswirklichkeit der Menschen haben, die Sie hier diffamieren. Davon haben Sie so wenig Ahnung wie von Gleichstellungsfragen, davon konnten wir uns hier im Parlament schon häufiger überzeugen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss! In Lilienthal hat es in der letzten Woche eine Einladung zum Politiktreff der FDP gegeben. Außer Parteimitgliedern hat es zwar kaum jemanden interessiert, man war unter sich, unter Parteifreunden. Eingeladen war der Bremer FDP-Bundestagsabgeordnete Torsten Staffeldt.

(D)

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Endlich einmal jemand, der ihn einlädt!)

Er hat dort gesagt, er sehe die FDP als Partei aller, die morgens aufstehen und arbeiten gehen. Diesen Satz muss man nicht weiter kommentieren, aber er könnte auch heißen: Die FDP ist die Partei, die morgens aufsteht, das Spendengeld zählt und sich wieder hinlegt.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Vielen Dank, meine Damen und Herren! Gute Nacht, FDP!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte an

(A) die Damen und Herren von der CDU gerichtet ein prominentes Mitglied Ihrer Partei, wie schon Frau Garling, am Anfang zitieren, nämlich Heiner Geißler, der auf die Frage des „Weser-Kurier“ am 20. Februar 2010 geantwortet hat, was eine Generaldebatte über Hartz IV im Bundestag bringen könnte: „Eine Bewusstseinsklärung, damit endlich diese pauschale Rederei aufhört, die nur dazu dient, Leute zu demütigen und ihnen den Eindruck zu vermitteln, sie seien Bürger zweiter Klasse. Es ist unsere knallharte Pflicht, die auch schwer fallen kann – denjenigen zu helfen, die in Not sind.“ Er meint, wenn diese Debatte über zu hohe Leistungen, Leistungsmissbrauch, Verschärfung der Arbeitspflicht, fehlende Sanktionen und so weiter auf dem Rücken der Arbeitslosen ausgetragen wird, verletzt sie die Menschenwürde. Richtig so! Das heißt nicht, dass man nicht darüber reden dürfte, aber es kommt darauf an, wie man darüber redet, wie Leistungen gewährt werden.

Heiner Geißler greift damit auf, was das Bundesverfassungsgericht der Politik ins Stammbuch geschrieben hat. Ich zitiere aus dem Urteil vom 9. Februar 2010: „Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.“ So das Bundesverfassungsgericht! Darin ist alles enthalten, die ganzen Qualitäten, die dann später im Urteil ausgeführt werden. Das bedeutet, die Höhe der Regelleistung darf nicht nach freiem politischen Ermessen willkürlich festgesetzt werden durch, wie das Bundesverfassungsgericht sagt: „Schätzungen ins Blaue hinein“ oder dadurch, dass dann einfach irgendwelche Sätze reduziert werden, sondern es muss transparent, nachvollziehbar, empirisch fundiert bestimmt werden.

Dieses Schwadronieren dieser Schäubles, de Maiieres und Westerwelles über die Möglichkeit, die Regelsätze im bisherigen Rahmen zu halten oder gar abzusenken, zeigt, dass die Herren sich nicht wirklich mit dem Urteil und der darin dezent formulierten Kritik des Bundesverfassungsgerichts auseinandergesetzt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist verfassungswidrig, weil es die Menschenwürde nach Artikel 1 und das Sozialstaatsgebot in Artikel 20 unseres Grundgesetzes verletzt, wenn die Höhe der Grundsicherung, die der Staat zahlt, ausschließlich nach den fiskalischen Auswirkungen oder nach Überlegungen zum Lohnabstandsgebot bestimmt wird. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende muss nicht nur das tatsächlich physische Existenzminimum, also genug zu essen und ein Dach über dem Kopf, abdecken, sondern auch die kulturelle und soziale Teilhabe.

Wie soll die soziale und kulturelle Teilhabe sichergestellt werden – auch das hat das Bundesverfassungsgericht gefordert –, wenn bei den Ausgaben des unteren Fünftels der Einkommensbeziehenden sämtliche Bildungsausgaben herausgerechnet werden? Ist die Berechnung noch nachvollziehbar, wenn die Ausgaben für Freizeit und Unterhaltung nahezu halbiert werden? Wie sollen die Grundsicherungsbeziehenden sozial teilhaben, wenn die Kosten für Hotel- und Restaurantbesuche auf weniger als 30 Prozent und die Verkehrsaufwendungen sogar auf fast ein Viertel heruntergerechnet werden? Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass diese Berechnungen von Willkür und Realitätsferne geprägt sind.

Geradezu zynisch ist die Herabsetzung der üblicherweise zu tätigen Gesundheitsausgaben um fast ein Drittel, obwohl klar auf der Hand liegt, dass gerade arme Menschen häufiger Gesundheitsprobleme haben als Menschen, die bessergestellt sind. Verheerend ist die nachgeschobene Begründung der Bundesregierung, die vom Bundesverfassungsgericht auch so nicht akzeptiert wurde, dass Ausgaben für Bildung nicht im Regelsatz enthalten sein müssten, weil die Länder hierfür zuständig seien und außerdem weitgehende Lehrmittelfreiheit bestehe. Wer ein Kind im schulpflichtigen Alter hat, weiß, was tatsächlich aufgewendet werden muss, um dem Kind armer Eltern auch nur annähernd gleiche Chancen im Unterricht zu ermöglichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Bundesverfassungsgericht rügt auch, dass quasi mit einer Schätzung ins Blaue hinein Verbrauchsausgaben der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe mit der Begründung abgesenkt wurden, dass zum Beispiel Ausgaben für Pelzmäntel, für Sportboote oder Segelflugzeuge nicht zum regelsatzrelevanten Bereich gehören. Aber Sie haben, auch nach Aussage des Bundesverfassungsgerichts, nicht geprüft, ob tatsächlich die arme Bevölkerung, diese untersten 20 Prozent, solche Ausgaben überhaupt tätigen. Das scheint doch eher unwahrscheinlich zu sein. Wer dann noch glaubt, eine korrekte Berechnung könne niedrigere oder gleich hohe Regelleistungen ermöglichen, ist weltfremd oder handelt verfassungswidrig.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die jetzigen Höhen der Regelsätze „nicht evident unzureichend“ sind. Diese Zurückhaltung hat es sich aber auferlegt, weil grundsätzlich die Politik die Aufgabe hat, inhaltlich zu bestimmen, was zu einer gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen gehört. In Deutschland muss das etwas anderes sein als in armen Staaten wie in Rumänien oder Bulgarien, aber der Gesetzgeber darf nicht so weit gehen, dass arme

(C)

(D)

- (A) Menschen weitgehend von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein solcher Ausschluss ist demütigend und verletzt die Menschenwürde.

Wie verhält es sich nun mit der Unterstellung, Arbeitslose würden sich faul in der Hängematte räkeln und könnten nur durch scharfe Sanktionen zur Arbeit motiviert werden? Wie ist das also mit der fehlenden Leistungsbereitschaft der Grundsicherungsbeziehenden? Zirka ein Viertel der erwerbsfähigen Grundsicherungsbeziehenden sitzt nicht zu Hause, sondern arbeitet legal in einer Beschäftigung, obwohl ihnen oberhalb des Freibetrags von 100 Euro 80 Prozent der Einkünfte, die darüber liegen, abgezogen werden. Ein erheblicher Teil davon arbeitet sogar Vollzeit. Fehlende Mindestlöhne, Frau Garling sagte es schon, unständige Beschäftigung, Leiharbeit, unfreiwillige und selbstausbeuterische Selbstständigkeit als Kioskbesitzer, Franchisenehmer oder selbstständiger Lkw-Fahrer, Ein-Euro-Jobs, unbezahlte mehrjährige Praktika drücken die leistungsbereiten und hart arbeitenden prekär Beschäftigten unter ein existenzsicherndes Lohneinkommen.

- (B) Arbeitsbereitschaft und Arbeitsmotivation kann man diesen 11 000 Beschäftigten mit Aufstockungsleistungen allein in der Stadt Bremen sicher nicht absprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Trotz der weitgehenden Anrechnung des erzielten Einkommens suchen sie Arbeit und üben ihre Beschäftigung unter schwierigen Bedingungen aus. Die wenigen, die geeignete und angemessene Arbeitsangebote ablehnen, weil sie nicht wirklich an einer Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt interessiert sind, werden in einer ersten Stufe mit einer Kürzung von 30 Prozent ihrer Regelleistungen bestraft, im Wiederholungsfall 60 Prozent, und wenn sie sich das dann noch einmal zu Schulden kommen lassen, haben sie gar keine Regelleistungen mehr. Das Problem ist eher, dass die Kürzungstatbestände Willkür zulassen und mitunter sogar verfassungswidrig sind, wenn zum Beispiel gekürzt wird, weil jemand eine Eingliederungsvereinbarung nicht unterschreiben will, weil sie unsinnige und schikanöse Pflichten enthält.

Auch die eigenständige Ermittlung eines Kinderregelsatzes für die entsprechenden Altersgruppen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Kinder von Arbeitslosen nicht in ihrer Entwicklung benachteiligt werden. Neben der pauschalierten Regelleistung müssen auch Tatbestände gesetzlich verankert

werden, die individualisierte Bedarfslagen genauer treffen. Der gemeinsame Theaterbesuch der Schulklasse, eine eintägige Klassenfahrt, der konkrete Beitrag zum Sportverein und das teure Schülerinnen- und Schülerticket müssen in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen übernommen werden. Auch bei Kinderkleidung muss ein Regel-Ausnahme-Verhältnis von Kleiderpauschale und individueller Bemessung bei Sportkleidung, Übergrößen, Konfirmation und so weiter vorgesehen werden.

Eine zielgerichtete Förderung der Kinder durch eine ausreichende finanzielle Ausstattung und eine möglichst vollständige Einbeziehung in die sozialen Angebote von der Krippe bis zum Hort sind die Voraussetzungen dafür, dass Armut sich nicht sozial vererbt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Aber besonders perfide finde ich die Diskussion, wenn sie eine ethnische Wendung nimmt. Das ist immer dann der Fall, wenn von der Einwanderung in die Sozialsysteme gesprochen wird. Dabei wird darauf verwiesen, dass Migrantinnen und Migranten unter den Erwerbslosen mindestens mit einem doppelt so hohen Anteil vertreten sind wie Deutschstämmige. Dass in den Sechziger- und Siebzigerjahren bewusst für die niedrig qualifizierten Arbeiten unqualifizierte Kräfte geholt wurden, dass viele zum Beispiel als Schweißer sich zum hochqualifizierten Facharbeiter fortgebildet haben, aber der fehlende formale Abschluss einer Vermittlung in verwandte Berufe entgegensteht, dass Migrantinnen und Migranten mit hohen Bildungsabschlüssen nicht vermittelt werden können, weil diese hier nicht anerkannt sind, dass eine versäumte rechtzeitige Sprachförderung bei der Einwanderung im Alter zu unüberwindlichen Vermittlungshemmnissen führt, dass Arbeitsverbote oder fehlende Arbeitserlaubnisse wegen des Aufenthaltsstatus eine Vermittlung gar nicht zulassen, wird weitgehend ausgeblendet.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Als Konsequenz aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil müssen wir dafür sorgen, dass die Grundsicherungsleistungen bedarfsdeckend und sozial gerecht ausgestaltet und von diskriminierenden und ausgrenzenden Elementen befreit werden und auch Arbeitslosen und ihren Angehörigen die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

(C)

(D)

(A) Abg. **Bartels** (CDU)*): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst für die CDU-Bürgerschaftsfraktion sagen, wir begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, weil es auch einen klaren Auftrag für den Gesetzgeber bedeutet. Im Übrigen ist es kein Urteil, was völlig überraschend ist, das muss man sagen. Wir Sozialpolitiker haben ein Stück weit auch dieses Urteil ersehnt, weil es eine Rechtsklarheit bringt. Es ist aber, das muss man auch sagen, immer eine Aufgabe von Politik, zuallererst eine Regelung zu finden, und nicht von Gerichten. Insofern aber hat das Bundesverfassungsgericht in der Tat am 9. Februar einen wichtigen Spruch geleistet und den Bundesgesetzgeber aufgefordert, für transparente Bemessungsgrundlagen zu sorgen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daraufhin sofort erklärt, dass sie auch zügig zu einer Lösung kommen will, und wir sind sehr froh, dass Bundesministerin Frau Dr. von der Leyen bereits eine Expertengruppe eingerichtet hat, denn es ist sinnvoll, dass wir hier zu klaren Grundlagen kommen und auch die Bedarfe gerade von Kindern klar erfassen. Die sind im Grunde genommen die Gewinner, denn was wir bisher in der Bedarfserrechnung für den Regelsatz hatten, war etwas Zusammengesuchtes. Dort waren zum Beispiel keine Bedarfe für Bildungsaufwendungen eingerechnet. Gerade Kinder in dem Alter, wie sie hier sind, brauchen eine finanzielle Unterstützung, aber auch eine sachgerechte Unterstützung für ihre Bildung.

(B) Daher hat das Bundesverfassungsgericht hier eine klare Aussage getroffen, auch zur Frage der Abzüge, die zum Teil auch doch relativ willkürlich getroffen wurden. So wurden zum Beispiel 15 Prozent der Energiekosten für Kinder pauschal abgezogen. Da fragt man sich: Woher nimmt man das? Da hat das Gericht auch klar gesagt, das kann so nicht sein, und das muss nachweisbar sein.

Nun haben wir eine Verbraucherstichprobe aus dem Jahr 2008: Die Daten sind noch nicht aufbereitet, werden aber derzeit auch aufbereitet. Das kann ein Anhaltspunkt sein, dass wir hier zu einer Anhebung der Regelsätze kommen. Aber das Bundesverfassungsgericht hat sehr klar keine Aussage getroffen über die Höhe.

(Abg. **Frehe** [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist auch nicht seine Aufgabe!)

Absolut, Kollege Frehe, seine Aufgabe ist es nicht, das lässt sich auch aus dem Grundgesetz nicht ableiten, das ist am Ende Aufgabe des Bundesgesetzgebers, des Deutschen Bundestages, sodass ich hoffe, dass das Expertenteam hier eine klare Handlungsempfehlung auch dem Deutschen Bundestag geben wird.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Ich muss sagen, die Debatte der letzten Tage hat auch mich befremdet. Ich glaube, dass sich da so mancher verrannt hat, der in der Glückseligkeit eines Bierzeltes dann auf den Schwächeren herumgeschlagen hat. Das ist nicht das Menschenbild der CDU, meine Damen und Herren! Wir als Bürgerschaftsfraktion teilen diese Auffassung nicht!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ganz kurzfristig nach diesem Urteil zur Kenntnis genommen, dass es eine Härtefallregelung für bestimmte Bedarfe gibt. Ein Bedarf ist zum Beispiel, dass Eltern, die getrennt leben und Aufwendungen haben, weil sie ihre Kinder, die in weiter Entfernung wohnen, sehen wollen, also im Sinne des Umgangsrechts, diese Fahrtkosten erstattet bekommen können. Das ist, glaube ich, gut und richtig! Es gibt dort einen Katalog der Bundesagentur für Arbeit, der mittlerweile auch vom Bundesarbeitsministerium genehmigt ist. Ich glaube, dass wir da einen Übergangszustand geschaffen haben, in dem wir zunächst diesen unabwiesbaren, aber auch dauerhaften Bedarfen Rechnung tragen.

Ich glaube, dass es zu früh ist, hier einfach Rezepte vorzuschlagen wie ein Grundeinkommen oder Vorschläge zu machen, die dem Urteil nicht in Gänze gerecht werden. Genauso wenig glaube ich, dass es viel Sinn macht, über Sanktionen weiter nachzudenken. Dort haben wir, Herr Frehe hat es hier auch noch einmal dargestellt, einen Katalog, der auch wirklich hart ist.

(D) Bei Personen, die wirklich in der Minderheit sind, das muss man immer wieder sagen, die es aber gibt, sind solche Sanktionen natürlich auch konsequent anzuwenden. Wir wissen, dass im Bundesgebiet ganz unterschiedlich mit diesen Sanktionen umgegangen wird. In Süddeutschland und gerade in Bayern wird da wahrscheinlich öfter zugelangt, und es gibt ja auch gewisse Statistiken, in denen man das alles nachlesen kann. Im Land Bremen selbst gibt es Differenzen, wir haben vor kurzem erst hier in der Bremischen Bürgerschaft darüber gesprochen, zwischen der Stadt Bremerhaven und der Stadtgemeinde Bremen. Da ist noch einmal genau hinzuschauen! Aber das sind Missbrauchsfälle, die wirklich nicht auf die große Masse der Hilfebedürftigen abzielen. Daher bringt uns die Schärfe in der Debatte, die hier in den letzten Tagen geführt wurde, in keiner Weise weiter.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Richtig ist, dass uns das Lohnabstandsgebot natürlich sehr wichtig ist, da diejenigen die einer Arbeit nachgehen können, auch entsprechendes existenzielles Einkommen haben müssen. Aber, meine Damen und Herren, und das wissen Sie, unsere Position ist da glasklar, was den Mindestlohn angeht: Wir halten den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn für nicht das probate Mittel, weil er eben auch eine

(A) Jobvernichtung mit sich bringt. Das zeigen die Erfahrungen der anderen europäischen Staaten eben auch!

(Widerspruch bei der LINKEN)

Was machbar ist, und das haben wir in den letzten Tagen auch im Bundeskabinett, CDU/CSU haben das beschlossen, ist, dass man branchentypische Mindestlöhne, wenn sich die Tarifparteien darauf geeinigt haben, umsetzt. Das ist, glaube ich, der richtige Weg! Wir entlassen die Tarifparteien nicht aus ihrer Pflicht.

Wir als Bürgerschaftsfraktion sind gespannt, wie die weitere Diskussion laufen wird. Es ist ja noch der Redner der FDP hier heute da. Ich verstehe meinen Beitrag hier, dass dieses Thema sich versachlicht. Ich muss sagen, die letzten Tage haben doch gezeigt, wer etwas von Sozialpolitik versteht und wer nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Nitz.

(B) Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bislang herrscht hier im Haus Einigkeit: Wer die aktuellen Hartz-IV-Leistungen verteidigt, der belegt vor allem eines, und das ist ein sehr fragwürdiges Menschenbild.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch wir müssen sagen – bislang hat sich die FDP ja noch nicht oder erst später zu Wort gemeldet –, wir sind auch hier auf die kommende Debatte gespannt. Aber wer ernsthaft glaubt, dass ein moderner Staat seine Schuldigkeit getan hat, wenn keiner seiner Bürgerinnen und Bürger verhungern oder erfrieren muss, der versteht nicht annähernd, wie unsere Gesellschaft funktioniert oder funktionieren sollte.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der FDP)

Ein Glück, das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil klargemacht, dass in diesem Land noch nicht alle Institutionen dem Neoliberalismus anheim gefallen sind. Menschenwürde, dieser Begriff hat noch immer die gleiche Bedeutung wie vor 60 Jahren, als das Grundgesetz als Basis eines neuen Deutschlands geschrieben wurde. Menschenwürdig zu leben, bedeutet, an dieser Stelle nicht ausgegrenzt zu sein, den eigenen Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen und dies auch als gutes Recht zu begreifen. Es sind eben keine Almosen, die je nach staatli-

cher Kassenlage Repressionen oder Demütigungen durch die Behörden rechtfertigen.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Glücklicherweise sahen das die Richter in Karlsruhe genauso. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein eindeutiges Signal zur Umkehr dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. Alle Beteiligten müssen endlich begreifen, dass Hartz IV gescheitert ist. Flickschusterei und ein politisches Taktieren würden hier mehr Schaden an unserer demokratischen Gesellschaft anrichten, als sich manch Verantwortlicher heute vorstellen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon die Umstände, die wir hier des Öfteren in der Debatte bemängelt haben, unter denen Hartz IV zustande gekommen ist, waren abenteuerlich. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollte zu Einsparungen führen, damit die – und man höre und staune! – von Rot-Grün beschlossenen Steuerenkungen für Reiche gegenfinanziert würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Willkürlich und ohne jedes wissenschaftliche Fundament legte das Arbeitsministerium die Regelsätze fest. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sagt, dass die derzeitige Regelung zur Grundsicherung nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erfüllt. Man hat empirisch ermittelt, was die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung ausgeben. Dann hat man diese Ausgaben gekürzt um Abschläge für Überflüssiges, was Herr Frehe bereits angesprochen hat, wie Pelze, Maßanzüge oder das Segelfliegen, ohne überhaupt zu überprüfen, ob die Ärmsten 20 Prozent in unserem Lande überhaupt Geld ausgeben für Pelzmäntel, für Maßanzüge oder für das Segelfliegen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir halten es für sehr unwahrscheinlich, dass die armen Menschen in Deutschland Pelzmäntel oder Segelflugzeuge kaufen. Aber auf solchen Annahmen beruhen unsere Regelsätze, und das seit ganzen fünf Jahren!

Noch zynischer wurde bei der Bedarfsberechnung für Kinder vorgegangen. Getreu der mittelalterlichen Auffassung, „Kinder sind kleine Erwachsene“, sollten ihre Regelsätze einfach gekürzte Erwachsenenleistungen sein. Hier hat man schlicht gesagt, für Kinder werden 60 Prozent wohl reichen. Das Verfassungsgericht stellt fest, dass jegliche Ermittlungen zum spezifischen Bedarf von Kindern und ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterlassen wurden. Wie weit dies auch von den realen Bedürfnissen von Kindern

(A) entfernt ist, das wissen nur zu gut vor allem diejenigen, die Mütter und Väter unter uns sind oder solche kennen, die von Transferleistungen abhängig sind. Hartz IV ist ein fatales System, das unserer Meinung nach nicht zu retten ist. Auf jeden Fall aber ergibt sich aus dem Urteil, dass höhere Regelsätze zwingend erforderlich sind. Man kann aus dem Urteil nicht herauslesen, dass die Regelsätze gleich bleiben müssen oder können. Das ist unserer Meinung nach vollkommen ausgeschlossen!

(Beifall bei der LINKEN)

Darum fordern wir als Fraktion DIE LINKE sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene unmittelbar die Anhebung der Regelsätze auf 500 Euro für Erwachsene und eine eigenständige Kindergrundsicherung.

(Abg. F r e h e [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich denke, Sie wollen das ordentlich berechnen!)

(B) Darüber hinaus muss die unwürdige Behandlung von Erwerbslosen durch Behörden beendet werden. Nach wie vor häufen sich die Beschwerden auch hier in unserem Land über den behördlichen Umgang mit Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Sanktionen müssen abgeschafft werden! Die Bedarfsgemeinschaft muss durch ein individuelles Recht auf Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten ersetzt werden! Zwangsumzüge und Schnüffeleien im Privatleben lehnen wir natürlich selbstverständlich auch ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider wird dieses Thema, das eines der wichtigsten auf der aktuellen politischen Agenda ist, von einigen Interessengruppen für ihre Zwecke instrumentalisiert. Dazu möchte ich auch etwas sagen. Ein Beispiel dafür sind die Minilöhne, die gezahlt werden. Arbeit muss sich lohnen, wird argumentiert. Darum könne man die Hartz-IV-Sätze nicht anheben. Schließlich würde dann niemand mehr für wenige Euro pro Stunde arbeiten gehen. Das ist natürlich wahr. Es soll aber auch niemand in diesem Land für Ausbeuterlöhne arbeiten!

(Beifall bei der LINKEN)

Geschäftsmodelle, die auf sittenwidrigen Löhnen beruhen, sind keine Geschäftsmodelle und verdienen auch keinen Schutz. Darum fordert DIE LINKE einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Frau G a r -
l i n g [SPD]: Da sind wir uns ja einig!)

(C) Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts folgt aber auch ein unmittelbarer Handlungsbedarf für den Senat. Wir haben als DIE LINKE seit zweieinhalb Jahren hier in diesem Haus immer wieder Anträge gestellt, um vor allem die Armut von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern zu bekämpfen. Wir haben Anträge eingebracht zur Anhebung der Mietobergrenzen, Anträge zur Zahlung von Einmalleistungen, und wir haben auch Anträge zur Anerkennung der realen Heizkosten hier eingebracht. Es gehört zur Politik des rot-grünen Senats, dass sich sein Einsatz für die Ärmere in unserem Land darin erschöpft, die Schuld auf den Bund zu schieben, und wenn es hochkommt, dann macht der Senat vielleicht noch eine Bundesratsinitiative. Das ist uns LINKEN einfach zu wenig!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. F e c k e r
[Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja jetzt ein bisschen lächerlich!)

Eine Landesregierung ist verantwortlich für die Lebensinteressen der Menschen, die ihr anvertraut sind. Deshalb kann man auch nicht nur auf die Neuregelung auf Bundesebene warten. Es muss auch schon jetzt etwas geschehen, um die Lage hier im Land zu verbessern. Man hat eben nicht die Zeit, diese Interessen weiter auf die lange Bank zu schieben. Das Urteil hat festgestellt: Das verfassungsmäßige Existenzminimum war und ist nicht gewährleistet. Zeit zu handeln! – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben mir mein Schmunzeln an einigen Stellen dieser Debatte, liebe Frau Garling, angesehen. Ich hatte eigentlich die Hoffnung, dass die närrische Zeit schon ein wenig an uns vorübergegangen sei,

(Beifall bei der FDP – Lachen bei
der SPD)

aber bei Ihrem Beitrag konnte man eigentlich auch nur am Anfang schmunzeln, weil sich nämlich in der Tat anschließend die Frage aufgedrängt hat: Für wie dumm halten Sie eigentlich die Bevölkerung im Land Bremen mit solchen Redebeiträgen? Das halte ich wirklich für skandalös. Glauben Sie denn, unsere Bevölkerung ist zum überwiegenden Teil im Stadium der Demenz angekommen, dass sie sich nicht mehr daran erinnern kann, wer diese Gesetze verabschiedet hat?

(Abg. Frau N i t z [DIE LINKE]: Und Sie
machen sich darüber lustig!)

(C)

(D)

- (A) Das waren SPD und Grüne, und zu Recht hat das Bundesverfassungsgericht jetzt festgestellt, dass da allerhand Pfuscher am Werke war.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss schon sagen, es ist eine ziemliche Frechheit und ein Angriff auf jeden gebildeten Menschen in diesem Land, wenn Sie sagen, die SPD begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht uns einmal erklärt hat, wie es geht.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Dann ist das ja kein Angriff auf Sie!)

Ich glaube, so kann man, Frau Kollegin Garling, diese Debatte wirklich nicht führen.

(Beifall bei der FDP)

Da wäre auch beim Kollegen Frehe doch etwas mehr Demüt angezeigt gewesen; in Ihren Äußerungen habe ich das leider vermisst. Sie haben ein System geschaffen, das viele Menschen tatsächlich um die Früchte und die Möglichkeiten bringt, die ihnen zustehen würden, und es geht nicht nur um das Thema Regelsätze, das ist eine Facette dessen. Dieses ganze Hartz-IV-System muss auf den Prüfstand gestellt werden, und ich bin nachhaltig der Meinung und unterstütze unseren Parteivorsitzenden Guido Westerwelle bei seiner Auffassung, dass wir dieses Thema noch nicht zu Ende diskutiert haben, sondern dass dieses Thema auch auf die Agenda dieses Hauses gehört.

(B)

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Da würde ich mich ja in Grund und Boden schämen!)

Lassen Sie mich einmal weitermachen!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Ungern!)

Wir werden nachher auch einen Vorschlag dazu machen, wie wir dieses Gespräch – liebe Frau Busch, es ist ja meistens ein Gespräch mit Ihnen – weiterführen können.

Zum einen, glaube ich, ist es doch einigermaßen merkwürdig und kann eigentlich doch auch nicht im Sinne von vernünftigen Menschen sein, wie diese Debatte geführt wurde. Wir hören nämlich bereits am Tage der Verkündung des Gerichtsurteils über die ganzen üblichen Verdächtigen von dieser ganzen Phalanx, die sich dann bei solchen Fragen quasi pflichtschuldig zu Wort meldet, sofort den Ruf nach einer Erhöhung des Regelsatzes, und zwar pauschal, was ja wohl dem Geist dieses Urteils fundamental widerspricht. Darin wird gerade nicht gesagt, erhöht

pauschal die Leistungen, sondern, der Kollege Frehe hat das richtigerweise hier auch ausgeführt in seinem Beitrag, berechnet genau, wie die Bedarfe sind, und stellt es dann fest! Genau das soll jetzt auch passieren!

(C)

Übrigens auch von den Grünen, lieber Herr Frehe! Ihre Partei sagt doch auch, wir wollen pauschal 420 Euro. Das haben Sie auch gleich am Tag der Verkündung hier gesagt. Ich frage mich, woher wissen Sie denn das, wenn Sie uns hier auf der anderen Seite weismachen wollen, man müsse das doch wirklich erst einmal ganz aufwendig berechnen! Ich bin ja bei Ihnen, aber ich halte die Forderung gleichwohl für falsch, von den Kosten einmal ganz abgesehen!

(Beifall bei der FDP)

Von der LINKEN, über den VdK, die SPD, die Grünen, alle waren sofort der Meinung, jetzt müsse man da dringend massiv Geld in die Hand nehmen. Wir haben es heute auch schon wieder gehört. Ich glaube, es ist richtigerweise so, dass man diese Frage nicht einfach so beantworten kann, weil es eben durchaus Zusammenhänge in der Sozialpolitik gibt, und das hat dann in der Tat etwas damit zu tun, ob man da mit Sachverstand und mit Ahnung herangeht, liebe Frau Garling, so wie es der Parteivorsitzende der FDP richtigerweise auch getan hat,

(Lachen bei der SPD)

(D)

und dann nämlich auch einmal den Hinweis gibt, dass es in diesem Land auch Menschen gibt, die dieses System finanzieren müssen, die den sozialen Ausgleich finanzieren müssen. Ich will Ihnen auch sehr deutlich sagen, die FDP steht im Land Bremen an der Seite aller leistungsbereiten Bürgerinnen und Bürger, egal ob es ein Student ist, ein Schüler ist, ob es ein Leistungsbezieher ist oder ob es ein Unternehmer ist, alle gleichermaßen.

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wer sind denn die Leistungsbereiten?)

Ich habe Ihnen eben aufgezählt, welche Personen dazu zu zählen sind! Diese Liste ist nach unten hin weiterhin offen.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das ist uns klar! Was machen Sie denn mit den Arbeitslosen, wenn sie ihren Job verlieren?)

Es ist eine wirkliche Zumutung, wie diese Debatte hier seitens der üblichen Verdächtigen, die ich Ihnen eben benannt habe, geführt worden ist. Ich glaube, eine Tageszeitung, die im Verdacht steht, den Grünen nahezustehen, hat wirklich den Vogel abgeschossen, indem sich nämlich jemand – weil er richtigerweise darauf hinweist, dass der, der in diesem Land

(A) arbeitet, doch mehr haben muss, als jemand, der nicht arbeitet – am nächsten Tag auf der Titelseite wiederfindet mit der Bezeichnung „der Depp der Nation“. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht Ihre Vorstellung davon sein, wie man eine kompetente sozialpolitische Diskussion führt!

(Abg. F r e h e [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das war Herr Westerwelle!)

Ich finde, das ist eine Unverschämtheit, und es gehört sich auch, dass man dies an dieser Stelle einmal deutlich sagt.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wen beschimpfen Sie denn jetzt? Die „taz“ oder uns?)

Ich finde in der Tat, lieber Herr Frehe, wir sollten einmal darüber sprechen, welche Grundlagen sich für unseren Sozialstaat stellen, und ich will Ihnen dazu nachher auch einen Vorschlag machen. Aber vorher würde ich gern noch einmal zwei, drei Dinge aus der Debatte hier gerade rücken!

Sie haben den CDU-Politiker Herrn Geißler zitiert, über den – er ist ja eine schillernde Persönlichkeit – man jetzt vieles sagen könnte. Ich würde ihm aber zumindest eines entgegenen: Es ist nicht diese Debatte, die den Menschen die Würde nimmt. Es ist das Hartz-IV-System, das SPD und Grüne eingeführt haben, und dies ist von der FDP richtigerweise völlig zu Recht kritisiert worden.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich Ihnen vielleicht einmal einige Grundlagen nahebringen! Allein die Forderung, die die Grünen erhoben haben, nämlich den Regelsatz auf 420 Euro zu erhöhen, würde rund 20 Milliarden Euro kosten, das ist so!

(Abg. R u p p [DIE LINKE] meldet sich
zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Das ist etwas, das aus unserer Sicht wirklich zu weit geht, und im gleichen Atemzug hier zu behaupten, über Steuersenkungen oder so etwas könnte man nicht einmal nachdenken, ist doch geradezu grotesk. Jetzt habe ich aber, glaube ich, die Ehre, eine Frage von Herrn Rupp anzunehmen.

Vizepräsident Ravens: Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Rupp?

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Ich würde Herrn Rupp bitten!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Sie haben gerade ausgeführt, Herr Dr. Möllenstädt, dass die FDP fest an der Seite der Leistungsbereiten steht. Können Sie mir kurz den Unterschied zwischen Leistungsbereiten und Spendenbereiten erklären?

(C)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LIN-LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Dr. Möllenstedt!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Auf die Frage aus be-rufenem Munde habe ich natürlich geradezu gewartet! Es ist hoch willkommen, wenn Menschen sich am Gemeinwesen beteiligen,

(Abg. H a m a n n [SPD]: Die FDP ist
kein Gemeinwesen!)

und die Kollegin Frau Garling hat ja auch das Angebot gemacht, sich im Rahmen ihres Einkommens hier stärker beteiligen zu wollen.

(Beifall bei der FDP)

Leistungsbereit ist derjenige, der bereit ist, sich tatsächlich zu beteiligen. Das kann sogar eine ehrenamtliche Tätigkeit sein, das kann eine Berufstätigkeit sein, und ich begrüße es ausdrücklich, wenn sich Menschen zum Beispiel für karitative Zwecke mit Spenden beteiligen. Das ist auch ein wichtiger solidarischer Beitrag, um in Ihrer Diktion zu bleiben, dagegen kann auch die Fraktion DIE LINKE meines Erachtens nicht sein.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich vielleicht zu dem, was wir als Staat tun können und tun sollten, etwas mehr sagen! Ich will einmal ein wenig zurechtrücken, auch um in der Debatte zu bleiben, was tatsächlich gesagt worden ist und was von Ihnen, meine Damen und Herren Vorredner, vornehmlich aus der linken Seite des Hauses hier an Hinzudichtungen unternommen worden ist. Ich will Ihnen einfach einmal sagen, worum es uns Liberale bei dieser Debatte geht, eine Aussage habe ich Ihnen eben schon entgegen geworfen: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet.

(Abg. Frau T r o e d e l [DIE LINKE]:
Mindestlohn!)

Ich würde gern einmal wissen, was Sie daran zu beanstanden haben! Wir wollen Bürokratie verringern, damit tatsächlich mehr Hilfe bei den Menschen ankommt. Ich würde gern einmal wissen, was Sie dagegen zu sagen haben. Wir wollen die Aufnahme

(A) von Arbeit fördern, statt die Arbeitslosigkeit zu verwalten. Frau Garling, ich habe es noch im Ohr, das waren eigentlich einmal genau Ihre programmatischen Botschaften in der Frage der Reformen der sozialen Sicherungssysteme.

(Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: Was sagen Sie denn zum gesetzlichen Mindestlohn?)

Ich wüsste gern einmal – Sie können das nachher ja noch erwidern, so dringend ist es ja nicht! –, was Sie dagegen haben. Wir haben gesagt, es darf keine Leistung ohne die Bereitschaft zur Gegenleistung geben, und selbstverständlich, das füge ich hinzu, muss es dann, wenn es nicht so ist, auch sanktioniert werden. Wenn Sie heute die Zeitung lesen – ich glaube, im „Tagesspiegel“ gibt es dazu einen relativ netten Artikel –, werden Sie sehen, Bremen ist Schlusslicht bei der Sanktionierung, und das, glaube ich, nicht ohne Grund, sondern auch aufgrund politischer Einflussnahmen, so wie man das vermuten darf, und wir haben das Thema hier auch schon zu Recht diskutiert.

Der fünfte Punkt: Ältere dürfen nicht durch den Rost fallen. Wir haben gestern zum Beispiel auch hier miteinander gesprochen, wie die Situation älterer Menschen in dieser Gesellschaft ist, in der Stadtbürgerschaft.

(B) Punkt sechs: Wir wollen den Renteneintritt flexibler gestalten, als es bisher möglich ist. Ich würde gern einmal wissen, was Sie denn dagegen haben!

Siebtens: Die beste Sozialpolitik ist eine gute Bildungspolitik. Diesen Ansatz habe ich in dieser Debatte übrigens ziemlich vermisst.

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!)

Da hätte man auch durchaus, liebe Frau Garling, zu Recht einmal würdigen können, dass es die neue Bundesregierung aus Union und FDP ist, die sich bis zum Jahr 2013 das ambitionierte Ziel gesetzt hat, zwölf Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung in die Hand zu nehmen als zu Ihrer Regierungszeit im Bund.

Das sind Anstrengungen, die tatsächlich unternommen werden. Wenn Sie sich an diesen Thesen, die ich eben vorgetragen habe – es sind die Thesen, die mein Parteivorsitzender formuliert hat –, orientieren würden und uns auch vielleicht einmal im Ansatz einmal beschreiben könnten, wo Sie da nicht einer Meinung sind und wo Ihr Problem damit ist, statt ständig neue Dinge in die Welt zu setzen, die so niemand gesagt hat und die von niemandem so gemeint sind, dann wäre dieser Debatte sicherlich mehr gedient als durch Ihren Auftritt, Frau Garling!

(Beifall bei der FDP)

(C) Im Übrigen kann ich Ihnen sagen: Das, was Ihnen als SPD abhandengekommen ist, nämlich das Verständnis für die arbeitenden Menschen in diesem Land, ist bei uns vorhanden. Wir sind die Schutzmacht der kleinen Leute!

(Lachen bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Das ist etwas, das Sie ganz offensichtlich nicht vertragen und offensichtlich nicht ertragen können. Fragen Sie einmal die älteren Parteimitglieder in Ihrer SPD, was sie von dieser Art Ihrer Debattenführung halten! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP – Abg. D r . G ü l d - n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit solcher Schutzmacht ist man verloren!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst die Schutzmacht der kleinen Leute ansprechen. Es geht ja im Augenblick der Witz durch die Gegend, dass man keinen FDP-Wähler auf der Straße trifft, weil die alle beim Finanzamt sind, um ihre Steuersünden anzuzeigen. Wenn Sie diese kleinen Leute meinen, dann kann ich sagen: Ja, das ist die Schutzmacht dieser Art von Leuten.

(D) Das Zweite: Sie haben hier Demut angemahnt, weil SPD und Grüne die Hartz-IV-Gesetzgebung auf den Weg gebracht haben. Ja, ich finde es richtig, dass man sagt, wir haben mit dieser Gesetzgebung auch Fehler gemacht. Die Kritik des Bundesverfassungsgerichts trifft auch die Grünen, und es trifft auch die SPD, betrifft unsere gemeinsame Koalition in Berlin, das muss man eingestehen.

Aber wir haben auch Konsequenzen daraus gezogen, und wir ziehen jetzt die Konsequenzen daraus, und das nicht willkürlich mit irgendeinem Regelsatz von 420 Euro, den wir uns erdacht haben, oder 500 Euro, weil DIE LINKE immer noch einen drauflegen muss, 20 Prozent mehr, sondern wir haben mehrere Gutachten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zugrunde gelegt und als Übergangslösung vorgeschlagen, eine solche Erhöhung vorzunehmen. Grundsätzlich ist es richtig, dass wir es exakt berechnen wollen, dass die Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht gestellt hat, jetzt auch umgesetzt werden müssen und nicht ein gegriffener Betrag für die Regelsätze genommen werden darf.

Sie haben gesagt, ja, wir hätten ein Hartz-IV-System geschaffen, das Sie auf den Prüfstand stellen wollen. Ich würde gern wissen, in welche Richtung diese Prüfung geht.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Genau! – Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Er hat sieben Thesen genannt! Ich weiß nicht, wo Sie waren!)

(A) Das finde ich schon spannend. Man kann das eine sicherlich auf den Prüfstand stellen, ich habe ja ein paar Andeutungen gemacht, dass ich auch meine, dass manche Sanktionen zu weit gehen. Ich meine auch, dass wir überlegen müssen, wie die Struktur ist, ob wir tatsächlich so viel pauschalieren sollten, wie es in diesem System gemacht wird. Das sind vorsichtige Eingriffe.

Was aber richtig war, war, die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe zusammenzuführen. Ich habe immer wieder erlebt, dass Leute von der Arbeitslosenhilfe nicht leben konnten und zusätzlich Sozialhilfe beantragen mussten. Dieses System, mit Sozialhilfe, mit zwei Ämtern kooperieren zu müssen und dann eine gewisse Aufstockung zu haben, war unglücklich. Deswegen ist der Weg, das zusammenzuführen, richtig gewesen.

Das Wort von dem „Deppen der Nation“! Ich weiß nicht, welche Zeitung Sie meinen, die den Grünen nahe sein soll, aber wenn Sie die „taz“ meinen, kann ich nur sagen, dieses Wort ist ein Zitat Ihres Vorsitzenden. Er hat das verwandt, indem er gesagt hat: „Es kann doch nicht sein, dass die Arbeitenden sich wie die Deppen der Nation vorkommen.“ Das war das Zitat von Herrn Westerwelle!

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]:
Aber was daraus gemacht worden ist!)

(B) Ich bitte Sie! Wer damit arbeitet, wer im Grunde genommen eine Konkurrenz von Arbeitslosen auf der einen Seite und denen, die beschäftigt sind, auf der anderen Seite auf diese Art und Weise aufbauen will, betreibt Volksverhetzung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Nur noch ein Satz zum Lohnabstandsgebot! Ich finde es immer spannend, wenn alle möglichen Leute darüber reden, die wahrscheinlich noch nie ins Gesetz geschaut und einmal überlegt haben, was dort steht. Ich will es nur für diejenigen, die das Gesetz nicht kennen, kurz erwähnen! Einmal die Fundstelle, das ist Paragraph 28 Absatz 4 SGB XII, es steht also nichts im Sozialgesetzbuch II dazu! Dort wird eine fünfköpfige Familie, die Leistungen bezieht, verglichen mit einer arbeitenden Familie, die ein Nettoeinkommen hat, mit einer Erwerbsperson und zusätzlichen Wohn- und Kindergeldleistungen.

Da hat doch Frau Garling völlig recht, wenn sie sagt, dass sich jetzt hier wegen der Niedrigeinkommen das Problem ergibt, dass eine fünfköpfige Familie ein Einkommen erzielt, von dem sie nicht leben kann. Dann kann es doch nicht sein, dass die Regelsätze unter eine menschenwürdige Qualität gedrückt werden. Das ist doch völlig richtig! Das muss doch andersherum gehen! Es muss doch dafür gesorgt werden, dass die

Einkommen angemessen über den Sozialleistungen bleiben und dass wir dafür sorgen, dass die Niedrigeinkommen nicht so absinken können. Das muss das Ziel sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das heißt, wir brauchen ein Lohnabstandsgebot, aber eines nach oben und nicht nach unten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mir ist wichtig, dass die FDP sich vielleicht noch einmal überlegt, was sie mit dieser Kampagne auslöst. Ich habe vernommen, dass sie zunächst einmal einige Prozentpunkte in Nordrhein-Westfalen dazugewinnen konnte, was ihre Popularität angeht. Ich glaube aber, was Sie damit zerstören, ist unverantwortlich. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mensch, Herr Dr. Möllenstädt, da sind Sie ja einmal richtig aus der Deckung gekommen, das begrüße ich sehr! Herr Bartels, was ich wirklich nicht verstehen kann: Warum sind Sie eigentlich gegen gesetzliche Mindestlöhne? An einer Stelle hat sogar Herr Dr. Möllenstädt recht: Es muss so sein, dass derjenige, der arbeitet – Herr Frehe hat es gerade gesagt –, mehr Geld haben muss als jemand, der im Hartz-IV-Bezug ist. Das ist doch wohl völlig klar! Um diesen Zustand herzustellen, denn freiwillig passiert da gar nichts, braucht es gesetzliche Mindestlöhne. Anders geht es einfach nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich würde gern einmal wissen, wo eigentlich da Ihr großes Problem ist. Dass Löhne durch den Staat subventioniert werden, halte ich nicht für eine kluge Lösung. Ich frage mich auch: Wie soll das eigentlich langfristig gehen, wenn es darum geht, Renten zu bezahlen? Irgendwie ist das doch ein Problem, das man langfristig mit sich herumträgt. Das muss man irgendwie einer Lösung zuführen. Ich halte das wirklich für sehr unklug.

Frau Nitz, man muss Ihnen recht geben: Die Festsetzung der Regelsätze hat sich in der Tat überhaupt

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) nicht an dem wirklichen Bedarf der Menschen orientiert. Das ist völlig richtig! Wir haben hier in Bremen schon vor mehreren Jahren – damals noch zusammen mit der CDU auch auf Bundesratsebene – den Finger in die Wunde gelegt. Leider ist es so, dass dieses Mal das Gericht entscheiden musste, das hätte ich mir auch anders gewünscht. Was die Mietobergrenzen betrifft, das haben wir schon selbst gemacht.

(Abg. Frau T r o e d e l [DIE LINKE]: Das ist jetzt auch egal! Hauptsache es kommt den kleinen Leuten zugute!)

Die FDP ist jetzt die Schutzmacht der kleinen Leute. Super! Herr Dr. Möllenstädt sagt, wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Darin sind wir uns völlig einig. Das Verlogene daran ist aber – und da sind wir uns nämlich nicht einig –, dass Sie keinen Weg aufzeigen können, wie Sie das eigentlich erreichen wollen. Auch hier stellt sich wieder die Frage nach gesetzlichen Mindestlöhnen. Uns hier zu unterstellen, wir würden uns nicht für Bildung, Ganztagsbetreuung und individuelle Förderung einsetzen, ist völliger Blödsinn. Gerade hier in Bremen können Sie wirklich ablesen, wie wir uns auch unter schwierigen Bedingungen mit unserer Haushaltslage bemühen, an der Stelle schneller voranzukommen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Auch da sind Sie verlogen! Ich habe es in meiner Rede schon gesagt: Einerseits individuelle Ganztagsbetreuung und Beschulung zu fordern und andererseits Steuersenkungen zu wollen, ist ein Widerspruch. Damit können Sie die Menschen nicht veralbern!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wie Sie meinen Redebeitrag nun bewerten, Herr Dr. Möllenstädt, ist mir nun wirklich völlig egal.

(Beifall bei der SPD)

Was die Menschen in Bremen betrifft, wie sie diese Debatten bewerten, dass kann man ihnen getrost selbst überlassen, Sie haben es ja noch hinzugefügt, die gebildeten Menschen, wie die es bewerten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Eben konnten wir das mit den kleinen Leuten noch besser begreifen!)

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist immer wieder erstaunlich, dass Sie behaupten, dass wir keine Konzepte hätten, wie wir denn die Einkommenssicherung von Menschen, die selbst nicht so viel verdienen, regeln wollen. Wir haben das an vielen Stellen vorgetragen, man kann es in unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl nachlesen. Viele Leute haben uns deswegen gewählt, auch deshalb, weil wir für ein Mindesteinkommen statt für einen Mindestlohn eintreten.

Das ist eine Geschichte, die wir immer wieder vortragen, die ich hier auch immer wieder vorgetragen habe und die ich gern noch einmal vortrage: Wir nennen das System Bürgergeld. Es geht darum, dass die Menschen, die arbeiten, mehr haben sollen als die, die nicht arbeiten. Das heißt, die Anreizsysteme sollen da sein. Das heißt beispielsweise für einen Einzelnen – in der Tat muss man die Bedarfssätze neu berechnen, das gilt auch für die Zahl, die ich jetzt sage – 662 Euro, was wir zusammengefasst diesem Menschen geben wollen. Das ist das, was ihnen jetzt bundesdurchschnittlich auch gegeben wird. Wenn sie dann 400 Euro dazuverdienen, haben sie 822 Euro nach Hartz IV und nach unserem Modell 882 Euro. Bei 600 Euro Zuverdienst geht das schon weiter auseinander, da wären es nach Hartz IV 892 Euro, nach unserem Modell 962 Euro – und so weiter und so fort.

Das heißt, wir wollen mehr Zuverdienstmöglichkeiten als bisher in Hartz IV, einem rot-grünen Gesetz, das den Menschen am 24. Dezember 2003 – ich habe es eben noch einmal im Bundesverfassungsgerichtsurteil nachgelesen – unter den Weihnachtsbaum gelegt worden ist, ein Gesetz, das wirklich kein Geschenk für diese Menschen war und das deswegen auch abgeschafft und ersetzt werden muss durch ein faireres und gerechteres System. Ich bin davon überzeugt, dass ein solches Bürgergeldsystem mit entsprechenden Abständen ein System ist, das ein Mindesteinkommen garantiert, das berücksichtigt, dass es Menschen gibt, die nicht leisten können. Ihnen wollen wir nichts nehmen. Aber bei denen, die leisten können und nicht leisten wollen, müssen wir doch als Staat sagen, dass Arbeit und Fleiß eine wirkliche Grundlage unserer Gesellschaft sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in unserer Landesverfassung einen Artikel, in dem steht, es gibt eine sittliche Pflicht zur Arbeit. Jeder hat eine sittliche Pflicht zur Arbeit! Ich halte das auch erst einmal für einen richtigen Ansatz und einen richtigen Anspruch unserer Gesellschaft, dass jeder versuchen und sich anstrengen soll, sich einzubringen. Dass das nicht immer geht, weiß ich auch, und dass wir momentan nicht für alle Arbeitsplätze haben, weiß ich auch. Trotzdem, deswegen reden wir von Leistungsbereiten, gibt es einige, die wollen Arbeit, und es gibt einige wenige, bei denen

(C)

(D)

(A) man das in Zweifel ziehen darf. Bei diesen wenigen muss man auch einmal fragen, ob man da die richtigen Instrumente hat. Deswegen wollen wir einen höheren Anreiz, denn was hier im „Handelsblatt“ von heute steht, dass bei einer Vollzeitstelle, die mit wenigen, aber immerhin mit 1 300 Euro brutto bezahlt ist, 1,59 Euro pro Stunde bleiben, ist zu wenig. Das kann nicht der Zuverdienst sein, das ist nicht sozial gerecht, weil es den Menschen gegenüber nicht fair ist.

Es ist eine Fairnessdebatte, die wir führen, eine Debatte darüber, was wir als Mindesteinkommen geben können, wie das gegenüber denjenigen wirkt, die Steuern zahlen, und wie das gegenüber denjenigen wirkt, die sagen, ich möchte nicht vom Staat leben, ich arbeite, strenge mich an, auch wenn es gering bezahlt ist, weil es für mich zu meinem persönlichen Stolz dazugehört, mein Geld selbst zu erarbeiten und nicht anderen auf der Tasche zu liegen, weil ich das zu Hause so mitbekommen habe. Eine Haltung, die nur zu schätzen ist, die man auch anerkennen muss und bei der man sich auch die Frage stellen muss: Was ist das, was bei diesem Menschen dann als Signal ankommt?

Wir als FDP sind insofern gern bereit, über eine akkurate Berechnung von Mindesteinkommen, von Bedarfssätzen zu reden. Wir haben das schon mehrfach gefordert. Wir haben Sie unterstützt und auch aufgefordert. Man hätte auch zumindest die Kinderbedarfssätze schon längst berechnet haben können, das sage ich auch. Damit hätte schon die Große Koalition anfangen können, weil damals schon klar war, wie das Verfassungsgerichtsurteil ausgeht, uns als FDP jedenfalls. Wir haben dann ja auch noch einmal den Senat gebeten, weitere Vorstöße zu unternehmen. An anderen Stellen haben wir öfter gesagt, wir müssen die Zuverdienstregelungen ändern, beispielsweise mit unserem Antrag „Zuverdienstmöglichkeiten für Jugendliche verbessern“.

(B)

(Beifall bei der FDP)

In diesem Sinn können Sie gern mit uns diskutieren, aber bitte an der Sache! Ich erspare es Ihnen jetzt, noch einmal die sieben Thesen zu wiederholen.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Die können Sie ja an die Tür anschlagen!)

Unsere konkreten Forderungen liegen auf dem Tisch! Auch wenn Sie mit dem Getöse, das Sie wegen mancher Äußerungen, die sicherlich Getöse ausgelöst haben, machen, manches an Wahrheit überdecken: Wir werden weiter sagen, was wir wollen! – Danke für die Gelegenheit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde Sie jetzt, meine Herren Kollegen von der FDP, beim Wort nehmen und versuchen, Ihnen mit meinem sachlichen Beitrag Gelegenheit geben, dass Sie sachlich einsteigen können!

(C)

Gestatten Sie mir aber eine Vorbemerkung: Durch und mit Hartz IV wurde staatlich verordnete Armut und Ausgrenzung eingeführt. Ich muss sagen, nach der vergangenen und heutigen Diskussion vonseiten der FDP haben Sie dazu beigetragen, dass die Menschen nicht nur vor Hartz IV, sondern auch vor der FDP Angst haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das nenne ich in keinem Fall eine konstruktive Lösung eines bedrückenden Problems. Ich möchte noch einmal auf die zu sprechen kommen, die von Ihnen in keiner Weise genannt werden, sondern nur in der moralischen Aufzählung eine Bewertung erfahren, das sind nämlich die Kinder.

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Das war jetzt aber selektive Wahrnehmung!)

Dass Hartz IV Angst macht, wissen wir, denn der Druck auf die Erwerbslosen wurde zum Beispiel durch die Ein-Euro-Jobs und niedrige Zumutbarkeitsgrenzen erhöht. Aber auch diejenigen, die eine Beschäftigung haben – denn nach Ihrem Ansinnen soll sich Arbeit ja wieder lohnen, die Frage ist nur, nach oben oder nach unten –, werden unter Druck gesetzt.

(D)

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Auch dazu hatten wir deutlich Zahlen genannt, Frau Troedel!)

Sie nehmen mit Ihrer Billigung in Kauf, dass ihre Arbeitsbedingungen sich immer mehr verschlechtern, um Hartz IV zu vermeiden. Jetzt diskutieren Sie bitte mit mir ganz sachlich, wie und wodurch sich Arbeit wieder lohnen soll, wenn sich die Stundenlöhne und Gehälter immer weiter, zum Beispiel auch durch Ihre sanktionierte Diskussion, nach unten entwickeln!

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Wir diskutieren Ihren Antrag ja noch!)

Sagen Sie mir ganz konkret: Wir sind für den gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen!

(Beifall bei der LINKEN)

Dann können Sie sagen, Arbeit hat sich wieder gelohnt. Ich möchte es nicht moralisch diskutieren, ich

- (A) möchte es auch nicht moralisch bewerten: Arbeit ist Arbeit und keine moralische Einheit!

(Beifall bei der LINKEN)

Das Bundesverfassungsgericht sagt in seinem Urteil, dass für ein menschenwürdiges Leben das materielle Existenzminimum und die soziale und kulturelle Teilhabe gewährleistet werden müssen. Diesem Grundsatz unserer Verfassung entspricht Hartz IV nicht! Konkret verstößt Hartz IV gegen Artikel 1 und 20. Es ist schon genannt worden, ich erspare es mir.

Das Verfassungsgericht bemängelt aber auch ganz erhebliche Verfahrensfehler und gesetzgeberische Willkür bei der Festlegung der Regelsätze. Hier wäre ganz deutlich die FDP mit einem sehr konstruktiven Vorschlag gefordert. Ich sage ganz bestimmt nicht noch einmal, was ich als Zwischenruf gesagt habe – ach, ich sage es doch: Warum wurde die Mehrwertsteuer zum Beispiel für das Hotelgewerbe halbiert und nicht für die sehr wichtige Kinderbekleidung, für Bücher oder auch Bonbons aus Schokolade? Kinder leben nicht allein von gesunder Ernährung.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Das bedeutet, dass auch besondere Bedarfe berücksichtigt werden müssen. Kinder haben besondere Bedürfnisse. Sie sind keine kleinen Erwachsenen, sondern für sie ist eine gesunde Ernährung doppelt wichtig. Das steht nicht in einem Widerspruch zu meiner Forderung nach Bonbons. Sie brauchen Windeln, Spielzeug, Kinderbücher und vieles mehr.

Das Bundesverfassungsgericht ist der Meinung, dass der Gesetzgeber Möglichkeiten haben muss, die Bedarfe von Kindern separat zu erheben, Kollege Frehe, das sehe ich genauso wie Sie! Stattdessen bekommen Kinder seit 2005 60, 70 beziehungsweise 80 Prozent der Regelsätze für Erwachsene. Das führt zum Beispiel zu der Absurdität, dass Kleinkinder Teilbeträge für – es ist einiges aufgezählt worden, aber mich hat es beeindruckt – Nachrichtenübermittlungen bekommen, ihre Windeln aber nicht im Regelsatz enthalten sind.

Im Land Bremen leben 67 000 Kinder, davon sind zirka 28 000 Kinder auf Sozialleistungen angewiesen. Dies sind Zahlen aus 2007, deren Tendenz steigend ist. In der Stadt Bremen sind es ungefähr 30 Prozent, in Bremerhaven ungefähr 40 Prozent der Kinder. Bremerhaven steht damit an der Spitze der Negativrankliste zur Kinderarmut, was wir in der letzten Bürgerschaftssitzung diskutiert haben. Kinderarmut bedeutet nicht nur materielle Armut, sondern sie bringt auch erhöhte Gesundheitsgefährdungen, verminderte Bildungschancen und schlechtere Entwicklungsmöglichkeiten mit sich. Die Regelsätze für Kinder werden bis Ende des Jahres neu berechnet werden müssen. Uneinigkeit herrscht darüber, welche Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts folgen sollten. Hier sind wir alle gefordert, die es ernst meinen, wenn ich jedes Wort hier auf die Waagschale lege, das ist bedeutend mehr.

- (C) Die Sozialsenatorin schlägt ein Kindergrundkommen vor, das alle Kinder bekommen sollen. Wir bevorzugen stattdessen die Einführung einer bedarfsdeckenden Kindermindestsicherung, die das Familieneinkommen berücksichtigt, ich sage noch einmal, das Familieneinkommen berücksichtigt!

(Beifall bei der LINKEN)

Kinderarmut ist die Folge von Elternarmut. Dabei sollen Sozialleistungen nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern das Geld soll dort ankommen – Entschuldigung, ich habe Sie klingeln hören, ich brauche aber noch ein bisschen! –, wo es am meisten gebraucht wird. Dafür müssen die Leistungen bedarfsorientiert und altersgerecht erhoben werden.

Die verbalen Ausfälle und Diffamierungen von Erwerbslosen durch den Vizekanzler übergehe ich hier, Sie kennen es alle, dann spare ich auch Zeit.

Wir müssen weg von bevormundenden Gutscheinen und Sachmittelleistungen hin zu einem ganzheitlichen, befähigenden und würdigen Sozialrecht. Das heißt für uns: Weg mit Hartz IV!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern eine erwachsenen- und kindgerechte Sozialgesetzgebung! – Ich danke für die Aufmerksamkeit! Pardon, es ist länger geworden!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Urteil und Begründung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar dieses Jahres sind klar und eindeutig ein Auftrag an die Politik, hier transparente und nachvollziehbare Regelungen für die Gestaltung der Regelsätze zu schaffen. Ich begrüße das Urteil. Es war auch ein Stück weit Bestätigung für die Bremer Initiativen, die wir in den letzten Jahren auf Bundesebene auf den Weg gebracht haben.

Wir haben insbesondere den Kinderregelsatz immer als problematisch angesehen, er muss nachvollziehbar errechnet werden. Wir haben deutlich gemacht, dass die bisherigen Leistungen insbesondere für Kinder – ich will das noch einmal deutlich sagen – nicht ausreichend sind. Das Urteil ist gut. Was allerdings derzeit in der Debatte durch das Land rauscht und hier ins-

(D)

- (A) besondere ausgelöst und immer wieder befördert wird durch die Bundes-FDP, ist alles andere als gut.

Nein, meine Damen und Herren, das Ausspielen von Bevölkerungsgruppen gegeneinander bringt uns nicht weiter! Hier die Tüchtigen, da die Faulen – das hilft nicht! Auf der einen Seite die Leute, die das Geld in die Kasse einzahlen, auf der anderen Seite diejenigen, die das Geld angeblich in den Schnapsladen tragen: Wer so grob zuspitzt, wer so übel verallgemeinert und polemisiert, spaltet unser Land, der treibt einen Keil in die Gesellschaft!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Das finde ich einfach schäbig!

Ich will noch einmal besonders auf das eingehen, Herr Dr. Möllenstädt, was Sie uns hier geboten haben, denn das ist schon etwas Besonderes. Sie kommen sozusagen aus der Tiefe des Raumes, um in die Offensive zu gehen und davon abzulenken, wie die Debatte zurzeit in der Bundespolitik geführt wird. Sie sagen, Sie seien an der Seite des Bürgers, und schaffen im Grunde Gesetze für die Besserverdienenden. Wenn Sie von Bürgergeld sprechen, meinen Sie damit staatlich subventionierte Löhne, nichts anderes ist das, was Sie an dieser Stelle im Kopf haben. Was uns wirklich weiterhilft, sind nicht diese populistischen Aktionen. Uns helfen Jobs, von denen Menschen auch leben können.

(B)

Da bin ich bei dem Thema Mindestlohn. Durchaus mit Sympathie bin ich dem Redebeitrag des Abgeordneten Bartels gefolgt. Warum aber ziehen Sie nicht die logische Konsequenz? Sie reden hier von Lohnabstandsgebot. Was da hilft, ist wirklich ein Mindestlohn. Wir haben in 20 Ländern der Europäischen Union mittlerweile einen Mindestlohn und können nicht davon sprechen, dass dort eine immens höhere Arbeitslosigkeit besteht oder Jobs weggefallen sind. Wir müssen uns auf einen Mindestlohn hinbewegen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bitte Sie alle, vom Bremspedal zu gehen, denn der Weg in den Niedriglohnsektor ist ganz einfach der Falsche. Ich will in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, wir brauchen eine Regulierung der Leiharbeit, damit diese nicht die reguläre Beschäftigung verdrängt. Auch das ist eine Aufgabe, die wir von Bremen aus angegangen sind und auch weiter vorantreiben werden.

Meine Damen und Herren, was hier höchsttrichterlich noch einmal deutlich geworden ist, ist die Tatsache, dass wir uns noch mehr um die Kinder kümmern müssen, und zwar um alle Kinder. Ich bin deswegen dafür, dass wir die grundlegenden Ungerech-

tigkeiten bei der staatlichen Unterstützung von Kindern beseitigen.

(C)

(Zuruf)

Warten Sie doch einmal ab! Sie wissen doch ganz genau, dass im Grunde in den Familien, in denen Eltern keine Arbeit haben, wo Mütter keine Arbeit haben, das Armutsrisiko der Kinder natürlich steigt. Das ist doch der Zusammenhang, der vorliegt! Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein, ganz gleich, ob es bei arbeitslosen Eltern aufwächst oder in einem Haushalt von gut verdienenden Eltern. Das muss unser Ziel sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Unruhe bei der FDP)

Deswegen, denke ich, braucht es eine weitergehende Sicht. Vielleicht interessieren Sie sich einmal dafür, welche Vorschläge auf den Tisch kommen! Möglicherweise sind Sie ja auch einsichtsfähig und haben die Gelegenheit, nicht nur uns die Diskussion anzubieten, sondern darüber nachzudenken, was hier von klugen Leuten weitergedacht wird, wie man weitergehen kann, um hier eine Gerechtigkeit für Kinder und Familien in unserem Land herzustellen.

Da ist, denke ich, eine Lösung, etwas weitergehend, ein Kindergrundeinkommen. Mit diesem Kindergrundeinkommen würde jedem Kind ein bestimmter Betrag zur Verfügung stehen, und wer kein eigenes Einkommen hat, kann damit das, was sein Kind braucht, auch finanzieren. Jeder muss den Betrag versteuern, und je nach Einkommenshöhe verbleibt das Geld bei der Familie. Insofern bedeutet dies also auch über die Steuer eine Gerechtigkeit. Nach den Berechnungen der Wohlfahrtsverbände könnte ein Kindergrundeinkommen finanziert werden, wenn zum Beispiel auf der anderen Seite das Kindergeld, das Ehegattensplitting sowie alle weiteren Kinderzuschläge ersetzt würden. Das, und dafür sind Sie doch zu haben, meine Herren von der FDP, würde ganz nebenbei noch einen enormen Bürokratieabbau bedeuten, und wir hätten hier wirklich eine gerechte Unterstützung für die Kinder.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meiner Meinung nach müssen wir alles daransetzen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu verhindern und notwendige Reformen von Hartz IV auf den Weg zu bringen.

Die Frage der Hartz-IV-Regelsätze bringt mich zu der Frage, wie unsere Gesellschaft von morgen aussehen soll, und daran anknüpfend, wie Bremen und Bremerhaven in Zukunft aussehen sollen? Dazu sage ich eines ganz klar: Wir brauchen eine solidarische Stadtgesellschaft, und damit diese auch Wirklichkeit wird, müssen wir das tun, was wir begonnen haben.

- (A) Wir müssen Kurs halten, wir müssen weiter entschlossen den eingeschlagenen Weg gehen. Wir müssen diesen Kurs, zu dem Investitionen in die Kindertagesstätten, ein kostenloses Mittagessen, Förderprogramme für Menschen auf Jobsuche, Schulen und Hochschulen gehören, weitergehen. Zu diesem Kurs gehören natürlich auch Investitionen, die hier vor Ort bestehende Arbeitsplätze sichern und neue entstehen lassen.

Deswegen noch einmal: Lassen Sie uns gemeinsam hier diesen Weg weiter voranbringen! Ich bin ganz sicher, dass wir hier mit der rot-grünen Regierung weiter daran arbeiten werden, dass uns die solidarische Stadtgesellschaft gelingen wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Nationaler Qualifikationsrahmen für Deutschland – Auswirkungen auf Bremen

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009
(Drucksache 17/972)

- (B) Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Othmer. Die Beratung ist eröffnet.
Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nationaler Qualifikationsrahmen, Europäischer Qualifikationsrahmen – liebe Kolleginnen und Kollegen, einmal ehrlich: Das klingt irgendwie wie eingeschlafene Füße und nicht wie eine Vision und Herausforderung im Zusammenhang mit dem zusammenwachsenden Europa. Genau darum aber geht es in Wirklichkeit! Der Europäische Qualifikationsrahmen wurde 2008 in der Europäischen Union beschlossen und verfolgt die Kernziele Förderung der Mobilität und Anerkennung gleichwertiger Abschlüsse in der Europäischen Union unabhängig davon, wie sie erworben wurden.

(Präsident **W e b e r** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Kernziel ist auch, lebenslanges Lernen zu fördern und zu bewerten, was jemand tatsächlich gelernt hat und kann, und nicht, wo und wie und wie lange jemand etwas gelernt hat, also weg von der Income-Orientierung hin zur Outcome-Orientierung.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (C) Ähnlich wie im Bologna-Prozess soll für das gesamte Bildungssystem, angefangen von der Schule über die duale Ausbildung, Fachschulausbildung, Hochschule, Weiterbildung, lebensbegleitendes Lernen ein System geschaffen werden, das auf Credit Points beruht und die Lernergebnisse und erworbenen Kompetenzen auf europäischer Ebene vergleichbar macht.

Ausgangspunkt für diesen Prozess war die EU-Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000, bei der entschieden wurde, dass die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden soll. Dies wurde für die berufliche Bildung 2002 in Kopenhagen und jetzt mit dem Prozess Europa 2020 abermals bestätigt und fortgeschrieben.

Was beinhaltet nun diese Vereinbarung, die ich für unverzichtbar halte? Sie beinhaltet, dass wir einmal mehr Mobilität in Europa brauchen, gegenseitige Anerkennung und Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Vor dem Hintergrund, dass Unternehmen immer mehr global arbeiten, müssen wir deshalb auch unseren Bürgerinnen und Bürgern verbesserte Chancen bieten, auf dem internationalen Markt einen Arbeitsplatz zu bekommen.

- (D) Was ist nun konkret geplant? Es ist geplant, bis 2010 die nationalen Qualifikationssysteme in Relation zu den europäischen zu setzen. Es soll in Einklang mit den Landesgesetzen gebracht werden, und bis 2012 sollen alle neuen Qualifikationsbescheinigungen – also Abitur und was es alles gibt – in Einklang mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen gebracht werden. Genau das ist eine Herkulesaufgabe, weil es gerade bei Bildungssystemen immense kulturelle Unterschiede gibt. Im deutschsprachigen Kulturraum haben wir ein anderes als im angelsächsischen Raum.

Die Europäische Union legt aber das angelsächsische zugrunde, deswegen gibt es noch eine Menge offener Fragen zu klären, zum Beispiel: Welche Bedeutung wird künftig das deutsche Beruflichkeitsverständnis in der dualen Ausbildung gegenüber dem angelsächsischen Kompetenzverständnis haben? Gerade die Sozialpartner haben jede Menge Fragen. Es tangiert am Ende im Übrigen auch Tariffragen. Welche europäischen Kompetenzniveaus werden der dualen Berufsausbildung zugeordnet? Es gibt acht verschiedene in der Europäischen Union. Man unterhält sich darüber, ob es drei, fünf oder sechs sind. Welches ist es denn?

In Deutschland kümmert man sich gegenwärtig in erster Linie um die formalen Abschlüsse Schule, duale Ausbildung, Hochschule. Aber welche Bedeutung wird die Weiterbildung und das lebenslange Lernen haben? Das ist in dem Zusammenhang völlig ungeklärt. Es sind auch Fragen, die uns besonders wichtig sind. Was ist zum Beispiel mit interkultureller Kompetenz, gelebter Toleranz, Demokratieverständnis, das gerade im internationalen Zusammenhang eine immer größere Herausforderung ist und eine größere Bedeutung für Bildungssysteme hat?

(A) Von daher ist es gut, dass der Senat jetzt einen Bericht der Bürgerschaft vorgelegt hat. Aus meiner Sicht ist es ausdrücklich ein erster Bericht, weil wir bei der gesamten Entwicklung erst am Anfang stehen. Es ist gut, dass sich der Bremer Senat aktiv in diesen Prozess einmischt, denn wir müssen diesen Prozess im Interesse der Arbeitsmarktchancen der Bürger und Bürgerinnen gestalten.

Von daher würde ich mir sehr wünschen, weil das ja auch augenblicklich sehr im Prozess ist und Ergebnisse für 2010 zu erwarten sind, dass der Senat Ende des Jahres oder Anfang nächsten Jahres der Bürgerschaft wieder einen Folgebericht vorlegen wird, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir diese Fragen hier auf der Agenda haben. Über den Bologna-Prozess wird in letzter Zeit viel diskutiert, aber für die anderen Bildungssysteme steht uns diese Diskussion noch bevor. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

(B) Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der gegenwärtigen Debatte wollen wir natürlich auch aufzeigen, welche Chancen es zukünftig in unserem Bildungssystem gibt. Im Jahr 2008 haben sich das Bundesbildungsministerium und die Kultusministerkonferenz darauf verständigt, dass wir einen Deutschen Qualifikationsrahmen erstellen wollen. Ausgangspunkt, Frau Schön hat es schon gesagt, ist der Europäische Qualifikationsrahmen. Diese Regelungen sollen in nationale Regelungen umgesetzt werden. Bei der Erarbeitung sind alle Einrichtungen beteiligt: Hochschulbildung, berufliche Bildung, Sozialpartner und sonstige Experten aus der beruflichen Bildung.

Bis zum Jahr 2012 soll in den jeweiligen Zeugnissen darauf verwiesen werden, welche Qualifikationsstufen erreicht wurden, das heißt, es soll von Europa aus acht Niveaustufen im deutschen Qualifikationsrahmen geben, und er beschreibt die jeweiligen Kompetenzen für die Erlangung dieser Qualifikationen. Ich kann Beispiele nennen: Eine Berufsausbildung als Groß- und Einzelhandelskaufmann soll auf die Niveaustufe fünf gesetzt werden, der Handwerksmeister eventuell die Stufe sechs erhalten, dies entspricht dem heutigen Bachelor-Abschluss. Aber wie gesagt, da sind noch ungeklärte Fragen, es gibt auch noch Auseinandersetzungen, das ist natürlich klar. Berufsverbände und Wissenschaftler melden sich, und es muss eben abschließend geklärt werden.

Die Einordnung selbst wird über eine dreigeteilte Qualifikationsgliederung erarbeitet. Das sind Fachkompetenz in Form von Wissen und Fertigkeiten sowie personale Kompetenz und schließlich auch die Sozialkompetenz. Nach der bisherigen Abstimmung,

was wir im Ausschuss Handel zum Beispiel gehört haben, soll die Sozial- und Selbstkompetenz nach mehrheitlicher Meinung zusammengefasst werden. Hier hat Bremen eine andere Rolle gespielt und mit anderen Bundesländern eine andere Auffassung vertreten. Nach Bremer Sicht sollten vier Säulen eingerichtet werden, denn die Sozialkompetenz richtet sich mehr nach außen, und die Selbstkompetenz richtet sich eher nach innen.

Meine Damen und Herren, da ist noch sehr viel Arbeit zu leisten. Für uns kommt es vor allem darauf an, dass es zukünftig keine unverbundenen Module wie zum Beispiel in Großbritannien gibt, sondern, wenn es Module geben sollte, sollten diese in einem Berufsbild zusammengefasst werden, denn letztlich bedeutet dies auch die Einstufung und auch die Orientierung bei Tarifverhandlungen. Wir wollen auf jeden Fall, dass es die Durchlässigkeit gibt und die berufliche Ausbildung ihre gleichberechtigte Anerkennung gegenüber der Hochschulbildung erlangt.

(Beifall bei der SPD)

Die Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens bietet für uns die Chance, dass wir in Deutschland das Prinzip erhalten, wichtig ist, „was“ jemand kann, und nicht, „wo“ er es gelernt hat, denn für uns darf Wissenschaftlichkeit nicht nur vom Ort der Erlangung abhängen. Wir erwarten, dass die Beruflichkeit und dass die duale Berufsausbildung bei dem ganzen Prozess nicht gefährdet wird. Wir müssen uns deshalb alle in diesen Prozess einklinken und die Chance nutzen, das Bildungssystem noch durchlässiger zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns muss der berufliche Bildungswert den gleichen Wert erhalten wie die akademische Bildung. Wichtig ist dafür bei uns, dass das jeweilige Branchen-Know-how über Beruf und Kompetenzen in den ganzen Prozess mit einfließt und dass es auch eine gute Qualitätsdebatte gibt.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, wir haben viele Chancen mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen, und wir sollten offensiv den ganzen Prozess unterstützen, uns einklinken. Wir erwarten natürlich vom Senat, dass er uns laufend berichtet, damit wir diesen Prozess auch aktiv begleiten können. – In diesem Sinne vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

(C)

(D)

- (A) **Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)*):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich kurz fassen. Auch die liberale Fraktion begrüßt Anstrengungen mit dem Ziel der Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens unter Bezugnahme auf den europäischen Qualifikationsrahmen. Es ist hier bereits in den beiden vorhergehenden Beiträgen ausgeführt worden, welche Anstrengungen notwendig sind, um einen solchen abgestimmten Qualifikationsrahmen zu entwickeln. Er kann Bezugspunkt sein, um die Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Qualifikationen darzustellen und sicherzustellen. Insofern ist das sicherlich etwas, was auch von unserer Seite zu begrüßen ist.
- Die Frage ist allerdings, Frau Kollegin Schön, nachdem wir diese Mitteilung des Senats bekommen, die sich in der Tat, um in Ihren Worten zu bleiben, etwas liest wie eingeschlafene Füße, ob sich dieses Thema, sie ist ja recht technokratisch an einigen Stellen formuliert und strömt anders, als es Ihre Intention bei Ihrem Redebeitrag war, nicht die flammende Begeisterung für eine europäische Bildungsoffensive aus. Ich glaube, es ist sehr richtig, dass wir hier über dieses Thema diskutieren, um dies Thema vielleicht auch aufzuwerten.
- Präsident Weber:** Herr Kollege Dr. Möllenstädt, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Schön?
- (B) **Abg. Dr. Möllenstädt (FDP):** Ja, selbstverständlich gern!
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Schön!
- Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Dr. Möllenstädt, nur zur Richtigstellung: Ich habe gesagt, der Begriff liest sich wie eingeschlafene Füße, nicht die Senatsmitteilung!
- Abg. Dr. Möllenstädt (FDP):** Frau Kollegin, ich habe mich auch ausdrücklich auf Ihre Diktion bezogen, nicht auf den Inhalt Ihrer Rede, insofern vielen Dank für die Klarstellung! Es ist sicherlich zu begrüßen, dass man diesen doch etwas technokratisch anmutenden Begriff und auch manche Ausführungen, die Bemerkung sei gestattet, aus der Mitteilung des Senats an dieser Stelle mit Leben füllt und tatsächlich da auch eine lebendige Debatte daraus erwachsen lässt. Ich finde es gut, dass Anstrengungen unternommen worden sind, um einen nationalen Qualifikationsrahmen zu entwickeln, aber es liegt jetzt auch natürlich ein Stück weit an uns, aber auch an praktischen Akteuren im Bildungswesen, den Nutzen aus diese nationalen Qualifikationsrahmen tatsächlich auch zu ziehen und auch zu kommunizieren. Wenn das das Ziel der
- Anmeldung dieser Debatte war, kann ich das nur unterstützen und unterstreichen. – Vielen herzlichen Dank!
- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.
- Abg. Beilken (DIE LINKE)*):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Den Deutschen Qualifikationsrahmen mit den EU-Qualifikationsrahmen in Einklang zu bringen, ist selbstverständlich und naheliegend, und ich kann mir auch vorstellen, wie Kollegin Schön sagt, dass es eine Herkulesaufgabe ist, und wenn wir das hier begleiten, dann indem wir auch auf diese Dinge hinweisen, und das kam auch bei Herrn Brumma vor, bei Frau Schön auch, dass es bestimmte Probleme gibt. Das ist die Frage des Beruflichkeitsverständnisses. Ich finde, das Berufsverständnis hat etwas Ganzheitliches. Wir wissen alle, dass das etwas sehr Prägendes hat.
- Heute Morgen hatten wir eine tragische Variante, in dem beim neuen Hafensenator nachgefragt wurde. Man kann es auch übertreiben, aber es ist doch ein wichtiger Punkt, und damit sind wir gut gefahren. Die duale Ausbildung lebt davon, ich habe selbst auch eine solche Ausbildung durchlaufen, und da kommt ganz viel soziale Kompetenz und dergleichen und ein ganzheitliches Verständnis von älteren Generationen zu jüngeren Generationen. Das wird über das Berufsverständnis weitergegeben, und das haben wir eigentlich ein Stück weit im Ergebnis dem angelsächsischen Raum bis jetzt voraus, namentlich den USA, soweit ich weiß, wo jeder nur solche Module hat, was er gerade einmal irgendwo improvisiert hat. Das hat auch sein Gutes. Davon wollen wir etwas übernehmen.
- Das Erhalten der Beruflichkeit, das klang bei Herrn Brumma auch durch, wollen wir als LINKE auch, und wir sehen hier in der Senatsantwort leider nicht, dass sich hierfür eingesetzt wird. Es ist nur ein Satz, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Der Senat sieht den Deutschen Qualifikationsrahmen als Chance, das Qualifikationssystem transparenter zu machen und damit einen Beitrag zur Mobilität in Europa zu leisten.“ Das ist die Überschrift des Ganzen. Das bringt nicht die Intentionen in den Fragen, die wir hier gerade diskutiert haben, die eben brenzlich sind, und da erwarte ich mir beim nächsten Bericht etwas mehr Klarheit. Wenn wir das zwischendurch im geeigneten Ausschuss oder in der geeigneten Deputation diskutieren – ich glaube, die Bildungsdeputation wäre hier richtig –, würde ich es sehr begrüßen und eventuell auch eine Initiative dazu ergreifen. – Danke!
- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ravens.

*) Vom Redner nicht überprüft.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Abg. **Ravens** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es auch kurz machen. Frau Kollegin Schön hat wunderbar alles erklärt, was EQR und DQR bedeutet, auch meine Vorredner alle, so kann ich mir das ersparen. Das war ein langer Weg. Ich könnte jetzt sagen: Es geht doch! Europa wächst zusammen, auch in der Bildung! Das war ein langer Prozess. Ich habe da noch einmal in meinen Akten geschaut, ich bin schon ein paar Tage dabei, und habe gemerkt, dass der jetzige Präsident das erste Mal von Europa in einer Berufsbildungsdebatte mit mir gesprochen hat, solange war das schon her, da waren Sie Visionär,

(Abg. **Tschöpe** [SPD]: Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen!)

dass wir europäisch denken müssen, obwohl das damals noch EG und EWG hieß.

Dann habe ich mit Herrn Nalazek, Ihrem früheren Kollegen, eine Große Anfrage zu diesen Thema im Juli 2005 gestellt. Wir haben eine umfassende Antwort darauf bekommen, die sich eigentlich jetzt in der Antwort des Senats widerspiegelt. Alles, das wir gefragt haben, ist dort mit beantwortet worden. Wir haben damals übrigens nicht diskutiert, weil uns die Antwort so gut vorkam, dass wir sagten, wir verzichten auf eine lange Debatte. Es ist alles gesagt, was wir wollten.

(B) Dann ist dieses Thema, Einstufung beruflicher Bildungsgänge, bereits auch im August 2009, wie ich hier sehe, im Ausschuss „Berufliche Bildung“ der Deputation für Bildung behandelt worden. Das ist ja eigentlich quasi so der Vorläufer dieser Antwort gewesen. Wir beschäftigen uns also nicht zum ersten Mal mit dem Thema und auch wahrscheinlich nicht zum letzten Mal.

Ich weiß, als wir mit dieser Diskussion anfangen, hieß es, das schaffen wir nie! Bedenkenträger gab es ja immer. Wie sollen wir das zusammenführen? Frankreich hat eine vollschulische Ausbildung, wir die duale Ausbildung. Wir haben gesagt, unsere Ausbildung ist besser. Ich glaube es auch wirklich, dass duale Ausbildung besser ist, auch aus Bremer Sicht, das muss man ja auch einmal sagen, heute heißt es ja neudeutsch Benchmarking, ich sage immer Vergleichbarkeit, auch mit anderen Bundesländern sind wir ganz vorn. Die duale Berufsausbildung in Bremen ist ganz hervorragend, und da nenne ich nicht nur die Betriebe, sondern auch die Berufsschulen, die eine ganz hervorragende Arbeit machen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Aus diesem Grund unterstütze ich ganz besonders Herrn Brummas Aussage. Bitte lassen Sie uns alle daran arbeiten – ich glaube, hier gibt es gar keine Meinungsunterschiede –, dass die berufliche Bildung

*) Vom Redner nicht überprüft.

bei diesem ganzen Programm, was noch vor uns liegt, nicht untergeht. Ich sage immer: Bei mir fängt das Leben nicht mit dem Abitur, mit der Hochschulbildung an, sondern für mich ist jemand, der im Blauermann herumläuft genauso viel Wert wie im blauen Kittel.

(Beifall)

Dass das ab 2012 in allen Zeugnissen steht, kann ich mir ersparen, das hat Frau Schön schon gesagt.

Dann habe ich doch noch eine große Bitte, ich glaube, das haben Sie auch angesprochen: die modulare Ausbildung! Das ist ja solch ein Steckenpferd von mir gewesen, solange ich hier im Parlament bin, das wissen Sie, das wurde früher immer belächelt und gefragt, wie man das machen soll. Ich weiß auch, dass die Kammern nicht so sehr dafür sind, aber ich finde, man kann nicht immer Rücksicht auf Verbände und Kammern nehmen. Wir sind Politiker und sollen gestalten, und ich glaube, was Europa anbelangt, werden wir eine Vergleichbarkeit nur schaffen, wenn wir die modulare Ausbildung einführen. Was soll es denn sonst heißen, wenn wir sagen, wir können über Ländergrenzen hinweg eine Ausbildung machen? Das geht dann nur mit Modulen. Wenn jemand eine Ausbildung als Kfz-Schlosser hier in Bremen macht und sagt, ich möchte jetzt ganz gern einmal nach Brüssel oder sonst wo hingehen, dann geht das nur, indem man sagt, man hat gleichwertige Ausbildungsmodule auch in anderen Ländern. Aus diesem Grund würde ich die Senatorin bitten, in der Arbeitsgruppe, in der wir mitwirken, immer darauf hinzuwirken, dass wir eine modulare Ausbildung bekommen.

Es wurde über Qualität gesprochen. Ich muss einfach einmal loswerden, das ist jetzt aber mein Empfinden, dass ich es unmöglich finde, und das muss ich Ihnen vorlesen, es betrifft übrigens uns Bremerhavener, da stand im „Sonntagsjournal“: KLA, Kaufmännische Lehranstalten heißt das bei uns, übrigens ein schreckliches Wort, Frau Böschchen,

(Abg. **Frau Böschchen** [SPD]: Alles Anstalten!)

Lehnanstalten! Vielleicht sollten wir einmal in Bremerhaven versuchen, dass wir nicht mehr Anstalten sagen, sondern Berufsschulen. Also: Die KLA wollen neue Wege im Unterricht gehen, und da haben Bildungsexperten gesagt, in der Benotung bestehe Handlungsbedarf. Jetzt kommt es, ich weiß nicht, wie gut es draußen ankommt. Es muss nicht ständig auf die Fehler geschaut werden, sagte der Herr Herold, vielleicht müsste es die Möglichkeit geben, Defizite durch Engagement zu kompensieren. Das ist alles in Ordnung. Wenn es nach Karl Hermann Meier geht – den kenne ich zwar nicht –, der in der KLA für neue Wege in der Unterrichtsgestaltung zuständig ist, soll-

(C)

(D)

- (A) ten Schlüsselqualifikationen wie soziale Kompetenz und Eigenverantwortung keine Schlagwörter mehr sein. Da laufen Sie bei mir offene Türen ein.

Jetzt aber kommt es! „In der Einzelhandelsklasse der KLA“ – ich will einmal den Namen der Lehrerin weglassen – „wird bereits nach den neuen Konzepten gearbeitet. Es gibt einen Punktekatalog. Wessen Handy zum Beispiel nicht im Unterricht klingelt, bekommt Pluspunkte, oder derjenige, der seine Arbeitsmaterialien dabei hat, was auch den Mitschülern zugute kommt, bekommt auch Pluspunkte.“ Ich will das einmal so im Raum stehen lassen. Das hat also mit Qualität wenig zu tun, weil wir den Deutschen Qualitätsrahmen jetzt kreieren wollen. Ich will das einfach einmal so sagen, vielleicht sollten wir darüber noch einmal nachdenken, nicht dass einer im Schockoschaumkuss-Wettessen 20 Punkte hat und dann die Abschlussprüfung schafft!

Lassen Sie mich zum Schluss noch um eines bitten, und zwar es ist auch so – von mir aus können Sie das so sagen – mein Steckenpferd! Ist es aber nicht, weil ich dies bereits seit 2001 hier vortrage: Wenn wir aber über den DQR, den Deutschen Qualitätsrahmen, sprechen, gehört das dazu, und jetzt spreche ich für die Berufsschulen, und die sind gut in Bremen. Jetzt – auch da, weiß ich, ist von der Kammer leider niemand da – erzeuge ich wieder böses Blut, aber ich sage es noch einmal: Wir haben es 2001 – die drei Fraktionen CDU, SPD und die Grünen – unterschrieben. Damals war Herr Böhrnsen noch Fraktionsvorsitzender, und Frau Linnert war Fraktionsvorsitzende der Grünen. Ich habe damals gesagt, Einbeziehung der berufschulischen und betrieblichen Leistungen in die Abschlussprüfung der Kammern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich jetzt lese, Frau Jürgens-Pieper, auf der 328. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 10. September 2009, das ist die Pressemitteilung, die ich habe, es steht an einem Punkt hier, künftige Stellungen der Berufsschulen in der Berufsausbildung, da steht dann: „Die Kultusministerkonferenz hat die Bedeutung und künftigen Aufgaben der Berufsschulen als wesentliche Säule der dualen Berufsausbildung betont“. Da kann man nur sagen Beifall! „Im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft der Lernorte Berufsschule und Betrieb fordert die Kultusministerkonferenz, dass die in der Berufsschule erbrachten Leistungen bei der Berufsabschlussprüfung angemessen berücksichtigt werden. Zur Durchlässigkeit im Bildungssystem müssen Abschlüsse und nachgewiesene Teilleistungen der beruflichen Bildung bewertet und auf Studiengänge, sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen angerechnet werden.“ Meine Damen und Herren, dies sollten wir unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns auf den Weg machen zu einem guten Deutschen Qualifikationsrahmen. Ich würde mich wirklich freuen, wenn das vielleicht bis zum nächsten Jahr endlich einmal vollzogen ist, nicht – ich möchte noch einmal viereinhalb Jahre hier sein –, dass ich nach 40 Jahren im Parlament sage, es ist immer noch nicht erreicht. Vielleicht können die Senatoren kräftig daran arbeiten, dass wir das, was wir 2001 einmal wollten – die drei großen Fraktionen, die damals im Haus waren – umsetzen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt haben wir reichlich Stoff über den Deutschen Qualifikationsrahmen hinaus. Wenn ich auf den letzten Wortbeitrag ganz kurz eingehen darf, dann werde ich mich gern dafür einsetzen, ich will nicht verhehlen, dass ich das vor zehn Jahren in einer etwas anderen Rolle auch bereits in der Kultusministerkonferenz gemacht habe, bloß die allein ist in diesem Fall nicht zuständig, sondern das geht nach Berufsbildungsgesetz, und da sind die Schulminister immer diejenigen, die das fordern, und anschließend setzt es sich bei den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht durch, weil die Berufsschule nicht – obwohl sie der gleichwertige Partner sein soll – diese Stellung hat wie eben die betriebliche Seite.

Es ist aber offensichtlich ein dickes Brett, das es da zu bohren gibt. Wir sind da aber im Berufsbildungsgesetz und nicht in einem Schulgesetz oder in einem Länderrahmen. Wir wünschen uns das als für die Berufsschulen zuständigen Schulminister schon lange, dass das eine wichtigere Rolle spielt. Ich will aber auch nicht verhehlen, dass dies ganz gleich, welche Farbe das Bundesbildungsministerium hat, bisher nicht durchsetzbar war. Man mag sich fragen, wer da die größere Ausstrahlungskraft oder Macht in diesem Land hat.

Zu der Frage der Modularisierung, die vorhin angesprochen worden ist, die nicht unbedingt mit dem DQR verbunden ist, müssten wir auch eine gesonderte Debatte führen, denn das duale System geht von der Beruflichkeit und dem Berufsprinzip aus und widerspricht gerade der Modulbildung. Wir haben dazu auch schon längere Debatten, 20 Jahre bestimmt.

Die Frage ist, wollen wir vollständig von dem Berufsprinzip abrücken und die duale Bildung aufgeben? Wir sind eines der wenigen Länder, die so etwas machen. Wir wissen aber, die duale Bildung hat große Vorteile, weil sie die Schwellen von der Ausbildung in den Betrieb reduziert. Von daher denke ich, waren wir bisher sehr erfolgreich an dieser Stelle. Modularisierung ist nicht falsch, also Anerkennung von einzelnen Leistungen, da werden wir uns leicht

(A) einig, aber vollständig abzurücken vom dualen Prinzip, ist an dieser Stelle schwierig. Daher sollten wir uns dann auf die Berufe konzentrieren, die nicht dual sind. Da macht es sicherlich Sinn, so etwas zu machen.

Wir werden demnächst einmal wieder die Erzieherinnenausbildung diskutieren, da wäre mein liebstes Ziel auch eine Dualisierung, nämlich eine duale Berufsausbildung. Wenn das aber nicht geht, sollte man da zum Beispiel über solche Modulfragen und Anerkennungsfragen nachdenken, damit auch dieser Frauenberuf bessere Durchstiege hat. Das gilt übrigens gerade für eine ganze Reihe gerade von Gesundheitsberufen, bei denen das so ist.

Zurück zu der Frage der eingeschlafenen Füße. Der Name kommt nicht aus der Bildungsbehörde, der kommt – –.

(Abg. Frau T r o e d e l [DIE LINKE]:
Von den Orthopäden!)

Der kommt aus Europa, da geht es um den Europäischen Qualifikationsrahmen. Es ist in der Tat so, dass dieser als eine Empfehlung zunächst einmal an die Länder ausgesprochen worden ist, dass hier das lebenslange Lernen eine wichtige Rolle spielt, dass es eben diese grenzüberschreitende Mobilität in Europa geben kann. Das enthebt uns aber nicht, auch wenn wir jetzt einen Deutschen Qualifikationsrahmen in Ansätzen haben, natürlich trotzdem als Länder in Deutschland zu gestalten.

(B) Wir werden uns in nächster Zeit über das Zweite Hochschulreformgesetz unterhalten. Hier ist eigentlich die Zukunftsarbeit zunächst einmal zu leisten, damit wir wirklich die Verbesserung der Durchlässigkeit auch in dem Ländergesetz, in der Ländergestaltung hinbekommen, die Änderung der Zulassungsvoraussetzungen und viele andere Dinge. Daher ist es wichtig, dass wir einen solchen Qualifikationsrahmen haben, aber er verändert das vorhandene Bildungssystem erst einmal nicht, sondern das haben wir hier zu gestalten, und wir wollen das auch gern tun. Wir werden eine sehr starke Erweiterung des Hochschulzugangs bekommen, ich freue mich schon, das zu diskutieren, und ich finde, das ist dann die Arbeit, die eigentlich hier einem solchen Qualifikationsrahmen nachgehen muss oder sogar parallel laufen sollte.

Die Qualifikationen – das ist eben schon gesagt worden – sind nicht einfach einzubauen. Man hat versucht, vier Felder zu identifizieren, auf denen man dies einmal erprobt. Es wird sich zeigen, wie gut es gelingt, denn wir haben eine große Spanne. Vom einfachen Schulabschluss bis hin zur Promotion ist alles an Qualifikation in diesen acht schon genannten Stufen einzusortieren. Von daher wird es harte Kämpfe geben, auf welcher Stufe denn mein Beruf, meine Qualifikation, mein Abschluss anzusiedeln ist!

Man probiert das jetzt auf vier Feldern, Metall/Elektro, Handel, Gesundheit und IT-Bereich. Wir werden sehen, wie wir hier ein Stück vorankommen. Jedenfalls dauert es noch, das kann ich, glaube ich, schon voraussagen. Wir werden einmal sehen, wann wir die nächste große Debatte zu diesem Teil haben. – Herzlichen Dank erst einmal, dass wir uns hier jetzt einmal den Status quo vor Augen führen konnten!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/972, Kenntnis.

Klimaschutz- und Energieprogramm (KEP 2020)/ Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms nach § 13 des Bremischen Energiegesetzes

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2009
(Drucksache 17/1112)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ziel des Klimaschutz- und Energieprogramms 2020 für Bremen ist eine Reduzierung des CO₂-Verbrauchs um 40 Prozent gegenüber 1990. Das in dem Programm enthaltene Klimaschutzszenario macht deutlich, dass schon aus heutiger Sicht eine Reduzierung um 33 Prozent möglich erscheint. Wichtige Beiträge dazu leisten die Weiterentwicklung des Windenergiestandortes Bremen, der Ökostrombezug und die Regelung für die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude bei der öffentlichen Hand in Bremen. Wir werden sicherlich weitere Unterstützungen erhalten durch die Veränderung der Marktbedingungen, insbesondere durch die Einführung der CO₂-Zertifikate.

Wir als SPD werden dabei auch immer einen besonderen Blick auf die Beschäftigungswirkung dessen haben, was wir hier tun. Es zeigt sich zum Beispiel beim Thema Energieeffizienz, dass wir hier gerade für die Beschäftigungsentwicklung in Bremen Gutes tun, denn hier werden Arbeitsplätze im Handwerk in Bremen geschaffen und gesichert.

Die Stahlindustrie ist jedoch ein anderes Thema. Die Stahlindustrie steht im Weltmarkt, und hier werden wir in Bremen allein die Probleme des CO₂-Ausstoßes der Stahlindustrie, der Stahlwerke in Bremen

(C)

(D)

(A) nicht lindern können, sondern hier braucht es nationale und europäische Strategien, um wirklich wirksam werden zu können.

Das Konzept zeigt auf, dass einen wichtigen Beitrag zur CO₂-Bilanz von Bremen auch die Abfallbehandlungsanlagen bringen. Dieser Beitrag ist in beiden Szenarien gleich gerechnet. Hier stellt sich die Frage, ob das wirklich so sein muss, ob es sein kann, dass die Abfallbehandlungsanlagen, letztlich die Müllverbrennung in Bremen, keinerlei Beitrag zur CO₂-Vermeidung mehr leisten können, auch wenn sie es teilweise auch schon dadurch tun, dass sie für die Energieerzeugung genutzt werden.

Ein wichtiges Thema für die Sozialdemokratie sind die Investitionshürden im Bereich der Mietwohnungen. Hier sind wir nach wie vor in einem Investitionsdilemma, weil die Anreize für die Vermieter nicht hoch genug sind beziehungsweise die Risiken durch die Weitergabe der Investitionskosten an die Mieter durch Mieterhöhung für die Mieter zu groß sind. Hier müssen wir weiter tätig bleiben, schauen, dass wir auf Bundesebene gerade auch die Mieterrechte stärken, aber auch schauen, was wir in Bremen tun, dass wir hier diese Investitionshemmnisse nicht erhöhen.

(B) Bremen ist mit diesem Klimaschutz- und Energieprogramm auf einem guten Weg, das hat auch die Diskussion in der Deputation für Umwelt und Energie gezeigt. Trotzdem, die Ziele scheinen erreichbar, aber sie bleiben eine Herausforderung, bei der wir nicht nachlassen dürfen. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute morgen haben Herr Dr. Möllenstädt und ich an einer Podiumsdiskussion im Rahmen von „Europa in your hands“ am Schulzentrum Utbremen teilgenommen. Einer der Themenkomplexe, über die wir diskutiert haben, war das Thema Klimaschutz. Wie geht es weiter nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen? Mir persönlich hat das gezeigt, dass das Thema Klimaschutz bei der Jugend angekommen ist, dass es dort sehr ernst genommen wird. Meine Damen und Herren, das werte ich als sehr gutes Zeichen, und es hat mir sehr viel Mut gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Fazit war, dass man trotz der Konferenz von Kopenhagen jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken darf, sondern erst recht in Sachen Klimaschutz in Europa, aber eben auch hier in Bremen weiter aktiv sein muss. Wir debattieren heute das Klimaschutz- und Energieprogramm 2020, und in ihm zeigt der Senat Maßnahmen für Bremen auf, die wir dringend brauchen, um das, wie ich finde, sehr ambitionierte, aber

(C) auch extrem wichtige und unumgängliche Ziel einer CO₂-Einsparung von 40 Prozent – immer im Vergleich zum Niveau von 1990 – bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Der vorliegende Bericht zeigt die unterschiedlichen Handlungsfelder auf. Die Zeit ist hier auf fünf Minuten beschränkt, deswegen kann ich nur schlagwortartig einige der Maßnahmen nennen: einmal Nutzung und Erzeugung von elektrischem Strom, Stromeinsparmaßnahmen, zum Beispiel auch in öffentlichen Gebäuden, aber eben auch die Erzeugung von erneuerbaren Energien. Wir haben hier schon öfter über das Thema Windkraft, Windenergie debattiert. Den Bau von Windkraftanlagen müssen wir weiter voranbringen.

Wir wollten – und das war heute Morgen auch schon einmal Thema – einen Offshore-Hafen, aber ich sage auch einmal, für die Realisierung wollen wir auch, dass die ökologischen Belange dort berücksichtigt werden. Ein großes Potenzial für die Energieversorgung liegt im Repowering, also in dem Ersatz von alten Windkraftanlagen durch neue. Ich habe letztes Jahr durchaus auch noch einmal gelernt, wenn wir das hier in Bremen machen wollen, müssen wir auch für mehr Akzeptanz vor Ort sorgen, und dazu gehört auch mehr Information und Beratung.

(D) Weiter zu nennen ist der Bau des Weserkraftwerks mit 42 Millionen Kilowattstunden, der Ausbau des Potenzials von Solarenergie – hier wünsche ich mir für Bremen eine Solarpotenzialanalyse –, der Bau eines Mittelkalorikkraftwerks, eines Gaskraftwerks, den Ausbau der Nutzung der Stromerzeugung aus den Müllverbrennungsanlagen, Nutzung der Fernwärme, weiterer Ausbau dort, die Kraftwärmekopplung und so weiter. Sie sehen, allein auf dem Gebiet der Stromerzeugung liegen hier in Bremen sehr viele Potenziale.

Weitere Handlungsebenen betreffen die energetische Sanierung des Gebäudebestandes. Hier möchte ich darauf hinweisen, wer vor zwei Wochen bei der Veranstaltung von „i2b“ in der Handwerkskammer mit über 300 Teilnehmern war, konnte dort erleben, was es zum einen für ein riesiges Potenzial an Energieeinsparungen in dem Bereich gibt, zum anderen aber auch wie lukrativ das für das örtliche Handwerk ist. An diesem Abend ist mir deutlich geworden, auch in den Diskussionen wurde es immer wieder angesprochen, wir müssen deutlich die Information, die Aufklärung und die Beratung weiter verbessern und ausbauen. Das ist extrem wichtig, denn nur wer die Möglichkeiten erkennt, kann auch angemessen handeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich könnte jetzt noch eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen nennen wie Klimaschutz im Hafen, Vernetzung im Wissenschaftsbereich, Maßnahmen wie ÖPNV-Ausbau, Carsharing im Verkehrsbereich. Ich glaube – und da schließe ich mich Herrn Denn-

(A) hardt an –, der Bericht macht deutlich, das Land Bremen hat schon viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, aber es stehen auch noch viele Herausforderungen an.

Auf zwei kritische Punkte möchte ich jetzt zum Schluss aber doch noch einmal eingehen. Ich glaube, das sind Punkte, über die wir hier auch in Zukunft weiter ausführlicher diskutieren müssen. Einmal hat Bremen, wenn man das CO₂ pro Kopf umrechnet, eine sehr schlechte Bilanz. Woher kommt das? Bremen ist ein begrenzter Standort mit mehreren Kohlekraftwerken, aber auch mit dem Stahlwerk – Herr Dennhardt hat es angesprochen –, was extrem energieintensiv und damit auch CO₂-reich ist.

Positiv ist – das möchte ich vorab sagen, weil beides privatwirtschaftliche Unternehmen sind, an die wir als Politik im Prinzip nur appellieren können –, dass die swb beschlossen hat, ihren Anteil an erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent auszubauen. Wir werden aber nicht um die Diskussion herumkommen, wenn wir hier an diesem Standort Gaskraftwerke und Mittelkalorikwerke bauen, dass wir damit natürlich auch lokal erst einmal mehr CO₂ produzieren. Ich glaube, es reicht nicht, wenn man sich dann zurücklehnt und sagt, wir haben aber in Windkraftparks in Ostdeutschland investiert. Ich glaube, wir müssen hier dann auch diskutieren, ob wir dann langfristig nicht auch überlegen müssen, Kohlekraftwerke als Kompensation für die wesentlich effizienteren Gaskraftwerke abzuschalten.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum anderen noch einmal zu den Stahlwerken, die derzeit mit 45 Prozent an dem gesamten bremischen CO₂-Ausstoß beitragen: Ich finde, es ist ein gutes Zeichen, dass ArcelorMittal – gerade letzte Woche ist es bekannt geworden – Millioneninvestitionen genehmigt hat, um zukünftig das Gicht- und Konvertergas zu nutzen. Das zeigt im Übrigen – um noch einmal auf die Debatte von heute Morgen zurückzukommen –, dass Ökologie und Ökonomie zusammengehören, dass es nicht heißt, hier ist die ökologische Kompetenz, und da ist die ökonomische Kompetenz; sie gehören zusammen. Es ist eine Win-win-Situation, Geld erst einmal in effektive Maßnahmen zu investieren, damit Energie und CO₂ einzusparen, langfristig Geld einzusparen und damit im internationalen Wettbewerb einen Standort- und Markt Vorteil zu haben. Das ist intelligente Umwelt- und Wirtschaftspolitik, und das begrüßen wir. Gleichwohl wird die Stahlproduktion weiterhin CO₂-intensiv sein, und daher müssen wir die Stahlwerke weiter fordern und auch politisch unterstützen, ihre Prozessabläufe zu optimieren und weiterhin effizienter zu gestalten.

Zum Abschluss möchte ich sagen, das Klimaprogramm 2020 ist ambitioniert, aber es ist zu leisten. Es ist allerdings kein „Nice-to-have“, sondern ein „Must-Programm“, denn die Klimauhr tickt. Eines ist

auch klar: Wir können uns jetzt nicht ausruhen und mit diesem Programm sagen, die Industrie wird es schon irgendwie regeln, das haben wir jetzt hier so beschlossen. Nein, jeder einzelne von uns muss und kann einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, um das Ziel von 40 Prozent CO₂-Einsparung zu erreichen. Nur wenn wir hier alle mitmachen, werden wir am Ende auch erfolgreich sein. – Herzlichen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns einig, Energieeffizienz ist ein wichtiger Beitrag, um CO₂ zu reduzieren. Wirtschaftlichkeit steht dabei an hoher Stelle, denn – wie Frau Dr. Schaefer zu Recht gesagt hat – Energie sparen lohnt sich. Man muss aber auch sehen –, und das hat Frau Dr. Schaefer eben in der Debatte auch angedeutet, und darauf möchte ich eingehen, dass Bremen ein Industriestandort ist, an dem eben viele Kompetenzen, aber damit auch eben Produktionsstandorte gebündelt sind. Ich möchte nicht sagen, dass sie uneffizient sein sollen, nein, sie müssen jeweils die besten und effizientesten Techniken einsetzen. Es ist gut so, wenn dann beim Stahlwerk Gichtgase gesammelt werden und nicht ungenutzt in die Umwelt gelangen, sondern ihr Energiegehalt auch genutzt wird. Das ist gut, das ist der richtige Weg, das ist zu unterstützen!

(D)

Was aber dann schwierig wird, ist zu sagen, wir müssen dann in Bremen als Kompensation Kohlekraftwerke abstellen. Ich frage mich, wo müssen wir die abstellen? Da, wo alte Anlagen laufen, die nicht erneuert werden können, die ineffizient sind! Ich habe nichts dagegen, wenn wir hier in Bremen die effizientesten Kraftwerke haben und Strom in andere Städte, in andere Orte in Norddeutschland exportieren. Ich glaube, da müssen wir endlich lernen, einmal über den Bremer Tellerrand hinauszublicken, denn wir kommen hier nicht umhin zu sagen, es ist etwas schwierig, eine Bremer CO₂-Bilanz zu ziehen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht darum zu sehen, wie die Gesamt-CO₂-Bilanz Deutschlands und Europas aussieht, wie da die Entwicklung ist und welchen Beitrag auch hocheffiziente Technik und hocheffiziente Kraftwerke in Bremen dazu leisten können.

Noch eine Sache: Wir sind voll dabei, wenn es um mehr Solarenergie geht, wenn es um mehr Windkraftenergie geht, aber wenn Sie zu Recht einfordern, Frau Dr. Schaefer, dass die ökologischen Belange bei der Offshore-Windkraftnutzung beachtet werden, fordern wir ebenso ein, dass die Belange der Anwohnerin-

(A) nen und Anwohner bei der Onshore-Windkraftnutzung beachtet werden. Das muss beides betrachtet werden!

(Beifall bei der FDP)

Es gilt, soziale, ökologische und ökonomische Belange und Interessen von Menschen abzuwägen und dann sinnvoll zu entscheiden. Das sind die Debatten, die wir über Windkraftstandorte und Repowering hier in Bremen, sprich das Ersetzen von nicht so leistungsstarken alten Anlagen durch stärkere, leistungsfähige neue Anlagen, führen müssen, damit es effiziente, aber eben auch die Belange der Menschen beachtende Lösungen gibt.

(Beifall bei der FDP)

Ansonsten – die Redezeit ist kurz – habe ich mir durchgesehen, welche Stichpunkte ich streichen musste, weil sie schon erwähnt waren. Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, der uns als FDP am Herzen liegt, der wichtig ist und sicherlich noch ein wenig Arbeit machen wird: die Landstromversorgung von Schiffen. Auch das ist ein wichtiger Punkt, um Energieeffizienz zu steigern. Es geht darum, einerseits den Schadstoffausstoß zu reduzieren, andererseits aber auch die Effizienz zu erhöhen. Ich denke, das ist möglich. Es gibt Bereiche der Schifffahrt, die das können. Es gibt Bereiche, die das nicht können. Es sollten alle irgendwann können. Wir treten deswegen dafür ein, dass dieser Teil hier in Bremen und Bremerhaven auch noch verbessert wird.

(B) Es ist so, wir müssen alle jeweils das tun, wo wir sind, um CO₂ zu reduzieren, auch wenn uns der Winter in dieser Heizperiode ab und an einen Strich durch die Rechnung macht. Es bleibt aber dabei, es ist der richtige Weg, und wir können nicht darauf warten, dass es global alle machen. Wir müssen Vorbild sein und hoffen, dass wir die anderen damit überzeugen können.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Klimaschutz- und Energieprogramm liegt vor, das Klimaschutzziele bis 2020 in Bremen definiert. Es ist völlig richtig, dass wir uns vornehmen müssen, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Das vorliegende Programm, die vorliegenden Szenarien sind jetzt bei 33 Prozent, das kann uns auf keinen Fall zufrieden machen, sondern man muss die

*) Vom Redner nicht überprüft.

40 Prozent auf jeden Fall erreichen. Das ist nicht mein Problem, ich finde diese Ziele vollständig in Ordnung.

(C)

Ehrlich gesagt habe ich von diesem Konzept deutlich mehr erwartet, weil es in meinen Augen viel zu viele Aufzählungen gibt, was man alles tun könnte, was man zur Verfügung hat, und eine lange Liste von Möglichkeiten aufzählt. Ich finde das auch gut, denn die lange Liste von Möglichkeiten zeigt meines Erachtens eindeutig, es gibt überhaupt kein technisches Problem mehr, den CO₂-Ausstoß in den Griff zu bekommen. Für jede oder ganz viele CO₂-Quellen haben wir längst Lösungen, von Energie sparen über Carsharing, Landstromversorgung und so weiter. Die technischen Möglichkeiten sind gegeben. Wir sind in der Verantwortung, diese technischen Möglichkeiten zu nutzen, um den CO₂-Ausstoß entsprechend zu reduzieren.

Dafür fehlt mir in diesem Programm ein Stück weit die Differenzierung und auch die Bewertung, die Gewichtung der Möglichkeiten, die man in den einzelnen Schwerpunkten hat. Es fehlen mir für die einzelnen Bereiche auch die konkreten Ziele. In den Szenarien sind die CO₂-Immissionen von erstens Industrie, zweitens Verkehr, drittens Haushalte, dann Geschäften und so weiter definiert. Ich hätte mir gewünscht, dass man sagt, in diesen Bereichen haben wir uns Ziele gesetzt, und wir schauen einmal, mit welchen Möglichkeiten man eigentlich diese Ziele umsetzen kann, und dass man dann auch genau differenziert und gewichtet sagt, an welchen Stellen wir da anpacken können.

(D)

Gleich zu Anfang auf der zweiten Seite der Vorlage, die ich bekommen habe, steht ein interessanter Satz, der deutlich macht, wie hoch die politische Verantwortung ist. Dort steht nämlich: Sobald zur Umsetzung dieser Ziele Haushaltsmittel notwendig sind – oder so ähnlich –, steht das alles unter Haushaltsvorbehalt. Das macht deutlich, dass wir herausgefordert sind, trotz der von uns oft kritisierten Form der Haushaltssanierung Mittel lockerzumachen, um diese Form von Programm überhaupt umzusetzen.

Eines ist klar: Erstens, zum öffentlichen Nulltarif wird es das nicht geben, auch wenn immer wieder beschworen wird, dass sich diese Form von Energie sparen für Unternehmen, für Haushalte rechnet. Man kann nicht nur die Möglichkeiten umsetzen, die sich kurz- oder mittelfristig betriebswirtschaftlich rechnen, das muss man auch tun. Ich denke aber, es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, CO₂ zu emittieren, die uns jetzt zwingen, ganz bestimmte Investitionen zu tätigen, die sich erst auf lange Sicht rechnen, denn ansonsten verpassen wir die Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß auf 40 Prozent zu senken.

Es ist in dem Zusammenhang meines Erachtens sehr interessant, ich habe vergeblich in dem Programm danach gesucht, einmal tatsächlich eine Kosten- und Folgekostenabschätzung zu machen. Ich weiß, es gibt ein meteorologisches und ein mikroökonomisches

(A) Szenario für die Unterweser, wo betrachtet wird, welche ökonomischen und ökologischen Folgen es eigentlich hat, was an Klimakatastrophe auf uns zukommt. Da ist bewertet, wie hoch die Kosten von Überschwemmungen sind und so weiter. Ich meine, es ist eine Herausforderung und auch eine Argumentationshilfe, wenn wir sagen können, bestimmte Dinge, die jetzt auf uns zukommen, können wir nicht mehr verhindern, oder wir müssen Schlimmeres verhindern. Wenn wir es nicht tun, kostet es die Gesellschaft und die öffentliche Hand jede Menge Geld, deswegen ist es gerechtfertigt, ganz bestimmte Klimaschutzziele auch heute anzufangen, denn sonst ist es zu spät. Wir müssen heute dafür das Geld in die Hand nehmen unabhängig von der Haushaltssituation. Ich finde, eine solche Kosten-Nutzen-Rechnung oder eine solche Folgekostenbetrachtung gehören in ein Programm zur CO₂-Minimierung, denn ansonsten hat man einen Argumentationsnotstand, der nicht aufzulösen ist.

Zweitens, ich habe ja gesagt, es gibt meiner Meinung nach auch eine Menge Möglichkeiten, CO₂ zu minimieren, was sich nicht unmittelbar betriebswirtschaftlich rechnet. Das ist zum Beispiel ein Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr. Ich finde, das muss man einmal rechnen. Was würde das an CO₂-Ersparnis bringen? Was kostet uns das? Natürlich ist das nicht zum Nulltarif zu haben, das muss man öffentlich finanzieren. Wie viel Verkehrsreduzierung von motorisiertem Individualverkehr würde das bringen, und was spart uns das in der Folge für Kosten? So etwas würde ich gern einmal wissen, und ich denke, wenn man herausfindet, dass man damit erhebliche CO₂-Einsparungen realisieren kann, ergibt sich eine ganz andere Kosten-Nutzen-Bilanz einer solchen Maßnahme, als wenn man einfach nur kurz auf den Haushalt schaut.

(B) Das heißt, auch da gibt es Potenziale, die sich nicht unmittelbar wirtschaftlich rechnen, das gilt natürlich auch für die Gewoba, das gilt auch für einen Vorschlag, den wir während der Haushaltsberatungen gemacht haben.

Wir haben vorgeschlagen, einmal zu prüfen, wie viel Geld wir eigentlich in die Hand nehmen und was für ein Programm wir aufliegen müssen, um Wohnungen von Menschen, die sich aus eigener Kraft eine energetische Sanierung nicht leisten können oder auch nicht leisten wollen, weil sie entweder keine Eigentümer oder keine Mieter sind, zu sanieren? Wie viel CO₂ spart man dadurch, und wie viel Kosten sparen wir dadurch für Heizkosten für Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger? Ich finde, so etwas muss man rechnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann zu dem Schluss kommen, es taugt nicht, aber die Möglichkeiten, dass so etwas funktioniert, dass man mit einer überschaubaren Menge Geld lang- und mittelfristig sowohl unmittelbare Einsparungen

im Haushalt als auch CO₂-Minimierung realisieren kann, sind so groß, dass man solche Konzepte nicht außer Acht lassen darf. (C)

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie groß ist denn „überschaubar“?)

Ich sage einmal, wenn man für eine Wohnung 5 000 Euro rechnet, dann, da bin ich relativ sicher, kann man damit viel energetisch sanieren, und wenn man da ein Gesamtförderprogramm von 5 Millionen Euro auflegt – das ist im Rahmen des Haushalts eine vernünftige Zahl –, kann man doch einmal rechnen: Wie viel CO₂ spart das? Wie viel Ausgaben spart es bei den Heizkosten? Dann kann man sich immer noch entscheiden: Brauchen wir vielleicht 10 Millionen Euro, oder reichen auch 2,5 Millionen Euro? Ich finde, solche Modellrechnungen müssen wir uns angewöhnen, ich fordere sie ein, und ich würde mir wünschen, dass man auf diese Weise auch mit solchen Programmen umgeht.

Klar ist, die swb AG muss auch damit rechnen, Ende 2020 ihre Kohlekraftwerke hier abzuschalten. Wenn es darum geht, CO₂ zu minimieren, muss es eine Option sein, diese durch Gas- und Dampfkraftwerke zu ersetzen. Klar ist auch, dass die Potenziale der Stahlwerke nicht ausgeschöpft sind. Im Übrigen, das Giftgas wurde niemals in die Luft geblasen, das wurde bislang immer verbrannt. Man kann es aber auch über eine Turbine entspannen, und dieser Entspannungsprozess zeugt mehr Energie, und das Giftgas selbst wird wieder zum Heizen des Hochofens verwendet. (D)

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Diese Nachhilfestunde habe ich nicht gebraucht!)

Ich will nur sagen, dass es Möglichkeiten gibt, auch da weiter zu gehen, als bisher gedacht. Ich denke, wir haben eine Verantwortung, das zu tun, Folgen und Kosten zu benennen und dann nicht nur ein Programm mit Möglichkeiten aufzulegen, sondern dieses Programm auch mit konkreten Maßnahmen und mit Summen und mit mittelfristigen Zielen, die nicht erst 2020 umgesetzt werden, zu schreiben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute die Mitteilung des Senats für die Fortschreibung des Bremischen Ener-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) giesetzes, oder auch moderner ausgedrückt, das Klimaschutz- und Energieprogramm. In der Geschichte unseres Planeten gab es eigentlich schon immer Klimawandel, und es ärgert mich, das habe ich jetzt auch in einem Fernsehbericht gesehen, dass der Klimawandel heutzutage verharmlost wird. Früher war er natürlichen Ursprungs; das hat über hunderte von Jahren gedauert, die Natur konnte sich darauf einstellen.

Heute ist es ein Klimawandel, der von Menschenhand gemacht worden ist und der sich in weniger als 100 Jahren vollzieht, und deswegen müssen wir darauf reagieren. Eine Erderwärmung um nur sechs Grad bedeutet das Ende jeglichen Lebens auf der Erde, und zwei Grad Erderwärmung sind eigentlich gar nicht mehr aufzuhalten, sie sind schon fast Realität. Ich will hier keine Horrorszenarien an die Wand malen, doch das Thema Klimaschutz ist für uns und für kommende Generationen überlebenswichtig, und deswegen ist es zwingend wichtig, dass wir das Thema auch immer wieder auf der Agenda haben.

Doch kommen wir zum Klimaschutz von Energieprogrammen im Einzelnen! Das Ziel ist klar, 40 Prozent weniger CO₂-Emissionen im Jahr 2020. Das ist kein neues Ziel, da hat sich der Senat ja der Bundesregierung und Frau Merkel angeschlossen, die dieses hohe Ziel für Deutschland festgelegt haben, das finde ich schon einmal gut. Doch bei den Maßnahmen fehlt mir die Innovation, denn der Schwerpunkt im Klimaschutzprogramm liegt darin, dass der Senat die Sachen, die wir schon lange machen, ein bisschen verstärken und ausweiten will. Da hat Frau Dr. Schaefer auch eine ganze Auflistung gemacht, ob das jetzt bei Windenergie ist, wo wir bei Repowering allerdings noch einmal genauer hinschauen müssen, ob das beim Wasserkraftwerk am Weserwehr ist oder bei der Stromersparung in öffentlichen Gebäuden. Das muss gemacht werden, das ist beschlossen.

(B) Dass die swb AG jetzt verstärkt auf regenerative Energieerzeugung setzt, ist eine gute Sache, allerdings ist das auch eine Folge der Anreizsysteme des Emissionshandels und deswegen auch richtig und wichtig.

Der Ausbau des Fernwärmenetzes in der Überseestadt ist nichts Neues, aber er ist sinnvoll, ich will das nicht kritisieren. Programme der Gebäudesanierung, Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, alles aufgeführt, Energiesparcontracting, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, Stärkung des Fahrradnetzes, alles schön und gut, aber nicht neu!

Nun fragen Sie: Ja, Herr Imhoff, wo waren Sie denn, wo sind denn Ihre Ideen? Das will ich Ihnen auch gern sagen. Die Punkte, die es gibt, sind alle richtig, wichtig und müssen auch gemacht werden, aber wir haben auch gehört, wir sind nur bei 33 Prozent, und wir müssen uns noch mehr anstrengen. Deswegen habe ich gesagt, mir fehlt die Innovation in diesem Programm.

Meiner Meinung nach muss das Thema Energiegewinnung aus Wasser noch einmal viel stärker be-

leuchtet werden. Wir haben ein Wasserkraftwerk, das jetzt in Planung ist, das jetzt in der Umsetzung ist und kommt. Ich denke, darauf darf man sich nicht ausruhen. Die skandinavischen Länder machen uns das vor. Wir haben hier jeden Tag unsere Gezeiten. Warum kann man nicht zumindest prüfen, ob nicht noch mehr möglich ist, Energie zu gewinnen?

Dann haben wir das Thema Photovoltaik. Wir haben auch schon einen Antrag gebracht, Photovoltaik nicht nur auf Dächern, sondern auch auf Restflächen. Das wollten Sie nicht, okay, aber ich bin nach wie vor der Meinung, dass man das trotzdem noch einmal verstärkt mit aufnehmen kann. Genauso müsste die Solarstromgewinnung an Lärmschutzwänden, die finde ich eigentlich auch ganz gut, näher beleuchtet werden, wenn man langfristig denkt.

(Abg. Dr. B u h l e r t [FDP]: Photovoltaik muss sowieso beleuchtet werden!)

Ein weiterer Punkt wäre, dass man zum Thema Klimaschutz einen Pakt mit den örtlichen Medien trifft, damit die Bevölkerung für das Thema Klimaschutz noch stärker sensibilisiert wird. Das ist insbesondere wichtig, da man aus der Mitteilung des Senats ersehen kann, dass ein großer Anteil der CO₂-Emissionen immer noch von Privathaushalten ausgeht. Klimaschutz muss einfach ein Dauerthema in der Mitte unserer Gesellschaft werden, und da haben die Medien auch eine gehörige Portion Mitverantwortung.

Gerade haben wir über Privathaushalte gesprochen. Wir sind der Meinung, dass Energieeffizienz eine der Schlüsselpositionen im Klimaschutz hat. Die Beratungen, die es momentan gibt, sind gut, aber unseres Erachtens nicht weitreichend und zwingend genug. Hier bedarf es an Personal und Fachwissen, das noch mehr auf die Menschen zugeht und ihnen die Wirtschaftlichkeit von Energiesparen mit dem tollen Nebeneffekt des Klimaschutzes offenlegt. Gerade in dem von Grünen geführten Umweltressort, das sich dem Klimaschutz verschrieben hat – ich glaube, das nimmt Ihnen auch jeder ab –, muss noch mehr getan werden, und deswegen bitten wir Sie, Herr Senator, dort noch weitere Kräfte zu mobilisieren und das dementsprechend weiter voranzutreiben.

Was bleibt mir abschließend zu sagen? Uns hat ein bisschen die Innovation in dem Programm gefehlt, ansonsten werden wir das Thema weiter auf der Agenda haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Her-

(C)

(D)

(A) ren! Ich bin leider zu klein, deswegen muss ich das Pult erst einmal herunterfahren.

(Abg. Frau T r o e d e l [DIE LINKE]: Nein, Sie sind groß, aber ein bisschen kurz!)

Ich bin groß, aber ein bisschen kurz, auch gut!

Ich hatte das Gefühl, ich muss zu drei Sachen etwas sagen! Herr Rupp, bei Ihnen hatte ich wie immer das Gefühl, man muss den Taschenrechner neben sich auf den Tisch legen, um einmal nebenbei auch zu schauen, wie teuer das denn sein soll. Ich meine, Sie machen hier irgendwie einmal eben eine Rechnung auf mit fünf Millionen Euro. Es gibt ja Förderprogramme, die wir schon längst haben, um zum Beispiel energetische Sanierungen in Gebäuden durchzuführen. Da kann man nicht sagen, das reicht hier alles nicht, und es ist zu wenig. Ich finde, dann muss man der Fairness halber auch wirklich aufzählen, was denn gemacht wird, und da wird eine ganze Menge gemacht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Herrn Imhoff will ich sagen, Sie haben hier festgestellt, Ihnen fehlt das Innovative: Ich glaube, es ist richtig, dass viele Sachen auch schon viel früher angedacht und angefangen worden sind, aber es geht jetzt auch darum, die weiter umzusetzen. Viele Sachen, die vorher in der Schublade gelegen haben, werden jetzt erst umgesetzt und müssen – und das ist eine riesige Anstrengung – auch in Zukunft weiter umgesetzt werden. Ich glaube, wir wissen alle, wie anstrengend das war – ich schaue Herrn Focke an – mit der Linienverlängerung Richtung Lilienthal.

(B)

(Abg. I m h o f f [CDU]: Da darf das Geld nicht aufhören!)

Das ist ein richtiger Schritt, aber da müssen auch alle hier zusammenstehen. Nein, es muss da nicht aufhören, aber dann sagen Sie: Repowering ist wichtig – dann kommt immer gleich das Aber –, aber man darf nicht die Leute vor Ort vergrätzen. Ich habe auch dafür plädiert, dass man vor Ort für mehr Akzeptanz werben muss, aber man kann nicht sagen, es reicht hier nicht, was gemacht wird, und dann das große Aber gleich im nächsten Satz wieder anführen.

Wenn Sie sagen, es muss ein Dauerthema sein, und Ihnen ist Solarenergie total wichtig, das muss weiter gefördert werden, dann bitte ich Sie: Gehen Sie zu Ihrer Klima-Kanzlerin! Dann möchte ich, dass Sie – Schwarz-Gelb hat nämlich gerade gestern beschlossen, die Solarförderung um 16 Prozent zu kürzen – an Ihre Regierung herantreten und sagen, wir möchten, dass auch Solarenergie weiterhin gefördert wird. Aber so geht das auch nicht, hier vor Ort zu sagen, Solarenergie brauchen wir, und dann auf Bundesebene gerade die Förderung zu kürzen.

Ich gebe Ihnen aber recht, es muss ein Dauerthema in der Mitte sein, und da würde ich mich auch freuen, wenn die Medien das weiter unterstützen. Dann freue ich mich auch, wenn die Medien bei solchen Mitmachkampagnen wie dem „Veggiday“, der zur Klimaschutzkampagne gehört, mitmachen und dass keine Kampf Abstimmungen durchgeführt werden.

(C)

(Abg. I m h o f f [CDU]: Das ist das Lächerlichste, das ich überhaupt gehört habe!)

Ja, Herr Imhoff, da sehe ich einmal, wie wichtig Sie Klimaschutz nehmen! Ich schreibe Ihnen jetzt wirklich ab, dass Sie Klimaschutz überhaupt richtig ernst nehmen, sondern da kommt immer nur ein Aber. Dann muss jeder hier mitmachen!

(Abg. I m h o f f [CDU]: Das sind nur Sprüche!)

Nein, das sind eben nicht nur Sprüche, sondern wir handeln im Gegensatz zu Ihnen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE *): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Dr. Schaefer, verstehen Sie doch einfach einmal die Beiträge, die ich hier mache – zumindest, wenn ich sie auch als solche deklariere – als Vorschläge, die man nicht deswegen kritisieren kann, weil sie möglicherweise schon so oder so ähnlich da sind. Ein Programm zur energetischen Sanierung von Häusern oder Wohnungen von Menschen, die Hartz IV beziehen oder aus sonstigen Gründen Transferleistungen beziehen, ist mir leider nicht bekannt, und es war auch nicht das Argument in der Haushaltsdebatte, sondern es gibt irgendwelche Förderprogramme, aber nicht so eines, deswegen habe ich dafür geworben. Wenn es solche Programme längst gibt, dann bekenne ich mich schuldig, dann haben Sie Ihre Pflicht getan.

(D)

Wo ich Sie aber nicht herauslasse, ist, auch solche Planungen mit Taschenrechner und möglicherweise Excel-Tabellen zu machen, weil jeder weiß, Planung ist die Ablösung des Zufalls durch den Irrtum, und der Irrtum ist das organisationspolitisch höhere Gut. Wenn wir uns vornehmen – wir machen jetzt Klimaschutz, so gut es geht, und wir schauen einmal, wo wir 2020 stehen –, im Jahr 2020 33 Prozent oder sogar 40 Prozent zu reduzieren, muss, meine ich, etwas Ähnliches her wie die Haushaltssanierung. Dann müssen wir sagen, wie viel das jedes Jahr heißt, möglicherweise nicht linear, weil wir damit anfangen, und

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) dann heißt das, wie viel wir bei Industrie, bei Haushalten und dem Verkehr schätzen. Ich finde, wir müssen dann auch ungefähr sagen können, welche Maßnahme mit den wenigsten Kosten am effizientesten ist und mit welchen Summen und CO₂-Einsparungen wir rechnen können. Das muss nicht auf das Kilo CO₂ stimmen, aber wenn wir so etwas nicht tun, stellen wir möglicherweise in zwei Jahren beim Controlling fest, welches an anderen Stellen immer gemacht wird – wir müssen für so etwas ein Controlling durchführen und feststellen, wo wir eigentlich stehen –, welche Maßnahmen tragfähig waren und welche es nicht waren.

Wir haben dann, wenn wir uns an einigen Stellen geirrt haben, die Möglichkeit, diesen Irrtum zu korrigieren. Machen wir solch eine detaillierte Planung oder zumindest eine Prognose oder zumindest ein Szenario nicht, merken wir gar nicht, wenn es aus dem Ruder läuft. Dann stehen wir in zehn Jahren hier und referieren uns eine lange Liste von dem, was wir alles gemacht haben, und sagen, Entschuldigung, hat aber leider nicht gereicht, aber wir haben ja so viel gemacht.

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Aber, Herr Rupp, haben Sie gesehen, dass regelmäßig berichtet werden soll?)

(B) Die Voraussetzung für die Erreichung des Klimazieles ist, dass man die einzelnen Maßnahmen durchrechnet, dass man sie benennt und ihr Potenzial im Detail so anlegt, dass es bis 2020 auch zu realisieren ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich ja nichts mehr sagen, aber die letzten zwei Beiträge führen mich dazu, dass ich doch noch einmal ans Rednerpult gehe. Bis sechs Uhr haben wir aber ja auch noch ein bisschen Zeit.

(Abg. B ö s c h e n [SPD]: Aber der Senator ist noch an der Reihe!)

Der darf auch reden und ist bis 18 Uhr auch fertig!

Einmal finde ich, dass wir in Bremen schon relativ gut dastehen, was die Beratungskompetenz, Netzwerke und Programme anbelangen.

(Beifall bei der FDP)

Dass da noch sehr viel mehr getan werden kann, ist völlig klar. Das wird hier aber immer ein bisschen

zu verkürzt dargestellt. Es gibt unendlich viele Netzwerke und Player, Bremer Energiekonsens und andere, die hier sehr viel tun, um auch für Aufklärungsarbeit Sorge zu tragen, dass am Ende dabei auch wirklich etwas herüberkommt, dass die Gewoba etwas macht, dass die Stäwog etwas macht und dass viele Private auch etwas tun.

Was mich an dem Redebeitrag von Herrn Rupp irritiert, ist beispielsweise, wenn über Programme wie KfW-Mittel oder das Bremer Förderungsprogramm schon viel getan wird: Sprechen Sie sich jetzt dafür aus, dass alle Hartz-IV-Empfänger in einen großen Block eingepfercht werden, der dann modernisiert wird? Es werden Wohnungen in Bremen modernisiert, also kann es doch kein gesondertes Programm für einzelne Wohnungen für Hartz-IV-Empfängern geben. Das kann ich nicht verstehen!

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Es gibt das Problem, dass viele der Leute in verschimmelten Wohnungen leben! Das Problem muss man lösen!)

Was Sie heute mehrfach von sich gegeben haben, ist für mich vollkommen unlogisch. Es bringt einfach keinen Sinn. Das muss doch auch für Sie einleuchtend sein, wenn Sie sich einmal mit dem Gebäudebestand in Bremen beschäftigen.

(Beifall bei der FDP)

Zu der Kollegin Dr. Schaefer! Sie haben sich gegen die Reduzierung der Photovoltaik-Förderung Mitte dieses Jahres ausgesprochen. Ich möchte einmal deutlich machen: Es kann auch eine Überförderung geben! Was wir da im Beratungsbereich erlebt haben, ist Folgendes: Firmen haben sich eine goldene Nase verdient, nur weil die Förderung so hoch ist und sie den Menschen teilweise Photovoltaikanlagen an Stellen verkauft haben, an denen sie überhaupt keinen Effekt hatten. Insofern muss man erst einmal schauen, dass man selbstverständlich Förderung braucht, um Anreize zu schaffen, aber dann auch anpassen, dass es auch an der richtigen Stelle ankommt und nicht bei den Leuten, die die Anlagen auf das Dach setzen.

(Beifall bei der FDP)

Letzter Punkt, das Programm, über das wir heute gesprochen haben! Ich höre immer 40 Prozent und Machbarkeit vielleicht 30 Prozent. Das ist alles richtig! Wenn wir aber die Stahlindustrie, die ein ganz eigenes Thema ist, einfach einmal ausblenden und ein bisschen Prozentrechnung machen, dann sind es nicht 40 oder 33 Prozent, sondern nur 22 und 18 Prozent Reduzierung. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Erst einmal freue ich mich darüber, dass es bei diesem Thema ein so großes Einverständnis gibt, das ist ja auch nicht bei jedem Thema der Fall. Das ist schon einmal eine sehr gute Basis, auf der man arbeiten kann.

Ich möchte, bevor ich meine eigenen Ausführungen beginne, auf zwei Redebeiträge eingehen. Zunächst einmal auf den von Herrn Imhoff. Wenn man das einmal als Nahrungsmittel betrachtet: Es gibt Schwarzbrot und Sahne, und wir wissen, richtig satt werden wir vom Schwarzbrot, also Energieeffizienz, Energieeinsparung, die ganzen Maßnahmen, Ausbau der Windenergie, Wasserkraft, Sonnenenergie, Bioenergie und so weiter. Es gibt ein paar Themen – Stichwort Sahne –, die wirklich interessant sind, die aber kurzfristig noch keine großen Effekte bringen. Ich will einmal zwei nennen: Elektromobilität ist ein Thema, das bringt kurzfristig keine großen CO₂-Emissionen. Es ist eher ein Technologiethema. Aber es ist ein Thema, bei dem wir vornehmlich dabei sein wollen.

Wir sind sehr froh darüber, dass die Bundesregierung uns, den Nordwesten, als eine der Modellregionen in Deutschland ausgewählt hat. Wir verfolgen das Ziel, Elektromobilität mit erneuerbaren Energien zu verbinden. Da sind wir ganz vorn mit dabei.

(B)

Das zweite Thema, das Sie vielleicht meinten – das war Ihr Vorschlag, den Sie neulich gemacht haben –, war, Osmosekraftwerke einmal zu untersuchen. Das ist auch eher ein Thema, das in die Zukunft ragt. Das wird uns in den nächsten zehn Jahren keine großen CO₂-Reduzierungen bringen.

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Eher für Norwegen!)

Deswegen halte ich es für falsch, eine solche Figur aufzubauen, die lautet: Hier ist das, was wir alle schon kennen, da spielt die Musik. Es ist vielleicht wahr, dass die Dämmung eines Hauses technologiepolitisch nicht so besonders sexy ist, aber sie bringt eben 50 Prozent CO₂-Emissionen. Insofern glaube ich, dass da im Moment erst einmal der Schwerpunkt unserer Arbeit liegen muss, dass wir aber gleichzeitig nach vorn gerichtete Technologien entwickeln müssen. Da sind wir ja auch dabei, und da sind wir gar nicht so weit auseinander.

Jetzt zu Ihnen, Herr Rupp! Der Beitrag hat viel Richtiges enthalten, aber viele Sachen kennen Sie offenbar auch gar nicht, zum Beispiel den ersten Punkt: Sie monieren, dass das Thema Anpassung an Klimaveränderungen gar nicht hinreichend untersucht wird. In diesem Programm, es heißt ja Klimaschutz- und Energieprogramm, spielt das nicht die zentrale Rol-

le. Wir untersuchen aber im Rahmen der Metropolregion Nordwest dieses Programm „Nordwest 2050“, bei dem wir auch als eine von sechs Modellregionen vom Bundesforschungsministerium ausgewählt worden sind, systematisch, wie die Auswirkungen des Klimawandels auf den Nordwesten, auf die maritime Wirtschaft, die Energiewirtschaft, die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelwirtschaft sind. Dann überlegen wir uns, wie wir uns quasi anpassen können, beziehungsweise wie wir, das war ja Ihre Motivation, Maßnahmen des Klimaschutzes gegen die Kosten vermiedenen Klimawandels rechtfertigen können. Es passiert genau das. Das kennen Sie vielleicht nicht, aber das gibt es. Deswegen ist es ein bisschen seltsam, dass Sie das anmahnen.

(C)

Das zweite Thema: Man könnte doch einmal beim ÖPNV ausrechnen, was der für das CO₂ bringt. Meine Güte! Wir haben hier vor wenigen Wochen den BSAG-Kontrakt verhandelt, wobei wir zu dem Ergebnis gekommen sind – worauf wir sehr stolz und worüber wir sehr froh sind –, wir bekommen in Zukunft deutlich mehr und besseren ÖPNV bei deutlich reduzierten Zuschüssen aus der öffentlichen Kasse und bei deutlicher Reduktion von CO₂-Emissionen. Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen! Da können Sie doch nicht einfach sagen, das müsste man einmal ausrechnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

Oder das Thema, das Sie auch angesprochen haben: Im Gebäudebereich müsste man auch einmal schauen, was man da machen könnte. Meine Güte! Es gibt ein CO₂-Minderungsprogramm der Landesregierung, es gibt das Programm „Rationelle Energienutzung“ der Landesregierung, es gibt das KfW-Bundesprogramm der Bundesregierung, und es gibt einen Investitionsschwerpunkt bei der Gewoba zur energetischen Sanierung der großen Gebäudeeinheiten. Sie tun hier immer noch so, als müsste man bei Adam und Eva anfangen, wir sind aber schon viel weiter, im Jahr 2010 sind wir nämlich, um genau zu sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist ein bisschen seltsam, muss ich sagen.

Auch die Tatsache, das ist jetzt der vorletzte Punkt der Replik, dass Sie eine sektorale Betrachtung anmahnen. Ich habe es mir aufgeschrieben: „Man müsste einmal schauen, wie in den einzelnen Sektoren die technischen Potenziale sind, die man dann umsetzen könnte.“ Wenn Sie sich das Klimaschutzenszenario angeschaut hätten – muss ich bei einem solchen Beitrag fast schon sagen –, werden Sie sehen, dass es genauso aufgebaut ist. Wir haben uns die Sektoren angeschaut, dann haben wir geschaut, wie die tech-

- (A) nischen Potenziale sind, und dann haben wir gesagt, wir müssen die und die Maßnahmen ergreifen, um die technischen Potenziale zu realisieren. Auch da hätte ich Lektüre durchaus empfohlen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der letzte Punkt, den Sie anmahnen, ist das Thema Monitoring. Sie haben es nicht Monitoring genannt, Sie haben gesagt, wir müssten Überwachungssysteme haben. Da haben Sie vollkommen recht! Wenn man jahrelang nicht schauen würde, was dabei herausgekommen ist, hätte man nichts gewonnen. Dann würde man 2020 möglicherweise eine böse Überraschung erleben. Aber wir haben das ganz genau gemacht. Wir wollen alle zwei Jahre genau berichten, ein Monitoring, wie man neudeutsch sagt, und schauen, wie sich die CO₂-Emissionen entwickeln. Das ist genau Teil des Klimaschutzprogramms. Darauf wollte ich dann doch eingehen, da man nicht einfach sagen kann, man müsste das einmal machen, wenn es tatsächlich vorliegt. Soviel Redlichkeit, meine ich, müsste schon sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Jetzt müsste eigentlich mein eigener Redebeitrag erst beginnen, aber ich will das jetzt nicht alles vortragen, da vieles auch schon gesagt wurde: 40 Prozent CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2020. Herr Richter hat zu Recht darauf hingewiesen, es bezieht sich auf das Land Bremen ohne Stahlwerke, wobei das nicht heißt, dass im Bereich der Stahlwerke nichts passiert. Wir haben gerade zu dem Thema von Frau Dr. Schaefer gehört: Konvertergas, Gichtgasnutzung und so weiter. Da bleiben wir dran, da sind wir am Drücker, auch gemeinsam in der Deputation. Insofern ist es aus methodischen Gründen aber sinnvoll, diese Trennung vorzunehmen, da wir auf den anderen Bereich Einfluss nehmen können. Beim Stahlwerk können wir versuchen zu überzeugen, auch Druck auszuüben, aber es ist nicht unser eigenes Handlungsfeld.

Jetzt zu den strategischen Handlungsfeldern, die vielleicht von herausgehobener Bedeutung sind: Das sind einmal natürlich die Förderung der klimaverträglichen Stromnutzung und der Ausbau der klimaverträglichen Stromerzeugung, vor allen Dingen im Bereich der erneuerbaren Energien. Das Stichwort Wasserkraft fiel schon: Zehn Megawatt Leistung, 17 000 Haushalte.

Das Thema Windenergie wurde bereits angesprochen. Die wollen wir an Land, also Onshore, ausbauen, vor allen Dingen durch Repowering, also den Ersatz alter Anlagen durch neue leistungsstärkere Anlagen. Die wollen wir auch auf dem Meer ausbauen, Offshore-Windenergie, weil wir auch glauben, dass Bremen und vor allen Dingen Bremerhaven das Poten-

zial haben, bei diesem Thema zu einem Topstandort in Europa zu werden oder es zum Teil auch schon sind. Das ist ein Schwerpunkt.

(C)

Das zweite Thema ist der Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung auf der Basis von Kraftwärmekopplung und auch Wärme aus der Abfallbehandlung, dann die forcierte energetische Sanierung des Gebäudebestandes und anspruchsvolle energetische Standards im Neubau. Auch hier gilt nicht, man könnte einmal darüber reden, sondern wir haben am 25. August 2009 die Gebäuderichtlinie für sämtliche öffentliche Gebäude verabschiedet und sehr hohe energetische Standards bei der Sanierung oder auch beim Neubau festgeschrieben. Das ist zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Wir wollen in Zukunft verstärkt das Energiesparcontracting nutzen, also quasi Einsparinvestitionen und die Rückzahlungen, damit wir die vermiedenen Energiekosten nutzen, um die Investitionen zu tilgen, wenn man so will.

Ich will das jetzt gar nicht alles vortragen, weil auch die Zeit läuft. Nur noch einmal zu dem Argument, wir würden 20 Prozent bis 2020 schaffen, wenn wir keine zusätzlichen Maßnahmen ergreifen, 33 Prozent würden wir schaffen, wenn wir diese kommunalen Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, die nicht einfach sind! Das will ich noch einmal sagen, das können wir nicht einfach so als gegeben hinnehmen.

Dann bleibt noch eine Lücke von sieben Prozent. Hier gibt es verschiedene Maßnahmen, die dann noch in diesem Haus zu beraten sind. Dazu gehört auch, wie Frau Dr. Schaefer zu Recht sagte, dass alte Kohlekraftwerke, die sowieso tendenziell vom Netz gehen, durch erneuerbare Energien oder auch durch ein modernes Gas- und Dampfturbinenkraftwerk ersetzt werden, das dann einen elektrischen Wirkungsgrad von 60 Prozent hat und nicht wie die Kohlekraftwerke heute von 38 Prozent. – Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/1112, Kenntnis.

Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010
(Drucksache 17/1148)

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

- (A) Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/1148, Kenntnis.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 31
vom 2. Februar 2010**
(Drucksache 17/1152)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**3. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender
Mainstreaming in der Bremischen Verwaltung**

- (B) Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1159)

Wir verbinden hiermit:

**Personalbericht 2009 Band IV:
Bericht über die Umsetzung des Landesgleich-
stellungsgesetzes 2008**

(C)

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1160)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung

Bei beiden Vorlagen ist Überweisung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau vorgesehen.

Wer der Überweisung des 3. Fortschrittsberichts zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der bremischen Verwaltung mit der Drucksachen-Nummer 17/1159 und des Personalberichts 2009 Band IV: Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2008 mit der Drucksachen-Nummer 17/1160 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

(D) Meine Damen und Herren, ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.58 Uhr)